

Thoß • NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung

Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Band 1

R. Oldenbourg Verlag München 2006

Bruno Thoß

NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung

Planung und Aufbau der Bundeswehr
unter den Bedingungen einer massiven
atomaren Vergeltungsstrategie
1952 bis 1960

R. Oldenbourg Verlag München 2006

Umschlagabbildungen:

M 48 Kampfpanzer (Foto: SKA/IMZ);

Erster Atombombentest der USA auf den Marshall-Inseln, Herbst 1952
(Foto: akg-images)

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich

© 2006 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Str. 145, D-81671 München
Internet: www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam
Herstellung: Wuhrmann Druck & Service GmbH, Freiburg

ISBN-13: 978-3-486-57904-8

ISBN-10: 3-486-57904-5

Inhalt

Vorwort.....	VII
Einleitung	1

Erster Teil

Die Rolle des westdeutschen Streitkräftebeitrags im Rahmen der Vergeltungsstrategie

I. Allianz- und Eigeninteresse: das Prinzip der »forward defense« und das Problem ihrer ökonomischen Realisierung	17
II. Die Nuklearisierung der Bündnisstrategie als Kompromiss zwischen angenommener Bedrohung und finanzierbarer Verteidigung	39
III. Die Implementierung der Vergeltungsstrategie im Bündnis und die Aufbaukrise der Bundeswehr 1955 - 1957	65
1. Diskrepanzen zwischen NATO-Vorgaben, deutscher operativer Planung und ihren Kritikern	68
2. Der Zwang zur Anpassung: von der konventionellen Planung zur atomaren Umrüstung der Bundeswehr	108
a. Die Ausgestaltung des deutschen Kontingents im Bündnisrahmen	114
b. Gesamtpolitische Planung und zivil-militärische Führungsstrukturen	150
3. Der verschleppte Aufbau der Bundeswehr und die Ausdünnung der NATO-Truppen auf deutschem Boden	173
IV. Die Umorientierung im Bündnis auf die Realitäten atomarer Verteidigungsplanung	199
1. Die Suche nach einer gemeinsamen Luftverteidigung	200
2. Die Auseinandersetzungen um angemessene konventionelle Streitkräfte	207
3. Die Formelkompromisse über mögliche Kriegsszenarien	223

Zweiter Teil

Der Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer modifizierten atomaren Abwehrplanung der NATO 1956 - 1960

I. Die geostrategische Lage der Bundesrepublik, ihre Flanken und ihr Vorfeld	249
---	-----

1. Deutsch-dänische Dissonanzen und die Verteidigung der Ostseeausgänge	259
2. Die Sicherung der Südflanke und das Problem der neutralen Nachbarn	276
3. Der Vorposten Berlin als Testfall für glaubwürdige westliche Verteidigung	291
II. Die Vergeltungsstrategie der NATO und die Atombewaffnung der Bundeswehr im innenpolitischen Meinungsstreit	331
1. Die nukleare Ausrichtung der Bundeswehrplanung und die NATO-Übung LION NOIR.....	332
2. Der öffentliche Kampf um die Atombewaffnung der Bundeswehr	354
III. Möglichkeiten und Grenzen deutscher atomarer Rüstung und Mitbestimmung unter den Bedingungen einer modifizierten Vergeltungsstrategie	371
1. Der deutsche Einstieg in die Umrüstung und die Entwicklung der atomaren Fragen in der Bündnisverteidigung	373
2. Führungs- und Infrastrukturprobleme im Atomkrieg.....	408
3. Die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden und die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägersystemen	432
4. Mitbestimmung bei Zielplanung und Einsatz	457
5. Atomwaffen in deutscher Hand?.....	482
IV. Die beginnende Flexibilisierung der NATO-Strategie und die deutschen konventionellen Alternativen.....	513
1. »Abgestufte Vergeltung« und »begrenzte Kriegführung«: die MC 70 und ihre Folgen	517
2. Die »Vorwärtsverteidigung« als gemeinsames Bündnisziel.....	555
3. Die »Vorwärtsverteidigung« als nationale Verteidigungsaufgabe	583
V. Schadensbegrenzung und zivile Landesverteidigung.....	603
1. Das zentrale Ziel: Verteidigungsplanung und Schadensbegrenzung im Atomkrieg	604
2. Organisatorische und führungstechnische Grundlagen: die Zusammenarbeit von NATO-Notstandsorganisation, Territorialverteidigung und Zivilschutz.....	620
3. Das Defizit fehlender gesetzlicher Grundlagen und die Suche nach Aushilfen.....	651
4. Ungelöste Probleme des Bevölkerungsschutzes: Schutzraumbau, Evakuierungen und Flüchtlingsfrage	660
5. Die Grenzen nationaler Versorgung im potenziellen Frontstaat Bundesrepublik.....	691
Schlussbetrachtung	723
Abkürzungen.....	741
Quellen und Literatur.....	747
Personenregister.....	771

Vorwort

Im Jubiläumsjahr 2005 der Bundeswehr eröffnet das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) mit dem vorliegenden Band seine neue Publikationsreihe »Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland«. Damit wendet sich die Darstellung der Bundeswehrgeschichte dem Aufbau und der Bewährung von Streitkräften im Kalten Krieg, ihrer Einbettung in die Sicherheitspolitik und Verfassungsordnung der zweiten deutschen Republik sowie ihrer Integration in das atlantische Bündnis zu. Die Erforschung der westdeutschen Militärgeschichte nach 1945 geht zurück auf einen Auftrag des damaligen Generalinspektors Ulrich de Maizière an das MGFA vom Oktober 1970, der vorsah, zunächst die Entstehungsgeschichte der Bundeswehr bis zum Allianzbeitritt zu bearbeiten.

Schon in dem daraus hervorgegangenen Reihenwerk »Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945 bis 1956« war ganz im Sinne einer modernen umfassenden Militärgeschichte der Untersuchungsrahmen weit gespannt worden. Sicherheit im geteilten Deutschland ließ sich nicht mehr rein national herstellen. Ihren internationalen Rahmen gab vielmehr der alle Bereiche von Politik, Ökonomie, Gesellschaft und Kultur durchdringende Systemkonflikt des Kalten Krieges ab. Vor diesem Hintergrund hätten weder die begrenzten politischen Spielräume der jungen Bundesrepublik, noch ihr verfügbares wirtschaftliches und militärisches Potential zum Aufbau national eigenständiger Streitkräfte ausgereicht. Seit den ersten Überlegungen über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik 1949/50 war dazu vielmehr die feste Bündnisorientierung der eigenen Sicherheitspolitik und ihrer künftigen Streitkräfte vorgesehen. Aber auch der bewusste Neuanfang einer parlamentarischen Demokratie – die anders als ihre Vorgängerin von Weimar bereits seit 1949 etabliert war, bevor ab 1955 der Prozess ihrer Aufrüstung im Rahmen von NATO und WEU einsetzte – ließ keine von ihrem politischen wie gesellschaftlichen Umfeld unabhängige Perspektive herkömmlicher Streitkräftegeschichte mehr zu. Schließlich war seit den ersten Diskussionen darüber für die politische wie militärische Gründergeneration der Bundeswehr unbestritten, dass sich der staatlich-gesellschaftliche Neubeginn der Bundesrepublik mit seinen klaren Abgrenzungen von der unmittelbaren Vergangenheit vor 1945 analog zu den politisch-verfassungsrechtlichen Verhältnissen in einer dezidierten Reformorientierung bis in das innere Gefüge einer künftigen deutschen Armee hinein widerspiegeln musste.

Nach dem Jahrzehnt einer deutschen Nachkriegsgeschichte ohne Militär – von der völligen Entmilitarisierung bis zur kontrollierten Aufrüstung im Bünd-

nisrahmen (1945-1955) – gerät nunmehr mit der neuen Buchreihe die Anschlussphase seit dem Bündnisbeitritt und dem davon bestimmten Start in den Streitkräfteaufbau in den Blick. Methodisch bleiben auch für dieses Folgeprojekt die prägenden Herausforderungen einer international wie interdisziplinär gleichermaßen auszugestaltenden Forschung konstitutiv. Mit dem durch NATO und WEU kontrollierten Aufwuchs der Bundeswehr und ihrer Integration in eine übernationale Allianz wie in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik verändern sich dafür aber die Perspektiven in mehrfacher Hinsicht. Im Mittelpunkt stehen jetzt nicht mehr die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik und dessen generelle Ausgestaltung, sondern die Konkretisierung der Bündnisvorgaben und ihre nationale Umsetzung im Streitkräfteaufbau. Daneben erweitern sich in dem Maße, wie die Bundeswehr wächst, die sicherheits- und allianzpolitischen Spielräume für eine angemessene Sicherheitsbefriedigung und Gleichberechtigung der Bundesrepublik im Bündnis. Als Voraussetzung für den Aufbau neuer deutscher Streitkräfte nimmt zudem eine Wehrverfassung Gestalt an, auf deren Grundlage die Bundeswehr Zug um Zug in die grundgesetzliche Ordnung einer parlamentarischen Staats- und einer pluralistischen Gesellschaftsverfassung eingebunden wird. Die enge Verzahnung von politischem System und militärischem Teilbereich wirkt schließlich auf alle Aspekte des Innenlebens der Streitkräfte ein. Parlamentarische Kontrolle, haushaltsrechtliche Anbindung, rüstungswirtschaftliche Vernetzung, öffentliche Wahrnehmung und innermilitärische Ordnung sind von daher nur im engen Konnex von Militärgeschichte mit der Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte, aber auch in Auseinandersetzung mit analogen Themenkomplexen der Sozialwissenschaften angemessen zu beschreiben.

In diesem Sinne wird sich die neue Publikationsreihe der ganzen Bandbreite von Themen öffnen, die von den internationalen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges und den allianzstrategischen Vorgaben über das Wechselverhältnis von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Militär in der Bundesrepublik bis zum Aufbau und zur Konsolidierung der Bundeswehr und ihren Teilstreitkräften im Rahmen eben dieser politisch-gesellschaftlichen Ordnung reichen. An den Anfang ist bewusst eine Studie über das Zusammenspiel von bündnisstrategischen Vorgaben und nationaler Verteidigungsplanung gesetzt. Damit soll schon bei der strategischen Einordnung von Sicherheitspolitik und Streitkräften der Bundesrepublik am vermeintlich klassischen militärgeschichtlichen Sujet wesentlichen Grundvorgaben für das gesamte Projekt Rechnung getragen werden: dass sich nationale Sicherheit nur noch im übernationalen Rahmen verwirklichen lässt; dass militärische Planung vor dem Hintergrund eines antagonistischen Systemkonflikts wie des Kalten Krieges mit seinen totalen Bedrohungsperzeptionen nicht mehr mit den herkömmlichen Mittel reiner Militärstrategie zu betreiben ist; dass schließlich solches Denken in den Kategorien potentiell totaler Kriegführung weit auf das ökonomische und gesamtgesellschaftliche Umfeld ausstrahlt.

Unmittelbar daran werden sich die Folgebände über den Aufbau von Heer, Luftwaffe und Marine mit ihrer Umsetzung von gesamtstrategischen Vorgaben

in den Aufwuchs nationaler Teilstreitkräfte anschließen. Erst auf diesen Ebenen der faktischen Realisierung des Bundeswehraufbaus nehmen politische und strategische Grundvoraussetzungen letztlich konkrete militärische Gestalt an. Gerade aus der Aufbau- und Konsolidierungsphase der aufwachsenden Streitkräfte nicht wegzudenken sind daneben die Aspekte des reformorientierten innermilitärischen Neubeginns, der materiellen Rahmenbedingungen und der öffentlichen wie parlamentarischen Kontrolle. Dazu können in stetiger Folge Studien über das Konzept des ›Staatsbürgers in Uniform‹ und seiner Umsetzung in den Leitvorstellungen der ›Inneren Führung‹, über die Wechselwirkung zwischen Streitkräften und politisch-gesellschaftlichem Umfeld am Beispiel der Planung und Verwirklichung eines breit gefächerten militärischen Infrastrukturprogramms wie über die Festigung des Prinzips parlamentarischer Kontrolle durch die neu geschaffene Institution eines Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages vorgestellt werden.

Gerade mit dieser umfassenden Einbindung in die internationalen, innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Voraussetzungen militärischen Planens und Handelns zeigt das MGFA an seinem neuen Forschungsprojekt, wie unverzichtbar seine militärgeschichtliche Analyse der deutschen Sicherheitspolitik und ihrer Streitkräfte für das Verständnis der westlichen Allianz und ihres Mitglieds Bundesrepublik im Kalten Krieg ist. Diese breite Anlage bestimmt auch die Planung für bereits laufende und noch einzuleitende Anschlussstudien, für die das MGFA schon jetzt eine Öffnung der Reihe in Richtung auf thematisch wie qualitativ dazu passende externe Arbeiten ins Auge gefasst hat. Begleitet wird die Reihe schließlich inhaltlich durch eine integrationsgeschichtlich angelegte parallele Reihe zu »Entstehung und Probleme des Nordatlantischen Bündnisses bis 1956« (Oldenbourg Verlag) sowie eine Edition der gewichtigen Quellengruppe »Protokolle des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages« (Droste Verlag).

Mein Dank für das Zustandekommen der Veröffentlichung gilt vor allem dem Autor, Leitender Wissenschaftlicher Direktor Dr. Bruno Thoß, dem langjährigen Leiter des Forschungsprojektes »Militärgeschichte der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis«, für seine außerordentliche Forschungsleistung. Die Schriftleitung des MGFA unter Dr. Arnim Lang übernahm mit Dr. Aleksandar-S. Vuletić (Koordination), Carola Klinke (Textgestaltung), Bernd Nogli/Sabrina Ghersfeld (grafische Beigaben), Marina Sandig (Bildrecherche) und Maurice Woynoski (Coverentwurf) im Zusammenwirken mit dem Lektor Oberst a.D. Dr. Roland G. Foerster (Kenzingen) die Betreuung des Werkes bis zur Druckreife. Ihnen allen sowie Herrn Christian Kreuzer M.A. und dem Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, gilt mein aufrichtiger Dank für die gute Zusammenarbeit bei der Realisierung dieses ersten Bandes der neuen Reihe »Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland«.

Dr. Hans Ehlert

Oberst und Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

Einleitung

An Stelle einer Regierungserklärung ließ Bundeskanzler Konrad Adenauer nach Hinterlegung der Vertragsdokumente über den Beitritt der Bundesrepublik zu NATO und WEU am 5. Mai 1955 im Parlament nur einen kurzen Brief durch den Bundestagspräsidenten verlesen. Seine Quintessenz lag in dem Satz: »Die Bundesrepublik Deutschland ist souverän¹.« Im Herbst 1954, unmittelbar nach Abschluss der Londoner Konferenz über einen Bündnisbeitritt, war der Kanzler vor dem Bundesvorstand seiner Partei sogar noch einen wesentlichen Schritt weiter gegangen, wenn er schon beinahe triumphierend prognostiziert hatte: »Wir können dann mit Fug und Recht sagen, daß wir wieder eine Großmacht geworden sind².« Die Wiederholung solcher und ähnlicher Aussagen aus seinem Munde sind Legion. Sie häuften sich immer dann, wenn trotz deutscher Allianzmitgliedschaft erkennbar wurde, wie weit solche Erwartungen auf internationaler Ebene noch von den Realitäten abwichen. Bei genauerem Hinsehen zeigten nämlich die vertraglichen Abmachungen selbst wie der faktische Standort Bonns in und außerhalb der westlichen Allianz auch in der Folgezeit, dass man zwar im Vergleich zu den unmittelbaren Gründerjahren der zweiten deutschen Republik wieder ein wesentliches Stück vorangekommen war, de facto aber als Partner im Bündnis noch längst nicht auf gleicher Ebene zu agieren vermochte wie die zum Vergleich dazu immer herangezogenen Briten und Franzosen.

Um dem über eigenes militärisches Potential so rasch wie möglich näher zu kommen, hatte Adenauer deshalb schon kurz nach Unterzeichnung der Pariser Verträge in aller Öffentlichkeit vollmundig angekündigt: »Die Aufstellung der vorgesehenen deutschen Divisionen wird etwa zweieinhalb Jahre in Anspruch nehmen³.« Die Bedeutung schnell vorzeigbarer Aufrüstungserfolge nahm für ihn in dem Maße zu, wie er sich im Sommer 1955 bei den Vorbereitungen auf den ersten Ost-West-Gipfel seit Kriegsende mit Überlegungen über ein Disengagement in Mitteleuropa konfrontiert sah. Dahinter begannen für ihn nämlich bereits erste Gefahren hinsichtlich des Gewichts eines künftigen deutschen Bündnisbeitrags heraufzuziehen, noch bevor dieser überhaupt wirksam geworden war. Wollte man also sicherheitspolitisch nicht zum reinen Handelsobjekt

¹ Adenauer an Gerstenmaier, 5.5.1955, abgedr. in: KAG 1955, S. 5146A, Abschnitt 6; vgl. zu dem Vorgang auch AWS, Bd 3, S. 131 (Beitrag Thoß).

² Rede vor dem CDU-Bundesvorstand, 11.10.1954, Adenauer: Wir haben wirklich etwas geschaffen, S. 258.

³ Bulletin Nr. 203, 27.10.1954, S. 1806.

einer Verständigung der Supermächte über den Kopf der Deutschen hinweg werden, dann war die rasche und vollständige Umsetzung der eigenen militärischen Verpflichtungen im westlichen Lager aus Sicht des Kanzlers unabdingbare Voraussetzung für sein Kernziel einer gleichberechtigten Partnerschaft im Bündnis⁴. Von daher rührte auch sein erklärtes persönliches Engagement für eine Beschleunigung der Aufrüstung, mit dem er Ende Mai 1955 neben anderem die Abgabe des bisher in Personalunion wahrgenommenen Außenministeriums an Heinrich von Brentano begründete⁵. Aus innenpolitischen wie wahltaktischen Gründen würde er die Bundeswehrführung in den folgenden Jahren freilich dann doch nicht annähernd mit der Kanzlerautorität unterstützen, die diese zu Bewältigung der Aufbaukrise neuer deutscher Streitkräfte benötigt hätte⁶.

Die vorrangige Zielrichtung Adenauerscher Sicherheitspolitik als Mittel zur völkerrechtlichen Souveränitätserweiterung und zum internationalen Statusgewinn darf allerdings sein damit ebenfalls eng verbundenes Verteidigungsinteresse für den Frontstaat Bundesrepublik nicht übersehen lassen. Der Bundeskanzler hatte schon 1953/54 sehr frühzeitige und durchaus treffsichere Hinweise auf die in Washington und bei der NATO eingeleitete Nuklearisierung der Bündnisstrategie erhalten. Sie drohte gerade das vorgeschobene Westdeutschland zum atomaren Schlachtfeld zu machen, da man anders seitens des Westens die ausgemachte Streitkräftelücke zum Ostblock nicht ausgleichen zu können glaubte. Deshalb stand Adenauer mit seinen in eine westdeutsche Aufrüstung gesetzten Hoffnungen sehr nahe an den militärischen Einschätzungen und Forderungen seines künftigen ersten Soldaten Adolf Heusinger, dass sich gerade über einen angemessenen deutschen Streitkräftebeitrag die einseitige Abhängigkeit der Allianz von Atomwaffen reduzieren ließe. In der ihm eigenen schlichten Beweisführung in militärischen Dingen brachte er den erwarteten Zugewinn an nationaler Sicherheit aus dem Aufbau eigener Streitkräfte noch während der Ratifizierungsdebatten um die Pariser Verträge im Frühjahr 1955 auf den Punkt: »Solange wir nicht zur NATO gehören, sind wir im Falle eines heißen Krieges zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten das europäische Schlachtfeld [...] und wenn wir in der Atlantikpaktorganisation sind, dann sind wir dieses Schlachtfeld nicht mehr⁷.« Nationale Sicherheitsbefriedigung, so die einvernehmliche Grundannahme der Bonner Sicherheitspolitik zwischen dem Kanzler und seinen militärischen Beratern, war für die Bundesrepublik unter den Bedingungen des Kalten Krieges nicht mehr erreichbar, ja

⁴ Adenauer in der Kabinettsitzung, 2.6., sowie vor dem CDU-Bundesvorstand, 3.6.1955, Kabinettsprotokolle 8, S. 331 bzw. Adenauer: Wir haben wirklich etwas geschaffen, S. 500 f.

⁵ Brief an Bundespräsident Heuss, 22.5.1955, Heuss/Adenauer, Unserem Vaterland zugute, S. 180-184.

⁶ Vgl. dazu durchgängig den Beitrag von Christian Greiner in: AWS, Bd 3, hier insbes. S. 563-569 und 658-706.

⁷ Adenauer in der Sitzung vom 25.2.1955, Verhandlungen Bundestag, 2. Wahlperiode, Bd 23, S. 3736.

nicht einmal mehr sinnvollerweise anstrebenwert. Eigenes Kerninteresse musste es dann aber sein, eine kriegerische Auseinandersetzung mit ihren verheerenden Folgen für die Bevölkerung und das Territorium des eigenen Landes entweder durch eine lückenlose Abschreckung ganz zu verhindern oder im Falle ihres Scheiterns wenigstens die zu erwartenden Schadenswirkungen durch eine Verteidigung einzugrenzen, die unmittelbar an den Ostgrenzen der Bundesrepublik aufgenommen und nicht erst in ihrem Binnenraum geführt wurde.

Für den Fall eines nicht zu vermeidenden militärischen Konflikts schufen die atomare Revolutionierung der Kriegsmittel und die notwendige Koordination regionaler mit globalen Interessen zwischen den kontinentaleuropäischen und den angelsächsischen Bündnispartnern freilich einige unverzichtbare Grundvoraussetzungen. Es musste eine Bündnisstrategie konsensfähig gehalten werden, in der kontinentales strategisches Denken mit dem der angelsächsischen See- und Luftmächte vereinbar blieb. Um die westlichen Verteidigungspläne aber auch finanzieren zu können, war außerdem innerhalb der Allianz eine Lastenteilung vorzunehmen, die den ökonomischen Möglichkeiten der einzelnen Partnerstaaten entsprach. Andererseits hatten die Sowjetunion und ansatzweise auch bereits ihre Satellitenstaaten seit 1948 die konventionelle Aufrüstung in einem Maße vorangetrieben, dass die Westeuropäer schnell an finanzielle Grenzen und damit zugleich an innenpolitische Akzeptanzprobleme stießen, wenn sie sich, wie mit ihrem Aufrüstungsprogramm vom Frühjahr 1952 in Lissabon geschehen, auf ein Aufholrennen bei herkömmlichen Streitkräften einlassen wollten. Von daher mussten Überlegungen an Attraktivität gewinnen, die sich auf das Feld der vermeintlich »billigeren« atomaren Gefechtsfeldwaffen konzentrierten, für die seit den frühen fünfziger Jahren in den USA die technologischen Voraussetzungen in Form von miniaturisierten Kernwaffen (Projekt Vista)⁸ vorlagen. Die Frage war bei solcher auf taktische Atomwaffen abgestützten Verteidigungsplanung allerdings, wie sich bei einem Scheitern der Abschreckung die dann verbleibenden Verteidigungsoptionen noch unterhalb der atomaren Schwelle halten ließen. Eine Verteidigungsführung unter voller Einbeziehung atomarer Feuerkraft hob im Übrigen, wie bereits ansatzweise in den beiden Weltkriegen erfahren, endgültig die Trennlinie zwischen Front und Heimat auf. In Westeuropa als dem unmittelbaren Anrainer des Ostblocks wurde dieses Dilemma von Verteidigung auf Kosten nicht hinnehmbarer Schäden schon bald nach der Entscheidung von 1954 über eine Nuklearisierung der Allianzstrategie wahrgenommen, während man sich in den USA zumindest bis zur Bedrohung des eigenen Raumes durch atomare Fernraketen (Sputnik-Schock) noch der Hoffnung relativer Unverletzlichkeit hingeben mochte. Militärische Gefechtsführung, verbunden mit der Notwendigkeit zu einer Zivilverteidigung der personellen wie materiellen Ressourcen mit ihrer Kernforderung nach einem wirkungsvollen Bevölkerungsschutz, bil-

⁸ Dazu insgesamt: Elliott, Project Vista.

deten somit unter den Herausforderungen eines möglichen Atomkrieges letztlich eine Einheit.

Verteidigungsplanung der Bundesrepublik im Rahmen der gültigen NATO-Strategie, das zeigen schon diese wenigen Hinweise auf so substantiell veränderte Voraussetzungen für Sicherheit unter den Bedingungen eines derart radikalisierten Kriegsbildes und eines umfassenden Systemkonflikts zwischen Ost und West, ist mithin nicht mehr mit den eingeschränkten Fragestellungen reiner Militärstrategie zu erfassen. Ansätze zu solchem Denken in Teilen der militärischen Stäbe auf dem westeuropäischen Kontinent bis weit in die Nachkriegszeit hinein waren im Übrigen auch unvereinbar mit den weit darüber hinausreichenden Folgerungen, die man bei Amerikanern und Briten schon aus den Realitäten der beiden Weltkriege gezogen und auf den Begriff einer jetzt erforderlichen ›Grand Strategy‹ mit ihrer engen Verzahnung von Politik, Ökonomie und Kriegführung gebracht hatte. Einer ihrer Analytiker, der britische Historiker und Strategieforscher Sir Michael Howard, hat dafür eine Formel verwandt, die mittlerweile zu den klassischen Definitionen zu zählen ist: ›Grand strategy [...] consisted basically in the mobilization and development of national resources of wealth, manpower and industrial capacity, together with the enlistment of those allied and, when feasible, of neutral powers for the purpose of achieving the goal of national policy in wartime.⁹« Weiterführend für die westdeutsche Verteidigungsplanung im NATO-Rahmen unter den Bedingungen einer massiven Vergeltungsstrategie sind daraus vor allem zwei methodische Ansätze: die Großräumigkeit, mit der darin nationale mit Allianzplanung verknüpft wird, und die innerstaatliche wie allianzstrategische Ausweitung rein militärischer Planung auf alle Ressourcen und Handlungsfelder im Einzugsbereich totaler Kriegführung.

Als Beitrag zu einer modernen Strategieggeschichte wird deshalb auch in der vorliegenden Studie ganz im Sinne eines für die NATO konstitutiven Denkens in den Kategorien von ›Grand Strategy‹ westdeutsche Verteidigungsplanung auf allen Ebenen in die politischen, ökonomischen und militärischen Vorgaben des Bündnisses wie seines westdeutschen Partnerstaates eingebettet. Da die Bundesrepublik 1955 als Nachzügler in einen bereits seit 1949 laufenden Strategiediskurs innerhalb der NATO eintrat, bei dem zu diesem Zeitpunkt schon die Grundentscheidung für eine durchgängige Abstützung der Verteidigungsplanung auf Atomwaffen gefallen war, sind zunächst einmal die zu diesem Zeitpunkt festliegenden Grundmuster aus der Allianzplanung nachzuzeichnen, die sich der deutschen politischen und militärischen Führung allerdings erst in einem nachholenden Lernprozess in ihrer vollen Konsequenz erschließen sollten. Mit dem Sicherheitsinteresse des neuen Allianzmitglieds in seiner unmittelbaren Randlage zum Warschauer Pakt voll vereinbar war dabei die zentrale Schlussfolgerung der NATO, die sie aus der Veränderung des Kriegsbildes unter nuklearen Bedingungen und aus den Bedrohungsannahmen über den Gegner gezogen hatte. Die Wahrnehmung der Sowjetunion als eines weltpoliti-

⁹ History of the Second World War, vol. 4, S. 1.

schen Kontrahenten, der im Gegensatz zu den soeben besiegten faschistischen Staaten in berechenbaren sicherheitspolitischen Kategorien dachte und handelte, vor allem aber die jederzeitige Gefahr einer atomaren Eskalation herkömmlicher Konflikte in Europa als dem eigentlichen Kernraum des Systemkonflikts zwischen Ost und West, hatten in der westlichen Allianz zu einer eindeutigen Gewichtsverschiebung im militärischen Planen geführt. Vorrang genoss von nun an Kriegsverhinderung durch Abschreckung, freilich immer verknüpft mit dem Bewusstsein, dass man im Falle eines Scheiterns der Abschreckung auch zur Kriegführung befähigt bleiben musste. Ohne dass dies den deutschen Militärplanern so von vornherein bewusst war, relativierte sich von daher natürlich durchgängig für den gesamten Zeitraum einer massiven Vergeltungsstrategie das militärische Gewicht der Bundesrepublik und ihrer aufwachsenden Streitkräfte als nichtatomares Allianzmitglied.

Von entscheidender Bedeutung für das deutsche Verteidigungsinteresse war es andererseits, dass sich die NATO um ihres inneren Zusammenhaltes willen seit ihrer Gründung am Prinzip der ›forward defense‹, also einer Verteidigung der Bündnisterritorien so weit nach Osten vorgeschoben wie möglich, orientierte. Freilich war noch vor dem deutschen Bündnisbeitritt auch bereits unübersehbar geworden, dass man ein dafür erforderliches volles Äquivalent zu den überlegenen konventionellen Streitkräften des Ostblocks mittlerweile nicht mehr für erreichbar hielt, wie man es noch 1952 in Lissabon einvernehmlich beschlossen hatte. Der neue deutsche Partner musste daher nur zu bald erfahren, dass er einer Illusion aufsaß, wenn er mit dem eigenen Bündnisbeitrag das Streitkräftepotenzial der Allianz so wesentlich zu erhöhen hoffte, dass damit ihre herkömmliche Abwehrkraft unterhalb der nuklearen Schwelle nachhaltig zu verstärken war. Sicherheit der NATO konzentrierte sich insbesondere in einer Zeit abnehmender internationaler Spannung, wie sie die Jahre 1953 bis 1956 kennzeichnete, nicht mehr ausschließlich auf ihre militärischen Sicherheitsvorkehrungen. Schon der Nordatlantikvertrag von 1949 hatte der gemeinsamen Verteidigungsplanung deshalb den Erhalt und Ausbau der ökonomischen Prosperität im Systemwettbewerb vorangestellt. Lange bevor Richard Nixon und sein Sicherheitsberater Henry Kissinger Ende der sechziger Jahre dafür die Schlagworte von ›hinreichender‹ anstelle von ›überlegener‹ Rüstung (sufficiency statt superiority) übernahmen, die bereits in den fünfziger Jahren im britischen Strategiediskurs kreierte worden waren, stand die NATO mithin zwar deklaratorisch weiterhin unter der Zielsetzung, perzipierte Bedrohung auf allen Ebenen mit angemessenen militärischen Mitteln zu beantworten. Über die Angemessenheit davon abgeleiteter militärischer Forderungen befanden aber an bevorzugter Stelle die nationalen Finanzminister mit. Innenpolitische und wahltaktische Rücksichtnahmen taten ein Übriges, um Rüstungsprogramme in aller Regel an der Untergrenze des von militärischer Seite noch für verantwortbar gehaltenen anzusiedeln. Beim neuen deutschen Bündnispartner würde man dies in mehrfacher Weise zu spüren bekommen: Als Forderung nach Devisenausgleich für die Stationierungstruppen auf deutschem Boden, verbunden mit der gleichzeitigen Erwartung nach zügiger Erfüllung der eigenen Aufrüstungs-

versprechen und parallel dazu einer teils schleichenden, teils offenen Ausdünnung eben der Bündniskontingente der Partnerstaaten, die von der militärischen Führung der NATO eigentlich als absolutes Minimum für eine funktionierende Vorverteidigung angesehen wurden.

Bei aller Betonung Mitteleuropas als der Hauptfront im Falle einer militärischen Auseinandersetzung um den alten Kontinent im NATO-Hauptquartier wie vor allem natürlich auf der Bonner Hardthöhe relativierte sich im Übrigen für die Führungsmächte mit ihren außereuropäischen Interessen das Gewicht Westeuropas bei näherem Hinsehen doch nicht unerheblich. Im westlichen Containment-Gürtel rund um den sino-sowjetischen Block nahm die NATO wohl einen herausgehobenen Platz ein, war und blieb aber eben nur eines unter mehreren Paktsystemen vom Vorderen Orient bis Ostasien. Eine historische Analyse der westlichen Sicherheitsziele in den fünfziger Jahren kann sich von daher nicht allein auf die potenzielle Hauptkampfzone zwischen Nordsee und Alpen beschränken, wie dies naturgemäß im Zentrum deutscher militärischer Annahmen lag. Auf einer vertikalen Stufenleiter ist vielmehr zu analysieren, wie sich im Schaukelspiel zwischen abflauender (1953-1957) und sich erneut aufladender Spannung (1958-1962) die nationalen Sicherheitsinteressen des Frontstaates Bundesrepublik zu den Zielen westlicher Sicherheitspolitik insgesamt verhielten. Die globalen Interessen und Verbindlichkeiten der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind darin ebenso einzubinden wie die über die engere mitteleuropäische Spannungszone hinausreichenden regionalen Sicherheitsbelange der übrigen NATO-Partner. Ging man nämlich in den westlichen Bedrohungsannahmen von einem in der kommunistischen Ideologie angelegten Streben nach weltweiter Ausbreitung der östlichen Systemvorstellungen und Herrschaftsformen aus - und dies taten die NATO-Planer im politischen wie militärischen Bereich zu diesem Zeitpunkt noch durchgängig -, dann musste man sich im umfassenden Systemwettbewerb darauf einlassen, solcher Herausforderung an den unterschiedlichsten Gefahrenpunkten und mit den dafür jeweils angemessenen Mitteln zu begegnen.

Die globalen Dimensionen des Kalten Krieges, die ihm militärtechnisch immanenten Eskalationsgefahren herkömmlicher Konflikte zu nicht mehr eingrenzbarer atomarer Kriegführung und sein Charakter als ein alle politisch-gesellschaftlichen Bereiche einbeziehender Systemkonflikt schließen mithin nicht nur jede nationalgeschichtliche Verengung in der Analyse deutscher Verteidigungsplanung unter den Bedingungen der ›massive retaliation‹ aus. All dies zwingt auch zu einer methodischen Vorgehensweise, die sich zumindest ansatzweise an eine ganzheitliche Perspektive annähert, selbst wenn der Verfasser die Skepsis hinsichtlich einer modernen Militärgeschichte als ›Totalgeschichte‹ teilt¹⁰, die im betrachteten Zeitraum allein schon von den verfügbaren Quellen her nicht zu leisten wäre. So wird auf der Bündnisebene zu zeigen sein, wie sich eine nuklearisierte Allianzstrategie aus dem Rahmen herkömmlicher

¹⁰ Vgl. dazu die gegensätzlichen Standpunkte von Roger Chickering und Dieter Langewiesche, in: Was ist Militärgeschichte?, S. 301-312 und 323-327.

militärischer Planung löste und schließlich nicht nur den gesamten Bündnisraum, sondern auch alle politischen wie ökonomischen Einzelfelder innerhalb der Allianz wie bei ihren Mitgliedstaaten als eine Planungseinheit in ihre militärstrategischen Annahmen einbezog. Daraus resultierte für die Bundesrepublik mit ihrer vom Bündnis gewollten und von den Deutschen akzeptierten strikten Einbettung in die Allianzvorgaben seit dem Sommer 1955 eine schnell in alle Politikbereiche ausgreifende Verteidigungsplanung, die bei voller Umsetzung das politische System und die westdeutsche Gesellschaft schon im Frieden in den Dauerschatten potenziell totaler Kriegsplanung zu stellen drohte. Dabei stieß die volle Umsetzung der operativen Forderungen aus dem Bündnis wie der nationalen Überlegungen zur Schadensbegrenzung in der Bundesrepublik nicht nur schnell an ökonomische Grenzen. Auch die seit den Besatzungsjahren schrittweise etablierte politisch-parlamentarischer Ordnung mit ihrer pluralistisch verfassten Gesellschaft sperrte sich gegen eine daraus drohende schleichende Militarisierung, selbst wenn die Bundesregierung spätestens seit dem atomaren NATO-Luftmanöver CARTE BLANCHE vom Sommer 1955 nicht mehr um die Einsicht in eine wesentlich nuklear ausgerichtete Allianzplanung herumkam.

Nahm man aber mit dem Allianzbeitritt die Herausforderungen aus einer so weitgehenden Hereinnahme externer Bündnisvorgaben in die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Binnenräume der Bundesrepublik hin, dann musste man solche umfassende Verteidigungsplanung zugleich kompatibel machen mit den Gegebenheiten eines föderalistisch ausgerichteten Staatswesens. Ein ausdifferenziertes System zur zivilen Landesverteidigung, das für die Sicherstellung der Gefechtsführung von NATO-Verbänden ebenso unverzichtbar war wie für die innerstaatliche Schadensbegrenzung auf dem westdeutschen Gefechtsfeld, das eben deshalb aber auch unter angemessener nationaler Interessenwahrung mit den Strukturen der Bündnisverteidigung koordiniert werden musste, bedurfte einer hochkomplexen Abstimmung von Bundes-, Länder- und Kommunalkompetenzen mit den operativen Absichten des Bündnisses auf deutschem Boden. Beim Bevölkerungsschutz und der ökonomischen Vorsorge für den Verteidigungsfall gestalteten sich die Dinge sogar noch komplizierter, da hier die Koordination zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Ebene im Verbändestaat Bundesrepublik gesucht werden musste. Das Prinzip der Freiwilligkeit in den Schutz- und Wohlfahrtsverbänden rieb sich nämlich ebenso heftig an den Notwendigkeiten gesamtstaatlich wie bündnismäßig regulierter Schadensbekämpfung im Einsatzfalle, wie sich unter den Bedingungen einer liberalen Wirtschaftsordnung staatlich geplante Kriegsvorsorge und privatwirtschaftliche Marktorientierung nur schwer zur Deckung bringen ließen. In dem Maße, wie das der Bündnisverteidigung zugrunde liegende Kriegsbild mit seinen Folgen für Bevölkerung und Infrastruktur der Bundesrepublik in die Öffentlichkeit drang, waren schließlich auch die psychologischen Rückwirkungen einer massiven Vergeltungsstrategie mit ihren Selbstabschreckungseffekten ins sicherheitspolitische Kalkül einzubeziehen. Verteidigungsbereitschaft, wie sie von der Bundesregierung gefordert und mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf-

rechtzuerhalten versucht wurde, hatte sich dazu innerhalb einer weitgehend unabhängigen Medienlandschaft zu behaupten, deren Organe sich in gewichtigen Teilen näher an der verbreiteten öffentlichen Skepsis orientierten und daher kaum für eine unterstützende Befürwortung von Landesverteidigung heranzuziehen waren. Dass vor allem die Vorbehalte gegen die mit atomarer Kriegführung verbundenen Risiken im Übrigen selbst vor dem Führerkorps der neuen Streitkräften nicht Halt machten, erschwerte es den politischen wie militärischen Verantwortlichen zusätzlich, den notwendigen vollen Rückhalt für eine Verteidigungsplanung unter nuklearen Voraussetzungen zu finden.

Will man dieser Komplexität von Verteidigungsplanung im Bündnisrahmen und unter den Systembedingungen der Bundesrepublik gerecht werden, ragen einige Untersuchungsfelder in ihrem jeweiligen Eigengewicht wie in ihren Wechselbeziehungen zueinander besonders heraus. Da steht an erster Stelle das Spannungsfeld zwischen einer vorrangig an Kriegsverhinderung orientierten Bündnisstrategie im Sinne nuklearer Abschreckung einerseits und den Vorbereitungen auf eine dennoch mögliche Kriegführung unter voller Einbeziehung von Atomwaffen im Falle ihres Scheiterns andererseits. Die Logik einer wesentlich nuklear ausgerichteten Bündnisstrategie und die Verfügungsgewalt über die dazu erforderlichen Kriegsmittel führten dabei zu einer zweigeteilten Strategiedebatte im Bündnis. Ihre Grundlinien wurden in dem Dreieck der Joint Chiefs of Staff in Washington (JCS), des Committee of the British Chiefs of Staff in London (BCOS) sowie der Standing Group (SG) der NATO in Abstimmung mit dem Supreme Headquarters Allied Forces Europe (SHAPE) präfixiert. Auf der Bündnisebene wurden sie anschließend auf der Grundlage der vorhandenen militärischen Potenziale in regional konkretisierte Verteidigungspläne (Emergency Defense Plans, EDP) umgesetzt. Aus diesen militärstrategischen Planungen innerhalb der NATO als einvernehmlich getroffenen Allianzvorgaben leiteten sich dann die Rahmenbedingungen für den nationalen Streitkräfteaufbau ab. Im Unterschied zu den zunächst angesteuerten supranationalen Bündnisstrukturen innerhalb einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ließ der Atlantikpakt als eine nur teilintegrierte Militärallianz herkömmlicher Provenienz andererseits wesentlich größere Spielräume zur Vertretung nationaler Eigeninteressen zu. Bei einer prinzipiell allianzkonformen Grundhaltung der Bundesrepublik wird daher beim westdeutschen Streitkräfteaufbau auch den nationalen Sicherheitsinteressen des neuen Partners und den Versuchen zu ihrer Umsetzung im Rahmen von NATO und WEU nachzugehen sein.

Auf der innerstaatlichen Ebene wird schließlich die Balance herauszuarbeiten sein, mit der unter den Systembedingungen von Parlamentarismus und Föderalismus versucht werden musste, die Forderungen aus den übernationalen NATO-Instanzen wie aus der eigenen militärischen Führung nach einer effizienten militärischen Planung mit den finanziellen und innenpolitischen Möglichkeiten der zweiten deutschen Republik in Einklang zu halten. Eingegrenzt war dabei ein offener demokratischer Disput über ein so existenzielles Feld wie die Verteidigungsplanung freilich durchgängig durch die Wirkungsmechanismen militärischer Geheimhaltung, verbunden mit dem Bestreben der

Verantwortlichen für psychologische Verteidigung im Kalten Krieg, die an sich schon verbreiteten Vorbehalte in der westdeutschen Gesellschaft gegen militärische Fragen nicht in eine einseitige Selbstabschreckung zu Lasten der offenen und zugunsten der geschlossenen Gesellschaften in den sozialistischen Ländern ausschlagen zu lassen. Das Wirkungsgeflecht zwischen Allianzstrategie, innerstaatlicher Meinungsbildung und militärischem Neuaufbau von Streitkräften wird dazu an einigen zentralen Leitfragen nachgezeichnet. Anhand der Ausgangssituation, die der deutsche Neuling bei seinem Bündnisbeitritt 1955 vorfand, lassen sich deutsches Verteidigungsinteresse und die davon bestimmten Vorüberlegungen im Amt Blank an den Realitäten der erreichten Allianzplanung abmessen. Daraus erschließen sich in der Phase der Implementierung der massiven Vergeltung (1954-1957) die Diskrepanzen zwischen einem zunächst konventionell angedachten deutschen Streitkräftezuschnitt und den schnell erkennbaren Notwendigkeiten zur atomaren Umrüstung als einem der Gründe für die von der Forschung konstatierte so genannte Aufbaukrise der Bundeswehr (1955/56)¹¹. Begleitet wurde diese Nuklearisierung der Bündnisstrategie freilich von frühzeitigen Annahmen über ein ab Anfang der sechziger Jahre zu erwartendes ›atomares Patt‹ zwischen den Supermächten, dessen Heraufziehen in Westeuropa spätestens mit den Weltraumerfolgen der Sowjetunion von 1957 voll realisiert wurde und zu einer nie mehr gänzlich überwundenen Vertrauenskrise im Bündnis über die Glaubwürdigkeit atomarer Zusagen der USA an die NATO führte.

Noch vor der ab 1961 von der Kennedy-Administration angesteuerten Strategiereform von der ›massive retaliation‹ zur ›flexible response‹ machte dies bereits zwischen 1957 und 1960 erste Modifizierungen in der reinen Vergeltungsstrategie erforderlich, die sich in der Bundeswehrführung wie in den Führungsstäben der anderen Partnerstaaten auch in einem innermilitärischen Disput zwischen den Teilstreitkräften über ihre Rolle in der Gesamtverteidigung niederschlugen. Beim Aufbau der Bundeswehr trat dies vor allem bei den charakteristischen Ungleichgewichten im Aufbau von Heer, Luftwaffe und Marine zutage. Trotz gemeinsamer Ausrichtung an der von der NATO mit ihren Grundsatzdokumenten MC 14/2 und MC 48/2 im Mai 1957 für verbindlich erklärten Abstützung der eigenen Abwehrplanung für Mitteleuropa auf taktische Atomwaffen setzte allein die Luftwaffe in Einsatzdoktrin, Ausbildung und Ausrüstung voll auf die nukleare Karte. Der Führungsstab der Bundeswehr bevorzugte dagegen mit Unterstützung der Heeres- und Marineführung eine mehroptionale Streitkräfteplanung, die bei aller anteiligen Ausstattung mit atomaren Trägersystemen im Kern von einer Anpassung der eigenen Kriegserfahrungen an der Ostfront und im Seekrieg des Zweiten Weltkrieges an die Herausforderungen im Kalten Krieg abgeleitet war. Dabei konzentriert sich die vorliegende Studie auf die Ebene der Gesamtverteidigung, während die Konkretisierung der Verteidigungspläne, des Streitkräftezuschnitts und der Bewaffnung den Untersuchungen über den Aufbau der Teilstreitkräfte als der

¹¹ Vgl. dazu eingehend AWS, Bd 3, S. 561-850 (Beitrag Greiner).

eigentlichen Umsetzungsebene zugeordnet bleibt¹². Die infrastrukturelle Ausgestaltung des Bundeswehraufbaus und die personelle Rüstung unter den Leitvorstellungen eines neuen Führungsverständnisses (›Innere Führung‹) bleiben ebenfalls parallelen Spezialstudien vorbehalten¹³.

Der Forschungsstand für ein strategiegeschichtliches Unterfangen, das sich die Analyse des komplexen Zusammenspiels von bündnispolitischen und allianzstrategischen Vorgaben mit ihren innenpolitischen und innermilitärischen Umsetzungen beim 1955 neu hinzugetretenen NATO-Partner Bundesrepublik zum Ziel gesetzt hat, ist von einem unübersehbaren Ungleichgewicht zwischen den Fortschritten in der internationalen Strategieforschung und auf Seiten der nationalen Analysen zur Geschichte der Bundeswehr gekennzeichnet. Weit fortgeschritten und inhaltlich ausdifferenziert ist mittlerweile die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der NATO-Strategie von der ›massive retaliation‹ bis zu ihrer schrittweisen Umformung zur ›flexible response‹¹⁴. Das ist vor allem einer breiten Öffnung der Archive in den USA (National Archives, Washington), in Großbritannien (Public Record Office, London) und inzwischen auch bei der NATO selbst (NATO International Staff, Central Registry, Archives, Brüssel) zu danken, deren Bestände zu den fünfziger und beginnenden sechziger Jahren vom Verfasser voll genutzt werden konnten. Erste Einblicke waren darüber hinaus in die Serie der sogenannten SHAPE Histories für die Jahre 1953 bis 1959 möglich, die zwar noch als Verschlussachen im NATO-Hauptquartier in Mons lagern, den Mitarbeitern des MGFA aber inzwischen auf der Grundlage entsprechender Sicherheitsüberprüfungen einsehbar, wenn auch noch nicht voll zitierbar gemacht wurden. Besonderer Dank dafür gebührt dem SHAPE Historian, Dr. Gregory Pedlow, dem daneben das Verdienst zukommt, die zentralen Strategiedokumente der NATO für die Forschung generell zugänglich gemacht zu haben¹⁵. Wohl befindet sich die Diskussion auch auf diesem Sektor der Geschichte des Kalten Krieges nach wie vor im Fluss, da sich nicht nur die Quellenlage durch neue Funde ständig erweitert, sondern inzwischen mit dem verdienstvollen Projekt einer blockübergreifenden Quellenerschließung (Parallel History Project NATO/Warsaw Pact) auch erste vorsichtige Vergleiche über die westliche Allianz hinaus möglich werden.

Wesentlich schwieriger gestalten sich dagegen immer noch die Verhältnisse auf der nationalen Ebene. Auch hier hat die militärgeschichtliche Forschung insbesondere bei den Vorüberlegungen über einen Verteidigungsbeitrag der

¹² Dazu entstehen im MGFA parallel zu dieser Studie drei Bände über Konzeption, Aufbau und Gliederung von Heer, Luftwaffe und Marine in den Aufbaujahren der Bundeswehr: Hammerich [et al.], Das Heer; Lemke, Konzeption; Sander-Nagashima, Die Bundesmarine.

¹³ Schmidt, Integration und Wandel, und Nägler, Die personelle Rüstung.

¹⁴ Vgl. dazu neben anderen: History of the Office, vol. 4 sowie The History of the Joint Chiefs of Staff, vol. 6; Dockrill, Eisenhower's New Look; Gaddis, Strategies of Containment; Greiner/Maier/Rebhan, Die NATO; Stromseth, The Origins of Flexible Response; Trachtenberg, A Constructed Peace; Twigge/Scott, Planning Armageddon; Wampler, Ambiguous Legacy. Die neueste Literatur dazu ist eingehend besprochen bei: Heuser, Atlantic Alliance.

¹⁵ NATO Strategy Documents.

Bundesrepublik zum westlichen Bündnis zwischen 1949 und 1955 erhebliche Fortschritte gemacht¹⁶. Weit in die sechziger Jahre hinein reichen im Übrigen die quellengesättigten Aussagen auf dem Feld der Einbettung deutscher Sicherheitspolitik in die internationalen Beziehungen, hier insbesondere auf der Basis bilateraler Studien über das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren angelsächsischen und französischen Hauptpartnern¹⁷. Erste quellengestützte Studien zum strategischen Denken und operativen Planen der Bundeswehrführung in der Aufbauphase westdeutscher Streitkräfte¹⁸ greifen zwar ebenfalls bereits über die Vorphase der Planungen im Amt Blank hinaus, konnten aber bislang nur in eingeschränktem Maße militärische Quellen nationaler Provenienz auswerten. Einen bedeutenden Fortschritt stellte es immerhin dar, dass es im Rahmen des international angelegten Nuclear History Project (NHP) gelang, zentrale Dokumente zu atomaren Fragen auch aus deutschen Archiven allgemein zugänglich zu machen und dies zusätzlich durch eine systematische Befragung von Zeitzeugen zu ergänzen. Dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages ist es darüber hinaus zu danken, dass inzwischen seine Sitzungsprotokolle als eine der wichtigsten Quellengruppen zum deutschen Streitkräfteaufbau für die I. bis V. Legislaturperiode (1949-1969) offengelegt und im Parlamentsarchiv für die gesamte Forschung zugänglich gemacht werden konnten.

Immer noch unbefriedigend stellt sich demgegenüber der Zugang zu den sicherheitspolitisch und militärisch relevanten Quellen im Bundesarchiv in Koblenz und in seiner Abteilung Militärarchiv in Freiburg/Br. dar. Wohl ließen sich die Überlieferungen zu Fragen der Zivilverteidigung in den Beständen des dafür zuständigen Bundesministeriums des Innern wie der damit befassten Fachministerien einsehen. Nach wie vor nicht auszuwerten waren dagegen die Protokolle des Bundesverteidigungsrats als dem zur Abstimmung von militärischen und zivilen Verteidigungsfragen geschaffenen interministeriellen Koordinationsorgan. Die zügig vorankommenden Editionen der Kabinettsprotokolle, der Akten zur Auswärtigen Politik und des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages lassen zwar die sicherheitspolitische Ebene oberhalb des Streitkräfteaufbaus angemessen zur Geltung kommen. Die Erschließung der militärischen Überlieferung in den Bundeswehrakten, die im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BA-MA) lagern, hat inzwischen bei der Erstellung von Findmitteln ebenfalls wesentliche Fortschritte gemacht. Dies gilt insbesondere

¹⁶ Vgl dazu v.a. die vom MGFA herausgegebenen Bände AWS, Bde 1-4.

¹⁷ In vergleichender Perspektive: Heuser, NATO, Britain und Hofmann, Truppenstationierung; zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen: Arendt, Der Westen tut nichts! und Felken, Dulles und Deutschland; zu den deutsch-britischen Beziehungen: Gossel, Briten, Deutsche und Europa und Schragstetter, Die dritte Atommacht; zu den deutsch-französischen Beziehungen: Koopmann, Das schwierige Bündnis; Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen; Schmitt, Frankreich und die Nukleardebatte; Soutou, L'alliance incertaine.

¹⁸ Konzentriert auf das militärstrategische Denken der Bundeswehrführung: Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen sowie Gablik, Strategische Planungen; ausgeweitet auf die atomaren Beziehungen der Bundesrepublik zur NATO: Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache sowie Tuschhoff, Deutschland.

für die zentralen Bestände des Amtes Blank (BW 9) und des Führungsstabes der Streitkräfte (BW 2). Der Zugang zu diesen wie zu den übrigen Militärakten ist dagegen für die allgemeine Forschung immer noch erheblich eingeschränkt, da eine generelle Herabstufung dieser Mischbestände aus NATO- und nationalen Dokumenten bislang nicht möglich war. Auch die nach entsprechender Sicherheitsüberprüfung befugten Benutzer des MGFA müssen deshalb beim Nachweis solcher eingesehener Bestände zu der Aushilfe greifen, sie als »Verschluss-sachen« in den Anmerkungen besonders kenntlich zu machen. Zu hoffen bleibt deshalb, dass dieser unbefriedigende Zustand einer von der allgemeinen Zeitgeschichtsforschung in ihren Ergebnissen noch nicht voll nachprüfaren Militärgeschichtsschreibung in naher Zukunft behoben werden kann.

Auf der Basis dieser trotz der genannten Einschränkungen insgesamt sehr breiten Quellengrundlage wird im Folgenden zunächst die Entwicklung der Bündnisstrategie von den ersten Planungspapieren 1949/50 bis zur Grundsatzentscheidung der Allianz für eine auf taktische Atomwaffen abgestützte Verteidigungsplanung im Dezember 1954 nachgezeichnet. Damit gewinnt der Betrachter nicht nur den notwendigen Einblick in die zum Zeitpunkt des westdeutschen Bündnisbeitritts erreichten Allianzvorgaben für den Aufbau der künftigen westdeutschen Streitkräfte. Erst vor dem Hintergrund der daraus deutlich werdenden durchgängigen Grenzmarkierungen für effiziente militärische Planung aus dem Spannungsverhältnis von angenommener Bedrohung und verfügbar zu machenden finanziellen Ressourcen werden die Hoffnungen nachvollziehbar, mit denen sich zunächst die angelsächsischen Führungsmächte und nach einem allianzinternen Überzeugungsprozess schließlich auch die übrigen Partnerstaaten der vermeintlich »billigeren« Option einer atomar ausgerichteten Verteidigungsplanung der NATO verschrieben.

Das markierte andererseits ab Sommer 1955 die Ausgangssituation für den neuen Bündnispartner Bundesrepublik beim Start in den eigenen Streitkräfteaufbau, stellte deutsche Verteidigungsplanung damit aber auch von Anfang an vor ein unaufhebbares Dilemma. Was als Prinzip der Kriegsverhinderung durch Abschreckung voll im Interesse des deutschen Partners an der Nahtstelle zwischen Ost und West lag, machte das Territorium beider deutscher Staaten freilich im Falle eines europäischen Krieges zu einem der bevorzugten atomaren Schlachtfelder mit all seinen unannehmbaren Folgewirkungen für Bevölkerung und Infrastrukturen. Während daher auf NATO-Ebene 1955/56 die Umsetzung der Allianzbeschlüsse in eine an Atomwaffen ausgerichtete Verteidigungsplanung voranschritt, leiteten die deutschen Militärplaner parallel dazu den Aufwuchs von damit nicht voll korrespondierenden herkömmlichen Streitkräftestrukturen ein. Neben den nicht zeitgerecht zu schaffenden gesetzlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für ein überoptimistisch rasch zugesagtes einsatzfähiges Bündniskontingent trug dieses Auseinanderklaffen von Allianzvorgaben und deutschen operativen Vorstellungen wesentlich zur spätestens im Herbst 1956 unübersehbaren Aufbaukrise der Bundeswehr bei. Die davon ausgelöste Notwendigkeit zum Umbau der Bundeswehr seit der Jahreswende 1956/57 in eine atomkriegsfähige Streitmacht mitten hi-

nein in ihren gerade begonnenen konventionellen Aufbau fiel zusammen mit einer Ausdünnung der NATO-Truppen auf deutschem Territorium, noch bevor dies durch die erst verzögert aufwachsenden Bundeswehrverbände ausgeglichen werden konnte. Erste Probleme mit der Akzeptanz einer reinen Nuklearstrategie im Bündnis und das Zurückbleiben der Verteidigungsanstrengungen in den einzelnen Partnerstaaten hinter den eingegangenen Verpflichtungen für ein Mindestniveau an Präsenzverbänden der NATO machten daher schon im Frühjahr 1957 Anpassungen der massiven an eine abgestufte Vergeltungsdoktrin erforderlich.

Erst unter diesen modifizierten Umfeldbedingungen nahm ab 1957 der Streitkräfteaufbau in der Bundesrepublik wirklich Fahrt auf. Während dieser eigentlichen Aufbauphase der Bundeswehr wird es zentrale Leitlinie der Betrachtung sein, NATO-Vorgaben und nationale Interessen mit den Planungen für operative Gefechtsführung wie für schadensmindernde Zivilverteidigung in Verrechnung zu bringen. Dazu sind zunächst die Besonderheiten der politisch-geostrategischen Lage nachzuzeichnen, mit denen sich die Verteidigungsplanung der NATO wie ihres Neumitglieds Bundesrepublik auf einem potenziellen Schlachtfeld Mitteleuropa auseinander zu setzen hatte: mit der historisch vorbelasteten Suche nach einer gemeinsamen Kommandostruktur an den Ostseeausgängen, dem durch die NATO nur begrenzt abzusichernden Keil zwischen ihren Kommandobereichen AFCENT und AFSOUTH im neutralen Alpenraum und vor allem dem militärisch nicht wirklich zu verteidigenden Vorfeldposten Westberlin. Daran schließen sich die Vorgaben aus einer im Frühjahr 1957 festgeschriebenen und doch gleichzeitig auch bereits moderat veränderten Vergeltungsstrategie für die nunmehr nuklear auszurichtende Streitkräfteplanung in der Bundesrepublik einschließlich der Gegenwirkungen aus einem darüber sofort entbrennenden öffentlichen Meinungsstreit an. Wie weit sich dabei deutsches Interesse an atomarer Mitwirkung im Bündnis realisieren ließ und wo die Grenzen für eine von außen wie im Innern mit großen Vorbehalten begleitete ›Atombewaffnung‹ der Bundeswehr lagen, wird wesentlich auf den Feldern der Ausstattung mit Trägersystemen, der Auslagerung von Kernwaffen und ihrer Integration in den Rahmen herkömmlicher Einsatzplanung zu überprüfen sein.

Entscheidend für deutsche Interessenwahrung im Bündnisrahmen und unter den Bedingungen einer im Kern atomar ausgerichteten Allianzstrategie erscheinen dabei zwei eng miteinander vernetzte Problemfelder: das deutsche Drängen auf ein frühzeitiges Vorschieben der Verteidigungslinien nach Osten an die Grenzen der Bundesrepublik zur DDR und ČSSR, um das eigene Territorium in seinem Gesamtumfang wirksam in die Bündnisverteidigung einzubeziehen sowie das Bestreben, damit gleichzeitig seine Bevölkerung wie seine Infrastrukturen über ein ausdifferenziertes System der Schadensbegrenzung vor den flächendeckenden Folgewirkungen atomarer Kriegführung wenigstens einigermaßen schützen zu können. Erst aus der Analyse dieses untrennbaren Zusammenspiels von NATO-Strategie, deren operativer Umsetzung für den Gefechtsraum Mitteleuropa und der Abstützung militärischer Planung auf ein

breitgefächertes Netzwerk ziviler Verteidigungsvorkehrungen wird nämlich das immer wieder in der Forschung ausgemachte Grunddilemma deutscher Sicherheitspolitik in der Aufbauphase der Bundeswehr in seiner ganzen Differenziertheit greifbar: dass der vorgeschobene NATO-Partner Bundesrepublik in seiner Verletzlichkeit einerseits unbedingt auf Kriegsverhinderung durch Abschreckung angewiesen war, dass im Falle eines Scheiterns der Abschreckung als Folge der dann atomar bestimmten Operationsführung letztlich aber nicht hinnehmbare Schäden für das nationale Überleben drohten. Oder, wie es ein amerikanischer Analytiker noch im Sommer 1989 auf den Punkt brachte: »Thus, if national defense becomes an actuality, it may turn into national suicide¹⁹.«

Vor diesem Hintergrund wird abschließend der Versuch zu unternehmen sein, in einer bewertenden Zusammenschau der nacheinander vorgestellten Einzelaspekte ein einigermaßen schlüssiges Gesamtbild über Möglichkeiten und Grenzen deutscher Interessenwahrung im Rahmen der Bündnisverteidigung in der Phase der ›massive retaliation‹ zu entwerfen. Darin werden vor allem die beiden Grundannahmen der deutschen politischen wie militärischen Führung auf ihren Realitätsgehalt zu hinterfragen sein: dass sich erst über den Aufbau einer effizienten Bündnisstreitmacht der Bundesrepublik ihr Gesamt- raum wirksam verteidigen und zugleich die extensive Abhängigkeit der Allianzverteidigung von Atomwaffen auf ein mit deutschen Überlebensinteressen vertretbares Maß reduzieren ließ.

¹⁹ Borinski, *Mitigating West Germany's Strategic Dilemmas*, S. 531.

Erster Teil

Die Rolle des westdeutschen Streitkräftebeitrags
im Rahmen der Vergeltungsstrategie

I. Allianz- und Eigeninteresse: das Prinzip der »forward defense« und das Problem ihrer ökonomischen Realisierung

Mitte Januar 1955 ließ sich der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Vorbereitung auf die Ratifizierungsdebatten um die Pariser Verträge vom Herbst 1954 eingehend über die politischen und militärischen Konsequenzen eines deutschen Allianzbeitritts unterrichten. Dabei sah sich Theodor Blank als Sicherheitsbeauftragter des Bundeskanzlers sehr zu seinem Ärger zum wiederholten Male mit der Frage konfrontiert, wie sich denn die Größenordnungen geplanter westdeutscher Streitkräfte aus den strategischen Zielsetzungen der NATO herleiten ließen. Schließlich – so argumentierte der sicherheitspolitische Sprecher der SPD, Fritz Erler – müsse das deutsche Parlament bei seinen künftigen Etatbewilligungen doch wissen, »welches Maß an Sicherheit die Bevölkerung der Bundesrepublik mit ihrer Beteiligung an dieser gesamten Organisation einkauft«. Aus Sicht Blanks war eine derartige Debatte dagegen zum jetzigen Zeitpunkt ebenso überflüssig wie unzweckmäßig. Mit dem Umstieg von einer 1954 gescheiterten Europa-Armee unter deutscher Beteiligung auf ein Bündniskontingent im Rahmen der NATO hatte sich letztlich nur die Organisationsform eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages, nicht aber die europäische Sicherheitslage und eine daraus abzuleitende gemeinsame Verteidigungsplanung geändert. Im Übrigen hielt er es für gänzlich unmöglich, »daß strategische Pläne vor einem Parlament verhandelt werden«¹.

Damit gaben sich indes die Sprecher der Opposition nicht zufrieden, und sie wurden darin selbst aus den Reihen des Koalitionspartners FDP unterstützt. »Wenn die grundlegenden strategischen Tatsachen nur zur Geheimwissenschaft der Militärs gemacht werden, dann kapituliert die Politik«, konterte Erler die Vorstellung von einem das Parlament ausblendenden Diskurs über strategische Fragen. Sein gut informierter Hamburger Parteifreund Helmut Schmidt führte zudem eine verunsicherte Öffentlichkeit ins Feld, die – »auf längere Zeit jedenfalls« – davon ausgehen müsse, dass die westliche Allianz die Verteidigung des Bündnisgebietes derzeit bestenfalls »am Rhein und notfalls auch in Frankreich« aufzunehmen gedachte. Das veranlasste den künftigen Verteidigungsminister Blank immerhin zur Erneuerung seines grundlegenden Credo über Nutzen

¹ Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, 12.1.1955, Archiv des Deutschen Bundestages, Protokolle des Verteidigungsausschusses, 2. Wahlperiode, 25. Sitzung, Zitate auf S. 33 und 35.

und Notwendigkeit westdeutscher Verteidigungsanstrengungen im Bündnis: »Ich kann Ihnen noch einmal sagen, daß wir die Garantie haben, daß im Falle eines Angriffs – immer vorausgesetzt, daß alle dazu erforderlichen Kräfte auch durch unsere Mitwirkung vorhanden sind, und immer vorausgesetzt, daß wir dann mit unseren Kräften mitwirken – Deutschland verteidigt wird, und zwar dort, wo der Angriff stattfindet, und zwar direkt².« In diesem rhetorischen Schlagabtausch blitzte wie unter einem Brennglas die *raison d'être* deutscher Verteidigungsplanung auf. An ihr hatten sich die Auseinandersetzungen um einen deutschen Verteidigungsbeitrag seit den späten vierziger Jahren aufgeladen; sie sollte die Diskussionen um das essentielle Verteidigungsinteresse der Bundesrepublik im Allianzrahmen letztlich bis zum Ende des Kalten Krieges begleiten: Verteidigung im Bündnis als Formel westdeutscher Sicherheitsbefriedigung gewann ihre politische, militärische und moralische Rechtfertigung aus der Grundannahme, dass rein *nationale Verteidigung* deutschen Territoriums unter den Bedingungen eines geteilten Landes in einer bipolaren Sicherheitsarchitektur nicht mehr darstellbar war; *integrierte Verteidigung* durfte dann aber nicht lediglich zur Sicherung des strategischen Vorfeldes Bundesrepublik für die Nordatlantische Allianz verkommen.

Deutsche militärische Experten, die im Auftrag von Bundeskanzler Konrad Adenauer im Eifelkloster Himmerod über die »operativen Bedingungen für die Verteidigung Westeuropas« nachdachten, hatten deshalb schon im Herbst 1950 jeder Bündnisverteidigung die Grundmaxime vorangestellt: »Der westeuropäische Raum muß *soweit ostwärts* wie möglich verteidigt werden³.« Alternative Überlegungen zu einer Verteidigung des Bundesgebietes wie die zeitweise sehr weitgehenden Forderungen des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher nach einem Vorschieben der westlichen Verteidigungslinien an die Weichsel⁴ oder die Pläne einer grenznahen Verteidigung des Obersten Bogislav von Bonin⁵ mochten andere sicherheitspolitische oder operative Schwerpunkte setzen. In einem waren sich Sicherheitspolitiker und militärische Planer über alle Parteigrenzen und militärischen Auffassungsunterschiede hinweg durchgängig einig: Der politische Zusammenhalt des westlichen Bündnisses als militärische Risikogemeinschaft, eine koordinierte militärische Operationsführung in Westeuropa, die hohe wirtschaftliche und infrastrukturelle Verwundbarkeit der östlichen Bundesrepublik und die psychologische Befindlichkeit ihrer Bevölkerung machten eine Strategie der Vorwärtsverteidigung für die westdeutsche Verteidigungsplanung zum »Wert an sich«⁶.

Dabei nahm die deutsche Seite aus ihrer besonderen geografischen Betroffenheit heraus nur eine strategische Forderung auf, die aus Sicht der kontinen-

² Ebd., Zitate auf S. 37, 51 und 55.

³ Rautenberg/Wiggershaus, Die »Himmeroder Denkschrift«, S. 39.

⁴ Buczykowski, Kurt Schumacher, S. 102-112 und Löwke, Die SPD und die Wehrfrage, S. 22-36.

⁵ Vgl. dazu insgesamt: Brill, Bogislav von Bonin.

⁶ So Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 65 f.; zur grundsätzlichen Bedeutung der »Vorwärtsverteidigung« vgl. Thoß, Deterrence and Defence.

talen Allianzpartner insgesamt von Anfang an Vorbedingung jeder Bündnisverteidigung gewesen war. Im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gründungsakt der NATO vom April 1949 hatte der Stabschef der U.S. Army, General Omar Bradley, seinen Landsleuten bereits ins Stammbuch geschrieben, »that we cannot count on friends in Western Europe if our strategy in the event of war dictates that we shall first abandon them to the enemy with a promise of later liberation«⁷. Immerhin standen die militärstrategischen Planungen der Joint Chiefs of Staff (JCS) in Washington für einen möglichen Krieg in Europa (Codename: HALFMOON) noch während des ganzen Jahres 1948 unter der für die Westeuropäer inakzeptablen Vorgabe einer »Evakuierung« der amerikanischen Truppen vom westeuropäischen Kontinent und dessen späterer Wiedereroberung⁸. Die Fortschreibung in den parallelen amerikanischen und britischen Plänen FLEETWOOD bzw. SPEEDWAY sahen seit Ende 1948 zur politisch-psychologischen Beruhigung der westeuropäischen Partner zumindest schon einmal eine gemeinsame Verteidigungslinie auf dem Kontinent so weit ostwärts wie möglich vor⁹. Das zugrunde gelegte Kräfteverhältnis im Falle einer sowjetischen Invasion ließ dafür aber bei der erheblichen Ausdünnung Westeuropas von präsenten Bodentruppen günstigstenfalls den Rhein als ersten Rückhalt zu. In ihrem frühesten Strategiepapier MC 3 hatte die NATO daher zwar schon im Herbst 1949 als strategisches Ziel lapidar festgeschrieben: »Arrest and counter as soon as practicable the enemy offensives against North Atlantic Treaty powers¹⁰.« Was sich auf den ersten Blick wie eine klare Selbstfestlegung der Allianz auf eine Verteidigung des gesamten Bündnisgebietes liest, stand aber bei näherem Hinsehen ganz eindeutig unter dem essentiellen Vorbehalt seiner praktischen Umsetzbarkeit.

Die Aufnahme einer Verteidigung des westeuropäischen NATO-Territoriums »so frühzeitig wie möglich« war letztlich bis auf weiteres eine politisch-psychologische Absichtserklärung und noch kein realisierbares militärisch-operatives Programm. Bei aller Übereinstimmung im Grundsätzlichen klafften dafür nämlich noch auf absehbare Zeit strategische Absichten und verfügbare militärische Mittel weit auseinander. So gingen die westlichen Analytiker von Ende der vierziger bis in die sechziger Jahre konstant von der sowjetischen Fähigkeit aus, im Falle einer globalen militärischen Auseinandersetzung 2,5 Millionen Soldaten und 175 einsatzfähige Divisionen aufbieten zu können. Davon würden sich mindestens 100 Divisionen schnell an der europäischen Zentralfront zum Einsatz bringen lassen. Zusätzlich würden schrittweise bis 1954 weitere 80 Divisionen der osteuropäischen Satellitenstaaten aufwachsen, die von ihrem Einsatzwert her zwar unter sowjetischen Standards bleiben würden, deren schiere Zahl aber angemessen ins westliche militärische Kalkül einzustellen war. Diese öffentlich und bündnisintern immer wieder als Grundgrößen

⁷ Memorandum vom 5.4.1949, zit. nach Trachtenberg, *A Constructed Peace*, S. 101.

⁸ Vgl. AWS, Bd 1, S. 163-171 (Beitrag Greiner) sowie *The History of the Joint Chiefs of Staff*, vol. 2, S. 288-292.

⁹ Beide Pläne wurden erstmals analysiert von Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 3-5.

¹⁰ MC 3 vom 19.10.1949, abgedr. in: *NATO Strategy Documents*, S. 6.

westlicher Bedrohungsperzeptionen ausgewiesenen Kräfte verloren allerdings – dies machen neuere Einblicke in die internen U.S.-Einschätzungen durchgängig für die fünfziger und sechziger Jahre deutlich¹¹ – bei eingehenderer professioneller Bewertung einiges von ihrem furchterregenden Gewicht. Das betraf nicht nur die erheblich differierenden Divisionsgrößen von 11 000 bis 13 000 Soldaten (Ost) und 17 000 bis 19 000 Soldaten (West); das hatte zudem die gravierenden Unterschiede zwischen Soll- und Ist-Stärken in den Friedensverbänden ebenso in Rechnung zu stellen wie die starken Abstriche in Bewaffnung, Motorisierung und Ausrüstung bei der weiter rückwärts stationierten Masse der sowjetischen und bei den osteuropäischen Divisionen.

Selbst bei Einbeziehung solcher relativierender Faktoren blieb aus Sicht westlicher Analytiker und Streitkräfteplaner aber eine weit überlegene kritische Masse an angriffsfähigen Boden- und Luftstreitkräften auf Westeuropa gerichtet, der man im Falle einer militärischen Auseinandersetzung wegen der eklatanten Schwäche der im Brüsseler Pakt erstmals koordinierten westeuropäischen Verteidigungsplanungen nur mit einer extrem risikobehafteten Gegenstrategie entgegentreten konnte. Die schnelle Rückführung und Demobilisierung amerikanischer Streitkräfte nach Kriegsende bereits 1945/46, die Ausdünnung Westeuropas von Präsenztruppen wegen der spätkolonialen Verwicklungen der meisten Mitgliedstaaten des Brüsseler Paktes in Afrika und Asien, schließlich der personelle und materielle Zustand der auf dem Kontinent verbleibenden militärischen Kräfte vor dem Hintergrund erheblich überlasteter Staatshaushalte – das alles ließ 1949/50 in Szenarios denken und planen, bei denen gerade einmal elf westliche Divisionen, unterstützt von 500 einsatzfähigen Flugzeugen einen konzentrierten ersten Angriffsstoß von etwa 50 sofort verfügbaren sowjetischen Divisionen und einer Luftmacht von 5000 bis 6000 Flugzeugen auszuhalten haben würden¹².

Nun gingen amerikanische Einschätzungen der allgemeinen Sicherheitslage bei allen gelegentlichen Schwankungen doch generell über alle Wechselfälle des Kalten Krieges hinweg davon aus, dass auch die Sowjetunion – trotz ihres nie aufgegebenen weltrevolutionären Anspruchs – nicht an einem neuen globalen Krieg interessiert und damit in ihrem Risikokalkül berechenbar war¹³. Als die am härtesten von den Folgen des Zweiten Weltkrieges betroffene Macht, aber

¹¹ Vgl. dazu und zum Folgenden: Duffield, *The Soviet Military Threat*; zur parallelen Gegnerwahrnehmung der deutschen politisch und militärisch Verantwortlichen: Wiggershaus, *Aspekte*. Aus Akten in Archiven ehemaliger Mitglieder des Warschauer Paktes wird im Übrigen neuerdings der Nachweis geführt, dass zumindest in der Stalin-Ära keine Vorbereitungen in den Ostblockstaaten auf eine Invasion Westeuropas getroffen wurden, der sowjetische Diktator vielmehr seinerseits von der Annahme einer potenziellen westlichen Aggression gegen Osteuropa und die Sowjetunion ausging, vgl. Lunak, *Reassessment*; zur generellen Einschätzung sowjetischen militärischen Verhaltens in den fünfziger Jahren: McGwire, *Interpreting*, S. 182 f.

¹² Zahlen nach Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 3; zum Zustand der Brüsseler Pakt-Truppen vgl. Hamilton, *Monty*, S. 723–776, hier insbes. S. 753–758.

¹³ Dies bestätigt ein Überblick von Mastny, *Did NATO win*, S. 176, über bisher ausgewertete Akten aus sowjetischen Archiven nach dem Ende des Kalten Krieges nachdrücklich.

auch von ihrem Rollenverständnis her als Trägerin einer historischen Fortschrittsidee suchte sie sich für den Systemwettbewerb mit dem Westen vielmehr vorrangig dort zu wappnen, wo die eigenen Schwächen am offenkundigsten zu Buche schlugen: bei der Konsolidierung des eigenen osteuropäischen Vorfeldes als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des eigenen Landes und bei dessen weiterer ökonomischer Modernisierung¹⁴. Das 1945 erreichte und bis 1949 gehaltene amerikanische Atommonopol untermauerte im Übrigen zunächst auch noch die ursprünglichen Erwartungen einer seit 1947 Zug um Zug verdichteten Politik der USA zur Eindämmung (containment) der Sowjetunion in ihrem osteuropäischen Machtbereich. Im Besitz einsatzfähiger Nuklearwaffen konnte man sich auf deren kriegsverhindernde Abschreckungswirkung stützen und deshalb durchaus begrenzte militärische Risiken in Kauf nehmen¹⁵. Nach den Erfahrungen mit dem Umkippen labiler Demokratien in den dreißiger Jahren sah der konzeptionelle Kopf dieser Politik, George Kennan, die eigentliche Herausforderung für den Westen in Europa nämlich nicht darin, »to combat communism as such, [...] but the economic maladjustment which makes European society vulnerable to exploitation by any and all totalitarian movements«¹⁶.

Diese ruhigere Betrachtungsweise in Washington änderte sich freilich 1949/50 dramatisch. Die Sowjetunion hatte zwar schließlich bei der Berlin-Blockade eingelenkt; im August 1949 durchbrach sie aber mit ihrem ersten erfolgreichen Atomtest das absolute Nuklearmonopol der USA. Wenige Wochen später ging mit dem Sieg Mao Zedongs im chinesischen Bürgerkrieg auch noch die ostasiatische Gegenküste an ein kommunistisches Lager verloren, das sich damit aus Washingtoner Sicht zu einem weltweit operierenden sino-sowjetischen Block verdichtete, der sich schnell zur doppelseitigen Bedrohung der USA in ihrem atlantischen wie pazifischen Vorfeld auswachsen mochte. Zu solcher Sorge trug nicht zuletzt das zunehmend selbstbewusstere Auftreten der Sowjetunion auf der Weltbühne seit der Jahreswende 1949/50 bei. Sie sah sich als Weltmacht an der Spitze einer global organisierten »Friedensfront«, die »von Sieg zu Sieg voranschreitet«, ja nach dem Erfolg in China vermeinte, sogar bereits »die Klänge der indischen Marseillaise« zu hören¹⁷. Die Truman-Administration revidierte daher nunmehr ihre vorwiegend politisch-wirtschaftliche Stabilisierungsstrategie für Westeuropa und gab gleichzeitig ihre bisherige Konzentration auf die militärische Sicherung weniger vitaler Punkte (strong point strategy) zugunsten einer globalen Widerstandslinie rund um den kom-

¹⁴ Weingartner, *Die Außenpolitik*, S. 10, hat dieses Grundmuster speziell für die Stalinzeit, aber auch für seine Nachfolger auf den Begriff vom »ideologischen Realismus« gebracht.

¹⁵ Vgl. dazu insgesamt: Gaddis, *Strategies of Containment*, S. 54-88.

¹⁶ Memorandum als Planungschef im State Department für Außenminister Dean Acheson, 23.5.1947, FRUS, 1947, vol. 3, S. 225.

¹⁷ U.S.-Botschafter Alan G. Kirk aus Moskau in einer Analyse sowjetischer Leitartikel zur Jahreswende, 4.1.1950, FRUS, 1950, vol. 4, S. 1076; zum ersten erfolgreichen Test einer sowjetischen Atombombe und seiner internationalen Wahrnehmung: Holloway, *Stalin and the Bomb*, S. 265-271.

munistischen Machtbereich (perimeter strategy) auf. Die im Grundsatz zwar auch jetzt noch favorisierte indirekte U.S.-Hilfe zur Aktivierung regionaler Selbsthilfe wurde von nun an überlagert von einem immer direkteren amerikanischen Engagement entlang der gesamten Peripherie des Ostblocks von Westeuropa bis Ostasien, unterfüttert durch die Initialzündung für eine Phase extremer Hochrüstung in den USA selbst¹⁸.

Gegen eine als kollektiv und weltumspannend bewertete Bedrohung setzte Washington mithin auf ein analoges militärisches Zusammenrücken des Westens und wurde darin von entsprechenden Forderungen der Westeuropäer bestätigt. Ging man beiderseits des Atlantik auch nach wie vor nicht von einer globalen Kriegsgefahr oder einer unmittelbar bevorstehenden sowjetischen Invasion Westeuropas aus, so rückte jetzt doch militärische neben ökonomischer Stabilisierung der Region in doppelter Hinsicht zunehmend in den Vordergrund gesamtwestlicher Sicherheitsplanungen. Wenn die politisch-wirtschaftlichen Verwerfungen aus dem Zweiten Weltkrieg und dem noch nicht abgeschlossenen Wiederaufbau dauerhaft überwunden werden sollten, dann war in den Augen der transatlantischen Eliten dafür eine sicherheitspolitische Abschirmung geboten, die den westeuropäischen Kontinent im Angesicht einer dominierenden sowjetischen Militärmacht nicht erneut wie nach dem Ersten Weltkrieg sich selbst überließ. Die nachwirkende öffentliche Debatte über eine verfehlte Appeasement-Strategie als Antwort auf die faschistische Herausforderung in den dreißiger Jahren ließ es daneben aber auch gegenüber dem weltpolitischen Rivalen angeraten erscheinen, jeder Fehlperzeption mangelnder westlicher Geschlossenheit und Verteidigungsfähigkeit aktiv entgegenzutreten. In allen zentralen Lagebeurteilungen jetzt und für die Zukunft stand nämlich nicht die planmäßige Auslösung eines neuen Weltkrieges als wahrscheinlichstes Gefahrenmoment vor Augen, sondern die Nutzung begrenzter regionaler Gelegenheiten, die sich für die Sowjetunion aus der Wahrnehmung westlicher Schwächen und einer davon gespeisten Fehleinschätzung militärischer Unentschlossenheit ergeben mochten¹⁹.

Sicherheitspolitische Signale westlicher Einheit und Entschlossenheit verloren indes viel an Überzeugungskraft, solange sie nicht durch integrierte Verteidigungsorganisation und angemessene militärische Mittel untermauert werden konnten. Die westliche Allianz stand daher nach ihrem Zusammenrücken in der NATO vor dem Dilemma, dass sie sich gegenüber den kontinentaleuropäischen Partnerstaaten in ihren Verteidigungsplänen auf eine ›Vorwärtsverteidigung‹ – und das hieß auf unverrückbaren Wunsch der Franzosen: am Rhein – festlegen musste, ohne dafür hinreichende Bodentruppen und Luftstreitkräfte verfügbar zu haben. Bei der maritimen Überlegenheit der angelsächsischen Seemächte

¹⁸ Gefahrenanalyse und Gegenprogramm sind niedergelegt in dem strategischen Grundsatzpapier NSC 68, 14.4.1950, abgedr. FRUS, 1950, vol. 1, S. 234-306 und eingehend analysiert bei Gaddis, *Strategies of Containment*, S. 89-126.

¹⁹ Beispielhaft dafür das Schlüsseldokument NSC 162/2 »Basic National Security Policy«, 30.10.1953 und dessen jährliche Fortschreibungen NSC 5501, 5602/1, 5707/8, 5810/1 und 5906/1, alle abgedr. in: *The Development*, vol. 1, S. 67-268.

waren wohl die Verbindungs- und Versorgungslinien über den Atlantik zu sichern, wenn es auch noch bis 1952 dauern sollte, bevor englisch-amerikanische Querelen in der Befehlshaberfrage eine gemeinsame transatlantische Kommandobehörde (SACLANT) aus der Taufe heben ließen²⁰. Auf sicherem Boden stand man zu diesem Zeitpunkt auch immer noch bei den strategischen Waffen, selbst wenn mit dem erfolgreichen Atomtest der Sowjetunion vom August 1949 das absolute U.S.-Monopol durchbrochen und die amerikanische Nuklearmacht noch weit von ihrer späteren Einsatzstärke entfernt war. Die U.S.-Bestände konnten erst allmählich von 13 (1947) auf 170 Atombomben (1949) erweitert werden; Gewicht und Bedienung der Waffen und ihrer Einsatzmittel warfen noch erhebliche Transport- und Einsatzprobleme auf; Lagerung, Überwachung und Freigabe lagen bis Mitte der fünfziger Jahre nicht bei den militärischen Kommandeuren, sondern in den Händen der zivilen Atomic Energy Commission (AEC); die Verlegung der ersten atomwaffenfähigen Trägerflugzeuge vom Typ B-29 nach Großbritannien während der Berlin-Blockade schob auch die Einsatzbasen erst ab 1949 näher an den potenziellen Einsatzraum heran und verringerte damit für das Strategic Air Command (SAC) der USA die Anflug-, für die sowjetische Luftabwehr entsprechend die Vorwarnzeiten²¹. Demgegenüber gingen alle Einschätzungen der Gegenseite davon aus, dass die Sowjetunion erst Anfang der sechziger Jahre über ein nach Waffen und interkontinental einsetzbaren Trägermitteln voll ausgeprägtes Atomwaffenarsenal verfügen würde, das die USA selbst nachhaltig und umfassend bedrohen konnte²².

Das alles versetzte die Vereinigten Staaten zwar noch für über ein Jahrzehnt in die Lage, mit ihren nuklearbestückten Fernbomben die Sowjetunion »in wenigen Stunden in eine rauchende, verstrahlte Ruine« zu verwandeln²³ und eine globale Auseinandersetzung für sie damit zum unkalkulierbaren Risiko zu machen. Schon die ersten Wochen des im Sommer 1950 ausbrechenden Korea-Krieges sollten dagegen zeigen, dass eine in globalen Dimensionen glaubhafte nukleare Abschreckung kein Garant für die Verhinderung regionaler oder lokaler Konflikte unterhalb der Schwelle zum »all-out war« war. Nun musste man nicht so weit gehen, wie dies der Verteidigungsexperte der britischen Labour Party, Denis Healey, ausgerechnet im ersten Aufbaujahr der Bundeswehr 1955 tun sollte, für den mit Blick auf die ungünstigen Erfahrungen des Westens in den Regionalkriegen der zurückliegenden Jahre die Abschreckung »nichts

²⁰ Vgl. Maloney, *Securing Command*, S. 167-169.

²¹ Zahlen zur Entwicklung des U.S.-Nuklearpotenzials nach Trachtenberg, *A Constructed Peace*, S. 181 (fig. 6); zu Zustand und Einsatzproblemen der frühen Atomwaffen: Rosenberg, *The Origins*, S. 131-134; zur Kontroll- und Freigabeproblematik: Bracken, *The Command*, S. 179-237 und Maier, *Die politische Kontrolle*, sowie die inzwischen weitgehend herabgestufte *History of the Custody*, zensierte Kopie, Stand: August 2000, einsehbar im Public Reading Room, Department of Defense, Washington, D.C.

²² Für 1949 sind die Grenzen der sowjetischen nuklearen Möglichkeiten herausgearbeitet bei Ziegler, *Intelligence Assessments*, zu den sowjetischen atomaren Einsatzproblemen bis in die sechziger Jahre: Trachtenberg, *A Constructed Peace*, S. 181 f.

²³ So die drastische Aufgabenbeschreibung für das SAC bei Bracken, *The Command*, S. 183.

anderes als ein neuer politischer Mythos, ein einziger Akt der Selbsttäuschung« war²⁴. So viel stand aber für die westeuropäischen Partner der USA in der NATO schon 1949/50 fest, dass Bündnisverteidigung zwar ihr erstes Ziel in der Verhinderung eines allgemeinen europäischen Krieges zu suchen hatte und dabei wesentlich vom nuklearen Abschreckungspotenzial ihrer Führungsmacht abhing, dass bei einem Scheitern der Abschreckung aber das eigene Territorium nicht lediglich symbolisch verteidigt werden durfte. Die britischen Stabschefs machten sich daher die drängenden Forderungen von Feldmarschall Bernard L. Montgomery als Oberbefehlshaber der Brüsseler Pakt-Truppen zu Eigen und mahnten ihrerseits bei aller Anerkennung der U.S.-Atomwaffen als »der vorrangigen Offensivwaffe« an, dass eine Verteidigung Westeuropas unmöglich sei »ohne stärkere konventionelle Streitkräfte, als wir sie derzeit verfügbar haben«²⁵.

Das war auch in Washington unstrittig, nur wurden hier die daraus zu ziehenden militärischen Konsequenzen zunächst noch ganz im Sinne einer strikten amerikanisch-westeuropäischen Lastenteilung (burden sharing) gesehen. Mit einer drastischen Erhöhung ihrer eigenen Verteidigungsausgaben – der Kongress billigte dazu allein für das Haushaltsjahr 1951 einen Anstieg von 13,5 auf fast 49 Mrd. Dollar zu²⁶ – gingen die USA daher mit Vorrang an die Weiterentwicklung ihres strategischen Potenzials. Von ihren westeuropäischen Partnern erwarteten sie dagegen, dass diese mit erhöhten finanziellen Eigenanstrengungen und flankiert durch U.S.-Militärhilfe eine angemessene konventionelle Streitmacht aufbauten. Dabei lagen im Pentagon zwei strategische Denkschulen miteinander im Widerstreit: die Anhänger einer »peripheral defense« in der Air Force plädierten für den absoluten Vorrang eines strategischen Luftkrieges gegen die Sowjetunion, der sich auf eine Kette von Luftbasen an der westeuropäischen Peripherie von Nordafrika bis zu den Britischen Inseln abstützen sollte. Aus politischen, militärischen und psychologischen Gründen befürwortete demgegenüber die Army eine »forward strategy«, da sie eine großräumige Landeoperation zur späteren Rückeroberung Westeuropas analog zur Invasion von 1944 unter den Bedingungen eines ebenfalls nuklear gerüsteten Gegners für aussichtslos hielt²⁷. Im Übrigen kritisierte die Führung der U.S. Army aus grundsätzlichen Erwägungen heraus eine einseitige Konzentration auf *ein Kriegsbild*, die nukleare Abschreckung und – im Falle ihres Scheiterns – auf *eine strategische Option*, die nukleare Gegenoffensive in die Tiefe des gegnerischen Raumes, als militärisch gefährlich. Denn sie glaubte – anders als die dafür fe-

²⁴ Healey, Die Bombe, S. 440.

²⁵ Global Strategy Paper des Chiefs of Staff Committee (COSC) vom Sommer 1950, zit. nach Twigge/Macmillan, Britain, S. 261.

²⁶ Detaillierte Aufschlüsselung in: History of the Office, vol. 2, S. 233–260.

²⁷ Nach Einschätzung des damaligen Alliierten Oberbefehlshabers und jetzigen Präsidenten Dwight D. Eisenhower wäre ihm unter nuklearen Bedingungen niemals eine Landung in der Normandie möglich gewesen, Tagebuch seines Sekretärs Hagerty, 4.1.1955, FRUS, 1955–1957, vol. 19, S. 5. Vgl. auch Sisk, Forging the Weapon, S. 67; eingehender analysiert in: History of the Office, vol. 1, S. 386–393.

derführende Air Force – nicht an die dauerhafte kriegsentscheidende Wirkung *einer Waffe*. Bei ihrem Plädoyer für eine ausgewogene nukleare *und* konventionelle Streitkräftestruktur hatte die Army freilich wie ihr Konkurrent in der Air Force auch die Rollenverteilung zwischen den Teilstreitkräften und ihren Etatanteil an den Verteidigungsausgaben insgesamt fest im Blick²⁸. Dies sollte sich bei den Verteilungskämpfen zwischen den Teilstreitkräften mit nahezu deckungsgleichen Argumenten in den einzelnen NATO-Staaten wiederholen.

Für den Interessenausgleich innerhalb der NATO zwischen Führungsmacht und kleineren Partnerstaaten, zwischen global-transatlantischer und regionalwesteuropäischer Orientierung resultierte aus diesen inneramerikanischen Divergenzen, verbunden mit der Forderung nach konsequenter allianzpolitischer Lastenteilung, ein in dreifacher Weise gespaltener Strategiediskurs:

Bei aller Prioritätensetzung zugunsten ihrer westeuropäischen Gegenküste (»Europe first«)²⁹ mussten sich die USA in ihrem Selbstverständnis als global agierende Weltmacht – erstens – Optionen offen halten, die im Einzelfall europäischem Regionalinteresse insgesamt oder den nationalen Interessen einzelner Verbündeter zuwiderlaufen konnten. Das schlug sich nicht nur in offenen oder verdeckten Dissonanzen beim internationalen Krisenmanagement nieder. Es hatte auch ganz konkrete Auffassungsunterschiede über Umfang und Dauer des militärischen Engagements der USA auf dem westeuropäischen Kontinent selbst zur Folge. Anders als dies im Bild von der »imperialen Republik« aufscheint, das die USA als bewusste Weltmacht aus den beiden Weltkriegen hervorgehen sieht, hatten die Befürworter einer nordamerikanisch-westeuropäischen Sicherheitspartnerschaft nämlich 1948/49 noch mit erheblichen inneramerikanischen Vorbehalten zu kämpfen. Ihre Kritiker argumentierten mit der aus der Geschichte gespeisten Sorge, dass man auf diesem Wege möglicherweise wieder wie in den beiden Weltkriegen mehr oder weniger unbeabsichtigt in die europäischen Händel hineingezogen wurde. Wenn man im Kongress den Weg der Truman-Administration schließlich doch mehrheitlich mitging, dann mehr aus einem Gefühl von »Lasten und Verantwortlichkeiten«, die den USA nun einmal wegen der eigenen Stärke und den sichtbaren Schwächen der Westeuropäer von der Geschichte aufgebürdet wurden³⁰. Als Washington sich daher nach monatelangen inneramerikanischen Auseinandersetzungen, der so genannten »Great Debate« von 1950 über ein erneutes überseeisches Engagement, zu einer Verstärkung der U.S.-Streitkräfte in Europa durchrang, verstand man dies von Anfang an und durchgängig als temporären An Schub westeuropäischer Eigen-

²⁸ Zur offensiven Argumentation der U.S. Air Force: Gentile, A-Bombs, S. 18–31.

²⁹ Eingehend analysiert aus der Sicht der amerikanischen Strategie der Gegenküstensicherung im Kalten Krieg bei Fröhlich, Zwischen selektiver Verteidigung, S. 125–150, hier insbes. S. 134 f.

³⁰ Gegen die These der revisionistischen Schule von einer bewussten, ökonomisch motivierten U.S.-Weltpolitik nach 1945 betont dies für die Gründungsphase der NATO neuerdings Rodgers, Atlantic Crossings, S. 502–504; vgl. dazu auch die Kanada und die USA einbeziehende und stärker auf soziokulturelle transatlantische Gemeinsamkeiten abhebende Darstellung bei English, Who Could Ask for Anything More?

anstrengungen und nicht als Entscheidung für eine dauerhafte Stationierung³¹. Bei aller Betonung nach innen und außen, dass die amerikanischen Soldaten »were a real physical deterrent to the Soviets and not merely a psychological one«³², ließ gerade Präsident Dwight D. Eisenhower, der sich als NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR) noch 1950/51 zum beredten Fürsprecher der westeuropäischen Forderungen nach einer Verstärkung der U.S.-Truppen gemacht hatte, doch nie einen Zweifel am Grundsatz eines zeitlich begrenzten direkten militärischen Engagements der USA in Europa. Anstoß zur regionalen Selbsthilfe und zeitweilige psychologische wie militärische Abschrümung einer westeuropäischen Aufrüstung bis zu ihrem Wirksamwerden, aber keine dauerhafte konventionelle »major military role« in Westeuropa wie analog zu Korea, hieß seine Maxime. Dass er wie sein Vorgänger und seine Nachfolger dazu jedoch mehrdeutige Aussagen machte, sollte nicht nur den weltpolitischen Gegner im Unklaren über die amerikanischen Reaktionen im Krisenfall lassen; es sorgte auch bei den Amerikanern selbst wie bei ihren europäischen Verbündeten immer wieder für Verwirrung³³. Vor allem sollte es aber Stein des Anstoßes im deutsch-amerikanischen Disput über Stellenwert und Dauer der amerikanischen Truppenstationierung in der Bundesrepublik sein und bleiben. Im deutschen Kalkül gaben erst präsente U.S.-Truppen gemeinsam mit der aufwachsenden Bundeswehr die Grundlage für eine realisierbare Verteidigung des Bündnisgebiets an seiner mitteleuropäischen Hauptfront ab. Ohne dies dem künftigen Verbündeten immer hinreichend deutlich zu machen, erhoffte demgegenüber Washington, dass gerade der Aufwuchs westdeutscher Streitkräfte die Möglichkeit zu einem mittelfristigen Herunterfahren im Niveau des direkten militärischen Engagements der USA in Europa eröffnen würde. Im Kern stand dahinter eine strategische Grunddisposition, die regionale Selbstverteidigung mit globaler Flexibilität der Führungsmacht über eine militärische Lastenteilung zu verbinden trachtete, ohne die regionalen Partner aus ihrer Eigenverantwortung zu entlassen und die Weltmacht USA in die globale Überspannung ihrer Kräfte (overcommitment) zu treiben.

Damit einher ging – zweitens – eine kontinuierliche allianzinterne Auseinandersetzung um das Verhältnis von strategischer Abschreckungsdoktrin und operativer Verteidigungsplanung für einen potenziellen Kriegsschauplatz Europa. Unstrittig war im transatlantischen Diskurs über westeuropäische Sicherheit das gemeinsame Grundanliegen. Die Erfahrungen zweier Weltkriege und die technologische Revolutionierung der Kriegführung durch Massenvernichtungswaffen hatten ein Umdenken von herkömmlicher Kriegführungs- zu künftiger Kriegsverhinderungsstrategie befördert. Mit der Durchbrechung ihres Atommonopols durch die Sowjetunion war aber für die USA ein Zeitpunkt absehbar, an dem sich die beiderseitigen Vernichtungspotenziale wechselseitig

³¹ Vgl. Thoß, *The Presence of American Troops*, S. 411-432.

³² So Eisenhower auf eine entsprechende Nachfrage seines Sicherheitsberaters Cutler, Frühjahr 1953, FRUS, 1952-1954, vol. 2, part 1, S. 273.

³³ Vgl. Dockrill, *Eisenhower's New Look*, S. 197.

neutralisieren würden. Als globale Abschreckung würden Nuklearwaffen auch dann noch wirksam bleiben, als Mittel zur regionalen Kriegsverhinderung oder Krisensteuerung mussten sie aber in dem Maße an Glaubwürdigkeit verlieren, wie sich auch über den USA ein »Fenster der atomaren Verwundbarkeit« öffnete. Der Koreakrieg, wie spätere regionale Krisen um Indochina oder Formosa, lieferten Kritikern der nuklearen Abschreckung in den USA und Westeuropa frühzeitig Anschauungsunterricht darüber, dass sich trotz eines zunehmend unwahrscheinlicher werdenden globalen Krieges internationale Krisen jederzeit und an jedem Punkt regional oder lokal militärisch aufladen konnten.

In den Anfangsjahren der NATO mussten sich die Westeuropäer allerdings wegen ihrer eigenen militärischen Schwäche noch nolens volens auf ein einseitig angelsächsisch bestimmtes Kriegsszenario einlassen, bei dem die westliche Abwehrplanung auf der Vorstellung von einem Zwei-Phasen-Krieg basierte. Danach hatte sich die Allianz in einer ersten Phase der militärischen Auseinandersetzungen auf dem europäischen Kontinent mit ihren Präsenzstreitkräften solange im Wesentlichen selbst zu behaupten, bis die von den USA garantierte sofortige strategische Gegenoffensive unter Einsatz von Kernwaffen gegen das sowjetische Territorium ihre entlastenden Wirkungen für den regionalen Kriegsschauplatz entfaltete. Die Kombination aus westeuropäischer konventioneller Defensive und amerikanischer nuklearer Offensive hatte die Zeit zu erkämpfen, die für die volle Mobilisierung der angelsächsischen Potenziale erforderlich war, mit denen man in der zweiten Phase eines Krieges an die Rückeroberung zeitweilig aufgegebenen Bündnisterritoriums und die Zerschlagung des sowjetischen Restwiderstandes auf dem europäischen Kontinent gehen konnte. In den verschiedenen Versionen des Plans OFFTACKLE, die zwischen 1949 und 1952 durchgespielt wurden, hatten die Westeuropäer dabei in Kauf zu nehmen, dass sie den für eine Rückeroberung erforderlichen essenziellen Brückenkopf auf dem Kontinent mindestens neunzig Tage im Wesentlichen allein halten mussten. Erst danach mochte sich die militärische Lage in Europa durch die Wirkungen der amerikanischen Luftoffensive gegen die Sowjetunion so weit konsolidiert haben, dass die erforderlichen überseeischen Reserven mobilisiert, ausgerüstet und antransportiert waren³⁴. Gleichgültig, in welchem Umfang im Übrigen der sowjetische Angreifer zum Durchstoß an den Atlantik seinerseits Atomwaffen einsetzte, würde selbst herkömmliche Kriegführung mithin für die kontinentalen NATO-Staaten bereits strategische Wirkungen zeitigen. Die französische Grundbedingung jeder Allianzplanung als »Vorwärtsverteidigung« am Rhein unter voller Mitwirkung der amerikanischen Führungsmacht wurde damit zur Nagelprobe für den Bündniszusammenhalt.

Räumliche Nähe der Kontinentaleuropäer zur angenommenen zentraleuropäischen Hauptfront hier, der geografische Abstand dazu bei den angelsächsischen Seemächten dort beeinflussten schließlich – drittens – auch die operativen Vorstellungen für den Fall eines europäischen Krieges. Der gefährlichste Kräfteansatz lag aus kontinentaleuropäischer Sicht in einem schnellen Durchstoß

³⁴ Vgl. Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 4-12.

überlegener sowjetischer Panzerkeile zum Atlantik – und genau darauf deutete die Dislozierung der sowjetischen Hauptangriffsarmeen in Mitteleuropa hin. Damit drohten nämlich nicht nur bereits bei Kriegsbeginn die wirtschaftlichen Zentren Westeuropas an Rhein und Ruhr, in Südbelgien und Nordfrankreich in die Hand des Angreifers zu fallen; mit dem Zugriff auf die Atlantikküste würden auch die Umschlaghäfen für die transatlantische Versorgung verloren gehen; zusätzlich würden die Verteidigungslinien der Allianz in eine nur noch über See verbundene Nord- und eine Südhälfte des NATO-Raumes zerrissen werden³⁵. Der Alptraum eines jede koordinierte Verteidigungsführung obsolet machenden, strategischen Offensivstoßes durch die mitteleuropäische Zentralfront hindurch innerhalb weniger Tage war mithin nicht erst ein publizistischer Warnschrei der siebziger Jahre³⁶; er gehörte zu den Urängsten einer kontinentalen Verteidigungsplanung, die noch stark aus den Erfahrungen der raumgreifenden Panzerschlachten des Zweiten Weltkrieges schöpfte. Im Unterschied zu dieser alles dominierenden Fixierung auf die große Land-Luft-Schlacht um den Zentralraum der Allianz in Mittel- und Westeuropa kreiste das operative Denken der an großräumigen Operationen geschulten Stabschefs der Seemächte dagegen stärker um die Optionen, die sich aus einer Sicherung der Flanken in Kombination mit dem Besitz des strategisch nutzbaren Nuklearpotenzials ergaben.

In dieser Perspektive kam es nicht so sehr darauf an, jeden Fußbreit Boden festzuhalten, was nur unter Inkaufnahme eines frühzeitigen Verschleißes der wenigen eigenen Divisionen zu realisieren war. Unter zeitweiliger Preisgabe westeuropäischen Raumes ließen sich vielmehr die eigentlichen Stärken der nordatlantischen Allianz, ihre Beherrschung der angrenzenden Seeräume und ihr überlegenes strategisches Nuklearpotenzial voll ausspielen. Für den ersten SACEUR Eisenhower stellte die eurasische Halbinsel nämlich einen sich nach Westen hin verengenden Flaschenhals dar, in dem ein Angreifer aus dem Osten seine Kräfte extrem komprimieren musste, wenn er rasch zum Atlantik durchstoßen wollte. Verstärkte man daher die westeuropäischen Abwehrverbände in einem militärisch wie finanziell vertretbaren Ausmaße und hielt mit den eigenen überlegenen Seestreitkräften die Flanken vor der nordnorwegischen Küste wie im östlichen Mittelmeer besetzt, dann ließ sich die gegnerische Angriffswucht im Zentrum so lange verlangsamen, bis die von Norden und Süden her zangenartig angesetzten eigenen Luftoffensiven den sowjetischen Kernraum des Angreifers und damit die Quelle seiner Offensivfähigkeit nachhaltig zerstört hatten³⁷. Ein Stück weit korrespondierten damit die in Himmerod nieder-

³⁵ Greiner, Die Entwicklung der Bündnisstrategie, S. 39-48.

³⁶ Close, L'Europe sans défense?; Hackett, Der Dritte Weltkrieg.

³⁷ Vortrag des SACEUR im White House, 31.1.1951, FRUS, 1951, vol. 3, S. 454: »If the Russians tried to move ahead in the center, I'd hit them awfully hard from both flanks. I think if we build up the kind of force I want, the center will hold and they'll have to pull back.« In beinahe deckungsgleichen Kategorien dachte sein Stellvertreter Montgomery, vgl. dessen Vortrag vor dem National War College, 13.4.1953, auszugsweise zit. bei Hamilton, Monty, S. 833 f.

gelegten deutschen operativen Überlegungen, die zu Recht als »ein klassisches Konzept der stabilen Mittelfront mit Möglichkeiten zu flankierenden Gegenoffensiven« charakterisiert wurden³⁸. Mit besetzt zu haltenden »Brückenköpfen« für Flankenstöße gegen einen in Mitteleuropa eingebrochenen Angreifer waren hier freilich kleinräumigere Vorstellungen einer operativ beweglich zu gestaltenden Abwehr im Mittelabschnitt der europäischen Gesamtfrent verbunden³⁹. Dies als Vorwurf begrenzten operativen Denkens gegen die deutschen Verteidigungsplaner zu wenden, geht allerdings zu diesem Zeitpunkt noch an deren beschränkterer Aufgabenstellung und ihrem mangelnden Einblick in die NATO-Gesamtplanungen vorbei. Mit Blick auf die operativen Diskussionen im Rahmen des Brüsseler Paktes bewegten sich die deutschen Gedankengänge nämlich durchaus auf der Höhe der westeuropäischen Debatte, übersahen indes 1949/50 noch die Vorbehalte der U.S. Army gegen eine Annahme der Schlacht in Mitteleuropa mit ungenügenden Bodentruppen. Hier erwartete man vielmehr, frühestens an den Pyrenäen einen Rückhalt für ein erfolgversprechendes Auffangen der sowjetischen Stoßarmeen zu finden, abgestützt durch eine Operationsbasis in Nordafrika⁴⁰.

Alle drei Faktoren zusammengenommen – eine angemessene amerikanisch-europäische Lastenteilung, ein ausgewogenes Verhältnis von Abschreckung und Verteidigung sowie die Organisation dieser Verteidigung – verlangten nach dem Aufbau einer integrierten westeuropäischen Verteidigungsstreitmacht schon im Frieden. Die dafür erforderlichen Kräfte zur Schließung der festgestellten Streitkräftelücke auf dem Kontinent waren wiederum aus Sicht der Stabschefs in Washington und London nur unter zusätzlicher Ausschöpfung des bisher ungenutzten westdeutschen Menschen- und Industripotenzials aufzustellen und dauerhaft zu unterhalten. Aus westeuropäischen Mitteln allein waren noch nicht einmal die für eine Abwehrfront am Rhein benötigten Boden- und Luftstreitkräfte zusammenzubekommen⁴¹. Unter dem Eindruck des Kriegsausbruchs in Korea im Sommer 1950 und seinen psychologischen Rückwirkungen auf Europa konnten deshalb schließlich die politisch-psychologischen Vorbehalte in Westeuropa, allen voran in Frankreich, gegen eine Aufrüstung des ehemaligen deutschen Kriegsgegners überwunden werden⁴². Die von Bundeskanzler Adenauer angebotene aktive Beteiligung der Bundesrepublik an einer Verteidigung Westeuropas hatte freilich ihrerseits einen Preis, denn auch der nunmehr in Aussicht genommene neue Allianzpartner verlangte als Gegen-

³⁸ Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 128.

³⁹ Rautenberg/Wiggershaus, Die »Himmeroder Denkschrift«, S. 40 f.

⁴⁰ Zu den Auseinandersetzungen um die Operationsplanung im Brüsseler Pakt zwischen Montgomery und dem französischen Marschall Lattre de Tassigny: Hamilton, Monty, S. 730–766; zu den Überlegungen Bradleys als Chief of Staff, U.S. Army: Wampler, Ambiguous Legacy, S. 6–8.

⁴¹ Vgl. dazu Montgomerys drastische Bestandsaufnahme vor den Kommandeuren der Brüsseler Pakt-Truppen nach Abschluss der Übung UNITY, Mai 1950, Hamilton, Monty, S. 762 f.

⁴² Eingehend geschildert in AWS, Bd 1, S. 327–389 (Beitrag Wiggershaus); vgl. jetzt auch Trachtenberg, A Constructed Peace, S. 103–113.

gabe für seinen Verteidigungsbeitrag eine Sicherheitsgarantie für sein Territorium.

Unterstützung fanden die deutschen Forderungen schon jetzt bei den Verteidigungsplanern von NATO und Brüsseler Pakt, die aus operativen Gründen ebenfalls an einer schrittweisen Vorverlegung der Verteidigungslinie in den Raum ostwärts des Rheins interessiert waren⁴³. Es war daher nur konsequent, dass sich die Allianz nach ihrer grundsätzlichen Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag auf ihrer Ratstagung vom September kaum drei Monate später im Dezember 1950 auf die von nun an verbindliche Formel festlegte:

»Die Verteidigung des NATO-Gebietes erfordert, daß Westeuropa so weit im Osten wie möglich verteidigt wird. Um wirkungsvoll zu sein, muß die Verteidigung sicherstellen, daß die drei Hauptfronten in Europa ein zusammenhängendes Ganzes bilden und sich gegenseitig unterstützen. Das ist nur möglich, wenn in der Region Westeuropa eine Vorwärtsverteidigung angewandt wird und ihre Verteidigung so dicht am ›Eisernen Vorhang‹ wie möglich erfolgt. Auf diese Weise können die Territorien aller kontinentalen Mitglieder geschützt werden. Die Annahme dieser Militärstrategie ist auch notwendig, um das beträchtliche Potential Westdeutschlands dem Feind zu verwehren und für die Alliierten zu sichern [...], um die Zusage der Besatzungsmächte, Westdeutschland zu schützen einhalten zu können und um sich der weiteren Mitarbeit Westdeutschlands zu versichern⁴⁴.«

Die militärischen Zielsetzungen der Allianz waren damit räumlich ein zusätzliches Stück ausgeweitet worden, ohne dass zu ihrer Realisierung vorläufig die Mittel zur Verfügung standen. Alle Planspiele über eine Verteidigung vor, am oder hinter dem Rhein standen deshalb unter dem Vorbehalt der erst noch bereitzustellenden deutschen Divisionen. Bis dahin konzentrierte sich die militärische Planungsarbeit auf die Verstärkung und Modernisierung der westeuropäischen konventionellen Streitkräfte und den Aufbau europaweit vernetzter Führungsorganisationen mit ihrem Zentrum im Alliierten Hauptquartier (SHAPE) in Fontainebleau bei Paris. Dabei signalisierten die USA nicht nur über einen amerikanischen Oberbefehlshaber an der Spitze der Allianz, sondern auch im militärischen Unterbau mit einem von anderthalb auf über fünf Divisionen ausgeweiteten U.S.-Truppenkontingent politisch, militärisch und psychologisch den Willen der Führungsmacht zur direkten Verteidigung des Bündnisgebietes. Keinen Illusionen gab sich der erste NATO-Oberbefehlshaber zu diesem Zeitpunkt noch darüber hin, dass dieses U.S.-Engagement »zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre« dauern mochte, wenngleich er als Zielmarke wenig später »vier bis acht Jahre« ins Auge fasste. Bis dahin sollte es der Stand der westeuropäischen Aufrüstung erlauben, die U.S.-Truppen durch westeuro-

⁴³ Im Short Term Defense Plan der NATO vom Sommer 1950 deutete sich dies mit der Einplanung von Operationen zur Deckung des westlichen Aufmarschs am Rhein bereits unübersehbar an: Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 19 f.

⁴⁴ Dokument C6-D/1, Annex B, 13.12.1950, zit. nach der Übersetzung von Greiner, *Zur Rolle Kontinentaleuropas*, S. 150 f.

päische Selbstverteidigungskräfte zu ersetzen. Gelingen dies nicht innerhalb der nächsten zehn Jahre, dann sei letztlich »das ganze Projekt« einer amerikanisch-europäischen Lastenteilung gescheitert⁴⁵. Die Formulierung eines militärischen Programms zur Unterfütterung entsprechender Verteidigungspläne war freilich das eine, ihre Umsetzung innerhalb einer Allianz souveräner Mitgliedstaaten mit ihren mehrfachen Etatüberlastungen stand auf einem ganz anderen Blatt. Eben an dieser Diskrepanz von militärisch Gefordertem und politisch-ökonomisch Machbarem spiegelten sich schon in der unmittelbaren Folgezeit die eigentlichen Konturen eines Sicherheitsverbundes, der sich in seinem Kern als politisches Bündnis mit militärischen Absicherungszielen verstand.

Ein Vergleich der wirtschaftlichen, technologischen und bevölkerungsmäßigen Voraussetzungen für einen sich jetzt auch militärisch aufladenden Ost-West-Konflikt verwies Ende der vierziger Jahre bei den wesentlichen Indikatoren auf klare Strukturvorteile des Westens. Seine Beherrschung der Seeräume erschloss ihm den Zugriff auf die zentralen strategischen Rohstofflager in Nordamerika, im Mittleren Osten und im südlichen Afrika. Über den Dollar und das britische Pfund als weltweite Leitwährungen ließen sich die globalen Finanzmärkte kontrollieren⁴⁶. Im Übrigen konnten die USA als »Arsenal der Demokratien« und einziger ökonomischer Sieger aus dem Zweiten Weltkrieg jederzeit den rüstungswirtschaftlichen Rückhalt zur Aktivierung regionaler Aufrüstung in einem rasch einsetzenden globalen Rüstungswettlauf bereitstellen⁴⁷. Dem standen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der neuen Weltmacht Sowjetunion gegenüber, deren Ressourcen erst mangelhaft entwickelt waren, und die zudem ökonomisch schwer angeschlagen aus dem Weltkrieg herausgetreten war. Ihre Führung war sich schon im Kriege bewusst geworden, dass ihre Verfügungsgewalt über die zusätzlichen Ressourcen aus einem vorrangig agrarisch strukturierten Ost- und Mitteleuropa ihre ökonomischen Spielräume nur begrenzt erweitern würde⁴⁸. Die Wiederaufbauprobleme im eigenen Lande, die wachsende wirtschaftliche Abriegelung von den Weltmärkten im Zuge des Kalten Krieges und als Ausfluss ihres historisch begründeten überzogenen Sicherheitsreflexes ein trotz alledem auch nach Kriegsende hochgehaltener Rüstungsetat stellten die Sowjetunion mithin schon 1948/49 vor gravierende Probleme wirtschaftlicher Überlastung – und ihr weltpolitischer Rivale in den USA erkannte dies⁴⁹! Gelang daher mit der europäischen Integration auch noch die Zusammenlegung der Wirtschafts- und Militärpotenziale Westeuropas, dann erschien die Einschätzung der Truman-Administration nicht unrealistisch, dass

⁴⁵ Alle Aussagen vom Oktober 1950 bis Februar 1951 aus den Eisenhower Papers in Abilene, KS, zit. nach Sisk, *Forging the Weapon*, S. 74; zur Verstärkung der U.S.-Truppen selbst: Thoß, *The Presence of American Troops*, S. 413-415.

⁴⁶ Umfassend zu den ökonomischen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges: Pollard, *Economic Security*.

⁴⁷ Vgl. Gaddis, *Strategies of Containment*, S. 37-40.

⁴⁸ Vgl. Thoß, *Die Sicherheitsproblematik*, S. 38.

⁴⁹ Zusammenfassende Analyse von Potenzialen und Problemen der sowjetischen Wirtschaft durch die U.S.-Botschaft Moskau, 5.4.1949, FRUS, 1949, vol. 5, S. 604-609.

in einem arbeits- und kostenteiligen Prozess gemeinsame Sicherheitsstrukturen und Streitkräfte aufgebaut werden konnten, mit denen sich die existierenden militärische Ungleichgewichte auf dem europäischen Kontinent in überschaubarer Zeit austarieren ließen⁵⁰.

Dem stand eine düstere Bestandsaufnahme des Oberbefehlshabers Montgomery bei Abschluss der Großübung UNITY des Brüsseler Paktes im Mai 1950 gegenüber: »Briefly, the facts are that there is today no effective fighting force in Western Europe that could offer any effective resistance to Russian aggression. Nor is any effective fighting force in sight in any foreseeable future⁵¹.« Ökonomische Ressourcen, das war die Quintessenz aus seiner inzwischen zweijährigen Überzeugungstour durch die westeuropäischen Hauptstädte für angemessene Truppenverstärkungen und Modernisierungen, ließen sich nämlich nicht einfach hochrechnen zu militärischen Potenzialen. Dass die militärische Sicherung des Raumes rund um den Nordatlantik kein Selbstzweck, sondern wesentliches Mittel zur sicherheitspolitischen Abschirmung seiner vorrangig politischen und sozioökonomischen Stabilisierung war, hatte vielmehr bereits der Gründungskonsens der Nordatlantischen Allianz von 1949 deutlich gemacht. Um Sicherheit durch Integration zu erreichen, verschrieb sich die Allianz einer doppelgleisigen Sicherheitsdoktrin, die ganz im Sinne der ursprünglichen amerikanischen Containmentpolitik weit über den militärischen Bündniszweck hinausgriff. Im Artikel 2 des NATO-Vertrages wurde dazu die Schaffung von Bedingungen für Stabilität und Wohlstand durch wirtschaftliche Zusammenarbeit als primäres Allianzziel in den Vordergrund gerückt. Erst im folgenden Artikel 3 fanden die militärischen Absichten ihren Ausdruck, »to maintain and develop their individual and collective capacity to resist armed attacks.«⁵².

Die Allianzmitglieder nahmen den Ost-West-Konflikt als einen umfassenden Systemantagonismus wahr, der sich nicht allein gegen ihre äußere Sicherheit richtete. Die mit dem Aufkommen des Kalten Krieges einhergehende wissenschaftliche und öffentliche Reflexion über die »offene Gesellschaft und ihre Feinde«⁵³, gipfelnd in den Systemvergleichen der »Totalitarismus«-Theorie⁵⁴, verstärkte dies mit ihrer seitenverkehrten Übernahme der sowjetischen Zweilager-These⁵⁵ auch im Westen. Danach hatten sich im Zuge des Ost-West-Konflikts zwei politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und ideologisch prinzipiell verfeindete Blöcke herausgebildet. Von daher musste sich aber auch der westliche Sicherheitsbegriff ausweiten, der in Analogie zu den zwanziger und dreißiger Jahren wirtschaftliche Verwerfungen in den westlichen Industrie-

⁵⁰ Zu den sicherheitspolitischen Hintergründen der westeuropäischen Integration: AWS, Bd 4, S. 1-185, hier insbes. S. 20-47 (Beitrag Abelshausen); vgl. jetzt auch Krüger, Sicherheit durch Integration?, S. 63-97.

⁵¹ Zit. nach Hamilton, Monty, S. 762.

⁵² Englische Version des NATO-Vertrages zit. nach NATO: The First Five Years, S. 17.

⁵³ So der programmatische Titel einer der Hauptschriften von Popper, The Open Society.

⁵⁴ Vgl. Friedrich/Brzezinski, Totalitäre Diktatur und Arendt, Elemente; zur wissenschaftlichen Bewertung: Wippermann, Totalitarismustheorien.

⁵⁵ Zur amtlichen sowjetischen Auffassung; Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917-1970, T. 2; neueste wissenschaftliche Analyse: Adibekov, Das Kominform.

staaten mit ihren gesellschaftlichen Folgen zur eigentlichen Bedrohung des atlantisch-westeuropäischen Demokratiemodells und seiner inneren Kohäsion erhob. Das hatten alle Planungen zur militärischen Sicherheitsbefriedigung in Rechnung zu stellen, und sie taten dies auf Allianzebene auch durchgängig. Bereits im ersten strategischen Grundsatzpapier MC 3 vom Oktober 1949 war dies in die Forderung gefasst: »The military strength of the participating nations should be developed without endangering economic recovery and the attainment of economic stability, which constitute an essential element of their security. [...] maximum efficiency of their armed forces, with the minimum necessary expenditures of manpower, money and materials, is the goal of defense planning⁵⁶.«

Damit war zwar eine Kompromissformel gefunden, mit der sich politische, ökonomische und militärische Stabilisierungsziele verbinden ließen. Legte man freilich die Bedrohungsperzeptionen der militärischen Planer und die davon abgeleiteten Streitkräftezahlen und Rüstungsforderungen zugrunde, dann sahen diese sich fortwährend vor ein grundlegendes Dilemma gestellt. Montgomery hatte das bereits für den Brüsseler Pakt beklagt, und ein Mitarbeiter im innersten Planungszirkel von SHAPE sollte dafür noch Anfang der sechziger Jahre das plastische Bild von einer nicht zu schließenden Schere zwischen militärischen Erfordernissen und finanziellen Kosten finden⁵⁷. Verantwortliche und zudem wählerabhängige Politik durfte mit Blick auf fortdauernde Wiederaufbau- und strukturelle ökonomische Anpassungsprobleme den innergesellschaftlichen Konsens über Verteidigungsausgaben nicht überdehnen, erholte sich Westeuropa trotz der Unterstützung durch den Marshallplan doch erst allmählich von den Kriegsfolgen. Die Erfolge starker kommunistischer Parteien an den Wahlurnen in Frankreich und Italien setzten unübersehbare Zeichen für die Anfälligkeit gewichtiger Teile Alteuropas gegen soziale Instabilitäten. Trotz zeitweilig rasant ansteigender Bedrohungsängste im Gefolge des Kriegsausbruchs in Korea im Sommer 1950 blieben daher die Verteilungsspielräume zwischen allgemeinen Staats- und spezifischen Militärausgaben für westeuropäische Aufrüstungsprogramme kontinuierlich eng. Zusätzlich belasteten die horrenden Kosten ihrer außereuropäischen Militäreinsätze in Afrika und Asien die Militärhaushalte vor allem in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden aufs äußerste. Zog man also die Schraube bei den Rüstungsforderungen zu stark an, dann riskierte man, Westeuropa schnell in dem Maße ökonomisch und sozial zu destabilisieren, wie man es im Bunde mit den USA militärisch zu stabilisieren suchte⁵⁸.

Wenn man freilich den militärischen Einschätzungen in Washington folgte, dann war Gefahr im Verzug. Nach alarmierenden Berechnungen der Vereinten Stabschefs würde die Sowjetunion nämlich bis 1954 den nuklearstrategischen

⁵⁶ MC 3: The Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Area, 19.10.1949, in: NATO Strategy Documents, S. 5.

⁵⁷ Richardson, NATO's Nuclear Strategy, S. 36.

⁵⁸ Eingehend analysiert bei Thoß, Kollektive Verteidigung, S. 19–37, hier insbes. S. 20–22.

Vorsprung der USA weitgehend wettgemacht haben. Das eröffnete ihr dann bei ihrem überragenden konventionellen Übergewicht durchaus die Option eines regional begrenzten Angriffs auf Westeuropa unterhalb der Schwelle zum globalen Krieg⁵⁹. Die Standing Group der NATO mahnte daher schon Anfang 1950 als vordringlichstes Ziel der Allianz an, »that special emphasis must be laid on the necessity for developing methods to compensate for numerical inferiority«, eine Forderung, die vollinhaltlich in das revidierte Strategiepapier MC 14 vom Frühjahr 1950 einging⁶⁰. Als Streitkräftebedarf gegen die im Kriegsfall verfügbaren 175 sowjetischen Divisionen stellte das Defense Committee für den westeuropäischen Kontinent dazu Überlegungen in einer Größenordnung von 90 NATO-Divisionen, verstärkt durch entsprechende See- und Luftstreitkräfte an⁶¹. Damit bündelten sich die U.S.-Prognosen von einem auf 1954 veranschlagten Zeitpunkt der größten westlichen Sicherheitsgefährdung und die kontinental-europäischen Forderungen nach unbedingter Vorwärtsverteidigung zu einem klaren, zeitlich zu forcierenden Dringlichkeitsprogramm der NATO. Operative Absichten und dafür erforderliches Streitkräftepotenzial wurden deshalb im Laufe des Jahres 1951 in einen ersten mittelfristigen Verteidigungsplan (Medium Term Defense Plan) integriert, auf der nächsten Ratstagung im November 1951 verbindlich gemacht und auf der folgenden Ratstagung vom Frühjahr 1952 in Lissabon mit den entsprechenden Streitkräftezahlen untermauert⁶².

Nun war es eine Sache, sich im Bündnisrahmen unter dem Eindruck der vorgetragenen Bedrohungsanalysen auf ein gemeinsames Streitkräfteniveau zu verständigen und dies sogar mit den notwendigen nationalen Selbstverpflichtungen zu eigener anteiliger Aufrüstung formal abzusichern. Dieses Einvernehmen war auch deswegen erforderlich, weil die USA ihre Truppenverstärkungen und Militärhilfefzusagen davon abhängig machten, dass sich ihre europäischen Partner in bilateralen Abkommen ihrerseits zu entsprechenden Eigenanstrengungen verpflichteten. Eine ganz andere Frage war es freilich, in welchem Umfang sich so weitgehende bündnispolitische Zusagen unter innen- und wirtschaftspolitischem Druck überhaupt umsetzen lassen würden. Eben diese Grenzen des politisch und ökonomisch Machbaren wurden schon zwischen 1950 und 1952 in allen Mitgliedstaaten unübersehbar. Wohl versuchten die Westeuropäer ernsthaft, ihre eingegangenen Verpflichtungen durch teilweise drastische Erhöhungen ihrer Verteidigungsausgaben zu erfüllen. Sie ver-

⁵⁹ Die grundlegende neue Lagebeurteilung ist festgelegt im Dokument NSC 68, 14.4.1950, abgedr. in: FRUS, 1950, vol. 1, S. 234-306; eingehende Analyse bei Gaddis, *Strategies of Containment*, S. 90-109.

⁶⁰ SG 13/16, 6.1.1950, NATO Strategy Documents, S. 90; die MC 14 vom 28.3.1950 ist abgedr. ebd., S. 85-105.

⁶¹ Vgl. AWS, Bd 1, S. 25 (Beitrag Wiggershaus); die genauen Zahlen über Land-, Luft- und Seestreitkräfte der NATO sind festgehalten im Annex zu DC 13, 8.3.1950, NATO Strategy Documents, S. 177.

⁶² Zur Entwicklung Medium Defense Plan 1951: Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 29 f.; zu den Ergebnissen der Lissaboner NATO-Konferenz: AWS, Bd 2, S. 99-109 (Beitrag Maier); zur Entwicklung des konventionellen NATO-Potenzials insgesamt: Duffield, *The Evolution*.

schärften damit allerdings auch bereits bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten durch die inflationären Begleiterscheinungen eines derart forcierten Aufrüstungskurses, ohne nur annähernd die angestrebten Streitkräftezahlen nach Quantität und Qualität zu erreichen⁶³. Die Haushaltssanierung wurde zum zentralen Wahlkampfthema und trug 1951/52 nicht unwesentlich zum Sieg der konservativen Parteien in Großbritannien und den USA bei. Schon im Sommer 1952 schrieb der nunmehrige Deputy SACEUR Montgomery an seinen neuen Oberbefehlshaber, General Matthew B. Ridgway: »I know of no national plans for producing this number of Divisions. In my view it is impossible to produce an effective land force of this size, if we are to pay due attention to practical and economic possibilities⁶⁴.« Monate zuvor waren sogar Signale aus London gekommen, dass es schon jetzt nicht mehr um die Erfüllung der in Lissabon beschlossenen Streitkräftezusagen, sondern vorrangig nur noch um die Sicherung des augenblicklich erreichten Truppenbestandes auf dem europäischen Kontinent ging. Die britische Regierung und ihre militärischen Berater diskutierten nämlich unter aktuellen Haushaltsgesichtspunkten und fortdauernden Überseeverpflichtungen darüber, dass man die bisher in Westdeutschland stationierten vier Divisionen der British Army of the Rhine (BAOR) aus finanziellen Gründen schrittweise vom Kontinent abzuziehen gedachte⁶⁵.

Damit standen die Briten durchaus nicht allein. Der neugewählte amerikanische Präsident Eisenhower hatte schon im Wahlkampf von 1952 unter dem Schlagwort »New Look« eine Synthese aus allgemeinem Haushaltsausgleich und realisierbarer Streitkräftestruktur zum zentralen Ziel seiner Sicherheitspolitik erhoben⁶⁶. Und die ersten Grundsatzpapiere der neuen Administration zeigten seit Frühjahr 1953, dass dies nicht lediglich politische Wahlkampfrhetorik, sondern konkrete sicherheitspolitische Marschroute war. Von dem Basisargument aus, dass eine »gesunde starke Wirtschaft« der USA »lebenswichtiger Faktor für das langfristige Überleben der freien Welt« sei, während ständig überhöhte Steuern genau diese Grundlage sicherheitspolitischen Handelns auszuhöheln drohten, erklärte die neue U.S.-Regierung den Haushaltsausgleich auf mittelfristig reduziertem Niveau der Verteidigungsausgaben zur Grundsatzfrage⁶⁷. In der zentralen sicherheitspolitischen Leitlinie NSC 162/2 vom Herbst 1953 wurde diese Absicht in die durchgängig für die Ära Eisenhower verbindliche Formel gegossen, dass es Ziel amerikanischer Politik sei, der sowjetischen Bedrohung zu widerstehen, ohne dadurch »seriously weakening the U.S. economy or undermining our fundamental values and institutions«⁶⁸. Der Präsident

⁶³ Vgl. Hammerich, *Invasion oder Inflation*, S. 30-35.

⁶⁴ Notiz für Ridgway, 18.7.1952, zit. bei Hamilton, *Monty*, S. 823.

⁶⁵ Aufzeichnung für den britischen Botschafter in Washington, 28.4.1952, Dockrill, *Eisenhower's New Look*, S. 82.

⁶⁶ Vgl. Dockrill, *ebd.*, S. 17 f., und Metz, *Eisenhower*, S. 54-61.

⁶⁷ NSC 149/2 »Basic National Security Policies and Programs in Relation to their Costs«, 29.4.1953, *The Development*, vol. 1, S. 5; zu seiner Bewertung vgl. Fröhlich, *Zwischen selektiver Verteidigung*, S. 275 f.

⁶⁸ *The Development*, vol. 1, S. 39.

sollte während seiner gesamten Amtszeit nicht müde werden, seinen sicherheitspolitischen Beratern und Generalen einzuhämmern, dass eine überzogene Sicherheitsbefriedigung sein Land genau in die innenpolitische Systemkrise zu steuern drohe, die es durch seine internationale Politik zu vermeiden suche. Er kleidete dies in das aus der Militarismusforschung entlehene Bild von der Gefahr eines »garrison state«, der um absoluter äußerer Sicherheit willen absolute innere Reglementierung und ökonomische Überforderung erzeuge⁶⁹.

Doch nicht nur bei den angelsächsischen Bündnispartnern gerieten die strategischen Leitlinien eines allianzpolitisch geforderten, aber finanzpolitisch kaum realisierbaren Schutzes des Bündnisgebietes an seinen vorderen Grenzen ins Schwimmen, kaum dass die ersten Schritte zur Umsetzung einer dazu benötigten wesentlichen Erhöhung des gemeinsamen Streitkräfteniveaus eingeleitet waren. Auch das Bündnis insgesamt hatte sich bereits 1950 parallel zu seinen strategischen und operativen Planungen an das Problem einer angemessenen Lastenteilung gemacht. Unter dem Druck wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den meisten Partnerstaaten wurde diese Suche nach finanzierbaren kollektiven Verteidigungsanstrengungen 1951 im Financial and Economic Board (FEB) der NATO institutionalisiert. Über eine hochkarätig besetzte und mit weitreichenden Vollmachten ausgestattete Ad-hoc-Arbeitsgruppe, das Temporary Council Committee (TCC), ging man schließlich 1951/52 daran, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und militärische Erfordernisse zur Schließung der Streitkräftelücke in Westeuropa in finanziell umsetzbare Relationen zueinander zu setzen⁷⁰. Dabei war es eine entscheidende Grundvoraussetzung für den schließlichen Erfolg der Ausschussarbeit, dass man sich nicht einseitig von der Dominanz militärischer Bedrohungsvorstellungen, sondern von der Gleichrangigkeit wirtschaftlicher und militärischer Stabilität leiten ließ. Dazu sollten militärische Fortschritte und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten von nun an jährlich überprüft (annual review) und die Verteidigungsplanung im Lichte dieser Überprüfung den finanziellen Realitäten angepasst werden. Der allgemeine Jubel über den vermeintlichen Durchbruch hin zu finanzierbaren Streitkräftezahlen im Bündnis, wie sie nach dem Abschlussbericht des TCC vom Dezember 1951 im darauffolgenden Frühjahr 1952 auch tatsächlich in Lissabon einvernehmlich festgelegt werden konnten, sollte sich aber für die Militärplaner als verfrüht erweisen. Zusätzlich zum Grundprinzip der Ausgewogenheit von wirtschaftlichen und militärischen Sicherheitszielen hatte sich die NATO nämlich auch für eine zeitliche Streckung ihrer Aufrüstungsprogramme entschieden. Damit würde sich nur zu bald die Prognose des bündniserfahrenen Montgomery bewahrheiten, dass unter solchen Vorzeichen die Realisierung des angedachten Streitkräfteniveaus der NATO in weite Ferne rückte⁷¹.

⁶⁹ Zu Eisenhowers strategischem Denken insgesamt: Dockrill, *Eisenhower's New Look*, S. 191-209. Der Begriff des »garrison state« ist entlehnt von Vagts, *A History of Militarism*, der ihn in die amerikanische Militarismusdebatte eingeführt hat.

⁷⁰ Dazu und zum Folgenden: Hammerich, »Operation Wise Men« und Hammerich, *Jeder für sich*.

⁷¹ Notiz für Ridgway, 18.7.1952, zit. bei Hamilton, *Monty*, S. 823.

Auf der im TCC gefundenen Kompromisslinie pendelte sich im Übrigen noch vor dem eigenen Allianzbeitritt auch die Haltung des künftigen Bonner Bündnispartners ein. Unter dem Eindruck des Korea-Schocks hatte sich Finanzminister Fritz Schäffer an der Jahreswende 1950/51 intern noch zu der sehr weitgehenden Festlegung verstanden, die Bundesrepublik sei bereit, »sich an der gemeinsamen Verteidigung der demokratischen westlichen Welt bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu beteiligen«⁷². Ein Jahr später hatte sich die Bundesregierung auf Anfrage gegenüber dem TCC und der nationalen wie internationalen Öffentlichkeit nahezu wortgleich erneut auf eine so extensive Formel festgelegt⁷³. Der am direktesten bedrohte Frontstaat Bundesrepublik stellte damit freilich nur auf den ersten Blick einen finanziellen Blankoscheck für künftige Allianzlasten aus; schon bei näherem Hinsehen entpuppte sich diese Selbstverpflichtung nämlich – wie bei den übrigen Allianzmitgliedern auch – als unter den klaren Vorbehalt wirtschaftlicher und sozialer Systemstabilität gesetzt.

Ganz im Sinne der umfassenden Sicherheitsdoktrin, der sich die westliche Allianz verschrieben hatte, argumentierte jetzt auch die Bundesrepublik, dass gerade unter den Bedingungen eines Systemkonflikts für ein geteiltes Land an der Grenze zwischen Ost und West äußere und innere Sicherheit ein untrennbares Ganzes bildeten. Unterhöhlte man daher durch extensive Verteidigungslasten die finanzielle Stabilität der Bundesrepublik, dann riskierte man »schwere innere soziale Spannungen«⁷⁴ und schädigte damit nachhaltig eine der Grundvoraussetzungen westdeutscher Verteidigungsbereitschaft, den Verteidigungswillen ihrer Bevölkerung. Wenn Bonn deshalb jetzt und in der Zukunft seitens der Allianz zum Umfang seines Verteidigungshaushaltes befragt wurde, dann stellte man hier neben den direkten Militärausgaben drei zusätzliche spezifisch deutsche Kostenpakete mit in Rechnung: die Soziallasten für Kriegsoffer, Hinterbliebene und ehemaligen Soldaten, die Bundeshilfen für das bewusst militärisch als gemeinsamen »Brückenkopf« des Westens apostrophierte Westberlin und die Eingliederungskosten für das Millionenheer der Flüchtlinge und Vertriebenen. Im Bündnis und bei dessen Führungsmacht erkannte man das Problem der sozialen Systemstabilität der Bundesrepublik zwar grundsätzlich als sicherheitsrelevant an und war auch bereit, dafür anteilige Bonner Haushaltsbelastungen als indirekte Sicherheitskosten gelten zu lassen. Da sich die Wirtschaft in Westdeutschland indes erheblich besser von den Kriegsfolgen zu erholen begann als etwa in Frankreich oder Großbritannien, die Bundesrepublik im Übrigen wegen ihrer exponierten geografischen Lage und ihrer Forderung nach einer effizienten Vorwärtsverteidigung auch sicherheitspolitisch wesentlich druckanfälliger war als andere Partnerstaaten, sollte sich solches finanzpo-

⁷² Entwurf des Bundesministeriums der Finanzen »Ausgaben der Bundesrepublik für Besatzungs- und Verteidigungszwecke«, Frühjahr 1951, zit. nach AWS, Bd 2, S. 843 (Beitrag Köllner/Volkmann).

⁷³ Memorandum der Bundesregierung, 1.2.1952, abgedruckt unter dem Titel »Um die Höhe des Verteidigungsbeitrages«, in: Bulletin Nr. 23 vom 23.2.1952, S. 222–226.

⁷⁴ Ebd., S. 222.

litische Finassieren jedoch nur zu bald am sicherheitspolitisch Erwünschten reiben. Bei aller Betonung des besonderen deutschen Interesses an der Einhaltung gemeinsamer Aufrüstungsprogramme im Bündnis reihte sich freilich in letzter Konsequenz auch die Bundesrepublik in den gemeinsamen westeuropäischen Chor ein, der sicherheitspolitische Ziele immer unter das übergeordnete Regulativ gesamtwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit stellte⁷⁵.

⁷⁵ Zum Zusammenhang von Sicherheits- und Sozialpolitik jetzt insgesamt: Thoß, Militärische contra soziale Sicherheit.

II. Die Nuklearisierung der Bündnisstrategie als Kompromiss zwischen angenommener Bedrohung und finanzierbarer Verteidigung

Einen Ausweg aus dem Dilemma, wie die Verteidigung des Bündnisgebietes organisiert werden konnte, wenn sich der dazu erforderliche Umfang an konventioneller Aufrüstung frühzeitig als nicht finanzierbar herausstellen begann, hielt seit Gründung der NATO die Abstützung auf die nukleare Überlegenheit der USA und eine damit verbundene Strategie der Verhinderung eines globalen Krieges durch Abschreckung bereit. Die vorläufige Knappheit an einsatzfähigen Atomwaffen und deren ausschließliche Einplanung als strategisches Potenzial zur Zerstörung der sowjetischen Rüstungsbasis (counter cities strategy) lösten freilich die operativen Probleme regionaler Verteidigungsplanung für Westeuropa im Falle eines Scheiterns der Abschreckung nicht. Die entlastende Wirkung einer nuklearen Gegenoffensive gegen das Territorium der Sowjetunion als Antwort auf eine Invasion Westeuropas würde sich nämlich nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung einstellen. In einer bis zu zwei Jahren berechneten Zwischenzeit wäre Westeuropa daher im Falle eines Krieges der Eroberung und Besetzung durch den Gegner ausgesetzt gewesen. Seine spätere Rückeroberung in einer zweiten Kriegsphase – das hatten die Erfahrungen mit der alliierten Invasion von 1944 gezeigt – würde dann mit weiteren schweren Zerstörungen verbunden und in ihren militärischen Erfolgsaussichten zweifelhaft sein. Die U.S. Army forderte deshalb seit Frühjahr 1950 eine unmittelbare Unterstützung durch Nuklearwaffen auf dem Gefechtsfeld gegen die überlegenen gegnerischen Angriffsarmeen, ihre Logistik und Infrastruktur, um deren Vormarsch noch vor größeren Gebietsverlusten auf dem europäischen Kontinent durch eine Kombination aus konventioneller und atomarer Abwehr zum Stehen zu bringen (counter forces strategy). Für diesen Zweck hatte der Vorsitzende der U.S. Stabschefs, General Omar Bradley, schon 1949 die Entwicklung kleinerer taktischer Atomwaffen für den Gefechtsfeldgebrauch gefordert, die aber erst ab 1952 zur Einsatzreife entwickelt sein würden¹.

Immerhin hatte die U.S. Army inzwischen erste Planspiele und Übungen zum Zusammenwirken von Atomwaffen und Truppe auf dem Gefechtsfeld durchgeführt. Dabei waren wohl die erheblichen Probleme erkennbar geworden, die aus den nachhaltigen Schadenswirkungen von Druckwelle und Ver-

¹ Zu den Army-Forderungen: Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 299-302; zur Waffenentwicklung: Evangelista, *Innovation*.

strahlung resultierten. Gerade die Flächenwirkungen atomarer Einsatzmittel hatte aber auch das Interesse an solchen miniaturisierten und treffgenauen taktischen Atomwaffen wachsen lassen, die sich in großer Zahl herstellen, von der Truppe selbst zum Einsatz bringen und gegen extreme Ballungen angreifender Verbände verwenden ließen². Derartige Überlegungen mussten von dem Zeitpunkt an zusätzliches Gewicht erlangen, da nach der Verstärkung der U.S.-Truppen in Europa nunmehr auch fünf amerikanische Divisionen an vorderster Front einem mehrfach überlegenen Gegner direkt gegenüberstanden. Das beim California Institute of Technology 1951 in Auftrag gegebene Projekt VISTA lieferte denn auch bereits Anfang 1952 den argumentativen Unterbau für eine entsprechende Verstärkung konventioneller Bodentruppen mit taktischen Atomwaffen: »U.S. superiority in the production of these weapons particularly in the smaller sizes may make the difference between victory and defeat in Europe during the period 1951 through 1955³.« Frühzeitige Hoffnungen der Westeuropäer, dass sich damit unter Umständen ein kostspieliger Ausbau konventioneller Streitkräfte in der NATO umgehen lassen mochte, wollte die Truman-Administration allerdings gerade nicht befördern. Aus ihrer Sicht sollte eine atomare Verstärkung nämlich die konventionelle Rüstung im Bündnis nicht ersetzen, sondern lediglich in ihrer Schwächephase bis zum Aufbau eines angemessenen westeuropäischen Äquivalents zu den überlegenen Streitkräften des Ostblocks absichern. SACEUR wurde daher zwar bereits im Januar 1952 von den Vereinigten Stabschefs autorisiert, entsprechende Planungen für die Verwendung taktischer Atomwaffen in seinem Bereich einzuleiten. Da indes schon jetzt in Rechnung gestellt werden musste, dass die westliche nukleare Überlegenheit im Rüstungswettkampf mit der Sowjetunion nur zeitlich begrenzt wirksam bleiben würde, wollte man sich in Washington nicht allein auf das eigene nukleare ›Schwert‹ verlassen, sondern der Allianz zusätzlich den Aufbau und Unterhalt eines hinreichenden konventionellen ›Schildes‹ abverlangen⁴.

Die Einplanung taktischer Atomwaffen in die westeuropäische Verteidigung machte freilich von Anfang an ein neues Problem lösungsbedürftig: deren rechtzeitige Verfügbarkeit für den Einsatz auf dem europäischen Gefechtsfeld. Hatte sich der amerikanische Präsident bisher die Einsatzfreigabe des strategischen Nuklearpotenzials in den USA vollständig vorbehalten, wobei die Sprengköpfe selbst zunächst noch unter Aufsicht der zivilen Atomic Energy Commission (AEC) standen, so begann sich mit der Entwicklung und Einsatzplanung taktischer Atomwaffen jetzt militärisch eine Tür zu öffnen, die man bisher politisch bewusst verschlossen gehalten hatte. General Eisenhower for-

² So beschrieb der Chief of Special Projects bei der AEC, J. Kenneth Mansfield, taktische Atomwaffen als bestes Mittel von numerisch unterlegenen, technologisch aber überlegenen Nationen gegen »the armed hordes of the Soviet Union and its satellites«, 15.8.1951, zit. nach Stromseth, *The Origins of Flexible Response*, S. 17.

³ Abschlussbericht vom Februar 1952, zit. bei Elliot, *Project Vista*, S. 169; vgl. auch Schraut, *U.S. Forces in Germany*, S. 177 f.

⁴ Vgl. Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 305-310 und Wheeler, *NATO Nuclear Strategy*, S. 125.

derte nämlich schon als SACEUR, dass ihm nunmehr mit der Einsatzplanung für Atomwaffen auch deren Lagerung, Kontrolle und Freigabe übertragen wurde. Wenn die neue Waffe ihre abhaltende Wirkung gegen bewegliche Ziele wie die sowjetischen Angriffsarmeen entfalten sollte, musste sie nahe genug am Einsatzort bereitgehalten und möglichst ohne Zeitverzug zum Einsatz gebracht werden können. Solche in Westeuropa gelagerten Atomwaffen stellten aber natürlich auch das erste Ziel für einen sowjetischen atomaren Überraschungsschlag dar, da nur durch deren frühzeitige Ausschaltung die operativen Voraussetzungen für eine erfolgreiche sowjetische Invasion in das NATO-Territorium zu schaffen waren. Wenn man deshalb auf amerikanischer Seite den eigenen Einsatz taktischer Atomwaffen zu lange zurückhielt, riskierte man deren Vernichtung durch einen gegnerischen Enthauptungsschlag noch vor ihrem Wirksamwerden. Befürwortete man also die Integration atomarer Waffen in das Gefechtsfeldgeschehen, dann weichte man damit zwangsläufig die politische Alleinverfügungsgewalt über diese Waffen auf, da ihr zeitgerechter Einsatz Regelungen für die Übertragung einer frühzeitigen Einsatzfreigabe an die Kommandeure vor Ort (predelegation) dringlich machte⁵.

Mit einer angedachten taktisch-nuklearen Verteidigungsplanung für Westeuropa begannen sich freilich nicht nur die Gewichte zwischen politischer Gesamtverantwortung und militärischer Einsatzplanung in den USA zu verschieben. Auch der Charakter des Nuklearpotenzials selbst veränderte sich schrittweise – weg von seiner vorwiegend politischen Abschreckungsfunktion, hin zu einer in ihren Wirkungen zwar exponential gesteigerten, im Kern aber normalen militärischen Einsatzwaffe. Und ein Drittes war damit untrennbar verbunden, selbst wenn es erst allmählich ins Bewusstsein der Westeuropäer dringen sollte. Mit der Lagerung und Einsatzplanung atomarer Waffen auf ihrem Territorium verstärkte sich schließlich nicht nur der amerikanische Nuklearschutz für Europa. Der Kontinent selbst setzte sich als Stationierungs- und Zielgebiet dieser Waffen auch einer zusätzlichen Gefährdung aus. Unbestritten blieb daher zwar während des gesamten Kalten Krieges schon von der amerikanischen Verfügungsgewalt her die nukleare Führungsrolle der USA im Bündnis. Ebenso unübersehbar sollte sich aber gerade mit Blick auf den nuklearen »Quantensprung«⁶ in der Waffentechnik und ihre nur begrenzt steuerbare Waffenwirkung ein kontinuierlich ansteigendes westeuropäisches Verlangen nach nuklearer Partizipation bei Stationierungsentscheidungen, Zielplanung und Schadensbegrenzung herausbilden⁷.

Solche Überlegungen traten allerdings 1952 noch zurück hinter der weit drängenderen Frage, wie sich überhaupt eine effiziente Bündnisverteidigung in der Übergangszeit bis zum allmählichen Aufwuchs angemessener westeuropäischer Selbstverteidigungskräfte darstellen ließ. Den Anstoß zu einer generellen

⁵ Zu Eisenhowers Forderung: Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 317; zur Problematik der Freigabe: Bracken, *The Command*, S. 184–202, Roman, *Ike's Hair Trigger* insgesamt sowie Maier, *Die politische Kontrolle*, S. 327–396.

⁶ So jetzt Gaddis, *We Now Know*, S. 86.

⁷ Vgl. dazu insgesamt: Yost, *The History of NATO*.

Nuklearisierung der Bündnisstrategie als Ausweg wiesen die Briten mit ihrem »Global Strategy Paper« vom Sommer 1952, in dem erstmals auf NATO-Ebene finanzielle Leistungsfähigkeit, begrenzte konventionelle Verteidigungskräfte und überlegenes atomares Potenzial zu einer strategischen Paketlösung verschürt wurden⁸. Dabei ließen sich die britischen Stabschefs vorrangig von zwei Einschätzungen leiten. Ausgehend von den erheblich erweiterten nuklearen Einsatzmöglichkeiten, die mit dem erfolgreichen Test einer ersten Wasserstoffbombe in den USA 1952 noch zusätzlich gesteigert wurden, ging man jetzt in London davon aus, dass die sowjetische Führung dies realisiert und sich deshalb auf einen länger dauernden Kalten Krieg eingestellt hatte. Damit konnte sich auch der Westen von seiner Fixierung auf ein Bedrohungsszenario wegbewegen, in dem das Nordatlantische Bündnis bereits 1954 seiner größten Sicherheitsgefährdung ausgesetzt sein würde. Stützte man daher die eigene Verteidigungsplanung stärker als bisher auf das als effizienter und billiger eingeschätzte nukleare Abschreckungspotenzial der USA ab, zu dem die Briten binnen Kurzem auch eigene Atomwaffen beizutragen hofften, dann ließen sich nicht nur die Anstrengungen zu einer umfassenden westlichen Aufrüstung zeitlich strecken. Entgegen den in Lissabon anvisierten 96 Divisionen mochten dann auch 50 NATO- und zwölf deutsche Divisionen für eine wirksame Strategie der Kriegsverhinderung in Europa ausreichend sein, für deren Verstärkung zudem schon jetzt etwa 300 und bis 1954 weit über 1000 taktische Atomsprengkörper verfügbar gemacht werden konnten⁹.

Auch in Großbritannien war es die Luftwaffenführung – und hier vor allem Air Marshal Sir John Slessor –, die sich zum vehementesten Advokaten einer Nuklearisierung der Bündnisstrategie machten. Wie in den Washingtoner innermilitärischen Auseinandersetzungen spielten dabei militärische Lagebeurteilung und eigener Bedeutungszuwachs in Konkurrenz zu den anderen Teilstreitkräften Hand in Hand. Der britische Verteidigungsetat hielt der dreifachen Überlastung aus außereuropäischen Engagements in Afrika und Asien, zusätzlicher Verpflichtung auf einen Beitrag zur Verteidigung des westeuropäischen Kontinents und Kosten für die Entwicklung einer eigenen Atomstreitmacht nicht mehr stand¹⁰. Da wiesen die Überlegungen der Luftwaffe dem neuen konservativen Kabinett Churchill (1951-1955) einen probaten Ausweg, bei dem sich allgemeine Haushaltsschwäche, fortdauernde globale Interessen und regionale Allianzverpflichtungen zur Deckung bringen ließen. Für Slessor kam es in einem künftigen Krieg nicht mehr vorrangig darauf an, die Sowjets zu schlagen, sondern sie von einem Angriff durch konsequente nukleare Abschreckung von vornherein abzuhalten. Der Westen werde nie in der Lage sein, ein so hohes

⁸ Vgl. Baylis/Macmillan, *The British Global Strategy Paper* und Baylis, *Ambiguity and Deterrence*, S. 126-151.

⁹ Bedrohungseinschätzung und Kräftevergleich dazu bei Wiggershaus, *Nordatlantische Bedrohungsperzeptionen*, S. 38 f.

¹⁰ Zum Zusammenhang von allgemeiner Haushaltsschwäche, revidierter Verteidigungsplanung und nuklearer Rüstung in Großbritannien: Gowing, *Independence and Deterrence*, vol. 1 und Clark/Wheeler, *The British Origins*.

konventionelles Streitkräfteniveau zu erreichen und über längere Zeit aufrechtzuerhalten, wie man es sich selbst in Lissabon verordnet habe. Eine lückenlose nukleare Abschreckung lasse es dagegen zu, die Bodentruppen nicht nur auf dem erreichten Plafond einzufrieren, sondern mittelfristig sogar zu reduzieren.

Für die U.S. Stabschefs und SACEUR war das jedoch zu diesem Zeitpunkt noch reines »Wunschdenken«, da sich – wie der Krieg in Korea gerade eben zeigte – ein Gegner, der in aufgelockerter Formation vorging, nicht allein durch Luftbombardements aufhalten ließ. Im Übrigen würden sich nicht nur die NATO, sondern auch die Sowjetunion durch Integration taktischer Atomwaffen in ihre Verbände verstärken können, der eigene taktisch-nukleare Gewinn an Kampfkraft mithin nur temporär wirksam bleiben. Und schließlich stach aus Sicht der amerikanischen Militärs das Argument von der billigeren Nuklearrüstung nur bedingt, da man um ausgewogener Streitkräftestrukturen willen letztlich eine doppelte nukleare und konventionelle Aufrüstung ins Auge fassen musste¹¹. Gegen die einseitige britische Betonung nuklearer Abschreckung zu Lasten einer angemessenen konventionellen Aufrüstung Westeuropas sprachen aus der Sicht der USA aber auch strategische Analysen, die den eigenen nuklearen Vorsprung vor der Sowjetunion ab Mitte der fünfziger Jahre erheblich schrumpfen sahen¹². Für die Folgezeit eines heraufziehenden atomaren Patts aber benötigte die NATO unterhalb der nuklearen Schwelle eine ausreichende konventionelle Option. Würden die USA nämlich erst einmal selbst nuklear verwundbar sein, dann – so prognostizierte der Planungschef im State Department, Paul Nitze schon jetzt hellsehtig – würde es zunehmend unglaubwürdiger werden, dass Washington einen regionalen Konflikt in Europa durch den vollen Einsatz von Atomwaffen nuklear eskalierte und damit nicht hinnehmbare Schäden für das eigene Land riskierte. Aber auch bei den europäischen Verbündeten sah er eine Situation voraus, in der sich diese vor das Dilemma gestellt sahen, ob sie durch atomare Verteidigung gerade das der Zerstörung preisgeben wollten, was sie sich zum Ziel ihrer kollektiven militärischen Anstrengungen gesetzt hatten: den Schutz oder zumindest die Wiederherstellung der Integrität des Bündnisgebietes¹³. Damit kam frühzeitig ein Kritikpunkt an einer von den Briten favorisierten und von den Amerikanern in der Ära Eisenhower umgesetzten vollen Nuklearisierung der Bündnisstrategie zum Vorschein. Setzte man auf eine reine Strategie nuklearer Abschreckung, dann drohte dies in dem Maße gegen die westliche Allianz zurückzuschlagen, wie sich mit ihrer Realisierung und den daraus erwachsenden Schadensdrohungen Selbstabschreckungseffekte in den USA wie bei ihren europäischen Verbündeten einstellen würden.

Die operative Planung für die Integration taktischer Atomwaffen in die NATO-Verteidigung wurde deshalb zwar bei SHAPE bereits 1951/52 eingelei-

¹¹ Zum amerikanisch-britischen Disput von 1952: Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 345-356.

¹² Zu dieser Einschätzung kam bereits die strategische Bestandsaufnahme der Eisenhower-Administration im Zuge des »Project Solarium« im Sommer 1953, Fröhlich, *Zwischen selektiver Verteidigung*, S. 281-284.

¹³ Memorandum vom 12.1.1953, FRUS, 1952-1954, vol. 2, S. 202-204.

tet; bei SACLANT wurde 1952 sogar schon eine Trägerflotte mit seegestützter atomarer Komponente ausgerüstet; im September 1952 konnte diese bei der Übung MAIN BRACE erstmalig die nukleare Unterstützung des SACEUR-Bereichs von See her erproben¹⁴. Die von den Briten erhoffte Entlastung bei den für 1953 vorzusehenden Streitkräftezahlen stellte sich bei der jährlichen Überprüfung im NATO Annual Review freilich 1952 nicht ein. Trotz Unterzeichnung der EVG-Verträge im Frühjahr 1952 stand der Aufbau westdeutscher Streitkräfte noch in einiger Ferne, während der Kräfteverschleiß in Indochina wesentliche Teile der französischen Verbände außerhalb Europas band. Den militärischen Paravent, hinter dem sich die westeuropäische Aufrüstung entwickeln sollte, hatten mithin bis auf Weiteres die amerikanischen und britischen Divisionen in Westdeutschland abzugeben. Inzwischen reifte jedoch selbst im Pentagon die Erkenntnis heran, dass die eingegangenen Streitkräfteverpflichtungen in Lissabon ein Maximum darstellten, das aus Sicht der Finanzplaner schwerlich zu erreichen sein würde. Der Wahlkampf in den USA mit seinen von den Republikanern forcierten Auseinandersetzungen um einen ausgeglichenen Bundesetat tat ein Übriges, die allerorten in Westeuropa greifbaren finanziellen Vorbehalte gegen die Aufrüstungsziele innerhalb der NATO jetzt auch zum Thema inneramerikanischer Auseinandersetzungen zu machen. Die Kluft zwischen einer zur Reduzierung der Verteidigungsausgaben tendierenden politischen Debatte und den von den Bündnisplanern vorgebrachten militärischen Notwendigkeiten verbreiterte sich zusätzlich, als die Standing Group bis 1955 sogar noch höher gesteckte Ziele einer Erweiterung von 90 auf 98 NATO-Divisionen ins Spiel brachte. Damit würde sich jedoch auch die Schere zwischen eingegangenen militärischen Verpflichtungen und verfügbaren finanziellen Mitteln bei den Westeuropäern zusätzlich öffnen. Hielten die USA also gegen den von den Briten angeführten zunehmenden Widerstand der Westeuropäer unverrückbar an ihren Streitkräfteforderungen für die NATO fest, dann mussten sie durch Aufstockung ihrer Militärhilfe die Finanzierungslücken in Westeuropa schließen helfen – und dazu waren nunmehr in der zweiten Jahreshälfte 1952 weder Präsident Harry S. Truman noch der U.S. Congress mit Blick auf die innenpolitische Debatte in den USA bereit¹⁵.

Einen Ausweg wies schließlich Ende 1952 NATO-Generalsekretär Lord Hastings L. Ismay, der als britischer Politiker die Probleme aus der extremen Haushaltsschwäche seines Landes ebenso genau kannte, wie er die Belastungsgrenzen der übrigen Bündnismitglieder einzuschätzen wusste. Blickte man, so seine Empfehlung, stärker auf die politischen Absichten (intentions) der sowjetischen Führer als »kühl kalkulierende Leute«, und weniger wie in den militärischen Lagebeurteilungen auf ihre militärischen Potenziale (capabilities), dann konnte man zu realistischeren Einschätzungen der Bedrohung kommen. In solcher

¹⁴ Vgl. Maloney, Atomare Abschreckung, S. 64.

¹⁵ Das im NATO Annual Review 1952 zutage tretende Dilemma zwischen Streitkräftezahlen und ihrer Finanzierbarkeit ist eingehend analysiert bei Wampler, Ambiguous Legacy, S. 371–439.

Perspektive machten es die ökonomischen Probleme der Sowjetunion aus dem neuen Rüstungswettlauf in Verbindung mit den ersten Aufrüstungserfolgen der NATO dem Westen nunmehr durchaus möglich, sich auf eine Strategie des politischen, wirtschaftlichen und militärischen »langen Atems« (long haul) in einem länger anhaltenden Kalten Krieg einzulassen¹⁶. Das erforderte allerdings eine Gewichtsverschiebung in den Vorstellungen von einem künftigen Zwei-Phasen-Krieg. Danach waren die U.S.-Stabschefs bisher davon ausgegangen, dass die NATO die Anfangsschlacht eines europäischen Krieges in den ersten ein bis zwei Monaten mit ihren präsenten Streitkräften auffangen und überleben musste. In der dadurch erkämpften Zeit würden in den USA die Reserveverbände mobilisiert und auf den Kriegsschauplatz Europa verbracht. Danach würde die sofort eingeleitete nukleare Gegenoffensive gegen das Kernland des Angreifers ihre Wirkung zeigen und es den nunmehr aus Übersee verstärkten, aus der Anfangsschlacht intakt gebliebenen Kampfverbänden der Westeuropäer in einer zweiten Phase des Krieges erlauben, die endgültige militärische Entscheidung in einem bis zu zwei Jahren dauernden Abnutzungskrieg zu suchen. In enger Anlehnung an das »Global Strategy Paper« der britischen Stabschefs trat demgegenüber auch Lord Ismay dafür ein, alle Anstrengungen bereits auf die erste, für Westeuropa überlebenswichtige Phase eines intensiven westöstlichen Schlagabtauschs unter Einbeziehung von Atomwaffen zu konzentrieren. Damit verbanden sich allianzpolitische, militärische und wirtschaftliche Überlegungen gleichermaßen. Politisch-psychologisch war es essentiell für den Zusammenhalt der NATO, dass die Verteidigung mit allen verfügbaren Mitteln an ihren vorderen Grenzen aufgenommen wurde. Militärisch konnte dies indes nur gelingen, wenn man statt einer kostenintensiven Mobilisierungsbasis für die spätere Phase eines Krieges alle Ressourcen auf Ausbau und Modernisierung präsenter Bündnisstreitkräfte für die ersten dreißig Tage eines Kampfes um Westeuropa verwandte. Allein diese Konzentration auf die alles entscheidende erste Schlacht würde es schließlich auch wirtschaftlich erlauben, die Anstrengungen für eine effiziente und finanzierbare Bündnisverteidigung zu bündeln und langfristig durchzuhalten.

Der Sieg des republikanischen Kandidaten in der Wahlkampagne vom Herbst 1952 brachte im Januar 1953 mit dem ersten SACEUR Dwight D. Eisenhower einen Präsidenten an die Spitze der USA, dessen strategische Prioritäten aus seiner intimen Kenntnis der NATO sehr nahe an den britischen Vorstellungen lagen. In seinem Regierungsprogramm des »New Look« suchte er nunmehr die Ankündigungen aus dem Wahlkampf für einen ausgeglichenen Etat und eine dazu erforderliche Revision der U.S.-Verteidigungsausgaben in praktikable Politik umzusetzen. Strategisch gesehen musste dazu wie bisher Kriegsverhinderung und nicht Kriegführung Kernziel westlicher Sicherheitspolitik bleiben. In das Zentrum westlicher Verteidigungsplanung hatte deshalb endgültig die nukleare Abschreckung zu rücken, die einen globalen Krieg von vornherein als nicht mehr führbar verhindern, Konflikte an der Peripherie der beiden Macht-

¹⁶ Zum Memorandum von Lord Ismay, 6.12.1952: ebd., S. 415 f.

blöcke dagegen regional eingrenzbar und steuerbar halten sollte. Dazu waren mit Blick auf die NATO aus Washingtoner Sicht vorrangig drei Probleme zu lösen: die ausstehende Ratifizierung der EVG-Verträge musste (1) endlich den Weg frei machen für eine Aufrüstung der Bundesrepublik und damit die Streitkräftelücke auf dem europäischen Kontinent schließen helfen; Westeuropa insgesamt hatte (2) eine sicherheitspolitische Aufgabenteilung zu akzeptieren, bei der regionale militärische Selbstverantwortung nuklear von den USA auf zwei Ebenen abgestützt würde, global über das strategische Potenzial von SAC in Nordamerika und Ostengland, eurostrategisch durch die Ausrüstung der dortigen Präsenzverbände mit taktischen Atomwaffen; und sobald die Voraussetzungen für eine um deutsche Truppen erweiterte, effiziente Selbstverteidigung der Westeuropäer geschaffen waren, wollten die USA (3) die dann mögliche Aufgabenteilung zum Abzug eines größeren Teiles ihrer Truppen aus Europa nutzen¹⁷.

Das erklärte Interesse der neuen Administration an einer wirksameren Lastenteilung zwischen den USA und Westeuropa war freilich so lange kaum mehr als eine materiell nicht unterfütterte Absicht, wie ihre Realisierbarkeit noch von zu vielen politischen, ökonomischen und militärischen Unwägbarkeiten abhing. Eine Bestandsaufnahme bei SHAPE¹⁸ musste daher 1953 zunächst einmal Soll- und Ist-Stand des bisher Erreichten in Europa auf den Prüfstand stellen, um eine ökonomisch durchhaltbare und militärisch effiziente Bündnisverteidigung als die beiden komplementären Zielvorgaben zur Deckung zu bringen. Als Erfolge waren bisher zu verbuchen, dass sich einmal die politische Lage nach dem Tod Stalins, dem Ende des Koreakrieges und ersten Fühlern für eine Auflockerung der Ost-West-Beziehungen merklich entspannt hatte. Erste Aufrüstungserfolge der NATO, die an einer Verdoppelung der Verteidigungsausgaben in den Mitgliedstaaten und einer dadurch erreichten Steigerung der Kampfkraft in den Bündniskontingenten ablesbar waren, hatten dazu nach interner Selbsteinschätzung nicht unwesentlich beigetragen. Damit war aber noch keine befriedigende Ausgewichtung der dominanten militärischen Position der Sowjetunion in Europa erreicht. Hier war nämlich inzwischen ebenfalls eine Modernisierung der Streitkräfte, insbesondere zugunsten der sofort einsetzbaren Präsenzdivisionen in Ostdeutschland, eingeleitet worden, hinter denen eine erheblich breitere Rüstungsbasis für schnell mobilisierbare Truppen und Ressourcen angenommen wurde, als sie im Westen wegen seiner sozioökonomischen Rücksichtnahmen auf die Innenpolitik verfügbar zu machen war. Außerdem musste man jetzt auch die anwachsenden Truppenstärken in den Satellitenstaaten von 65 auf 80 Divisionen in die eigene Bedrohungsanalyse einrechnen, zu denen zusätzlich

¹⁷ Zu den strategischen Prioritäten in Eisenhowers ›New Look‹: The History of the Joint Chiefs of Staff, vol. 5, S. 35 und Dockrill, Eisenhower's New Look, S. 208; zur Umsetzung für Europa: ebd., S. 72.

¹⁸ Grundlage der folgenden Analysen stellt die SHAPE History, vol. 3, für die Amtszeit von General Alfred M. Gruenther dar, die noch als NATO Confidential eingestuft, dem MGFA aber zur wissenschaftlichen Benutzung zugänglich gemacht worden ist, hier: S. 15-23.

eine auf immerhin 100 000 Mann aufwachsende Kasernierte Volkspolizei in der DDR zu zählen war.

Im Vergleich dazu klafften aus Sicht von SHAPE militärisch geforderte und durch die Mitgliedstaaten bereitzustellende Kräfte auf Seiten der NATO erheblich auseinander. Für die Verteidigung Westeuropas hielt General Ridgway, Eisenhowers Nachfolger als SACEUR, im Frühjahr 1953 $68\frac{2}{3}$ Divisionen als sofort einsetzbare Präsenzverbände für notwendig. Die NATO-Mitglieder konnten jedoch gerade einmal 58 Divisionen zusagen, von denen nach den Leistungskriterien von SHAPE bislang lediglich $25\frac{2}{3}$ als voll einsatzfähig gelten durften. Ähnlich sah es bei den Verbänden aus, die nach einer Mobilisierungsphase von einem Monat (D+30) von den militärischen Planern auf 143 Divisionen veranschlagt wurden, von denen die NATO-Staaten aber nur $96\frac{1}{3}$ Divisionen als zeitgerecht aufstellbar meldeten. Noch gravierender stellte sich die Diskrepanz zwischen geforderten und verfügbaren Flugzeugen für den Einsatz in Europa dar, wo mit 2997 Maschinen noch nicht einmal ein Drittel der geforderten 9979 Maschinen im Einsatzfall bereitstehen würden. Auch bei den für den SHAPE-Bereich geplanten Seestreitkräften deckte der aktuelle Ist-Stand gerade 50 % des geforderten Solls ab; hier ließen sich allerdings bei der Flexibilität der amerikanischen und britischen Marinen die Kräfte im V-Falle (Verteidigungsfall) schnell durch Zuführungen oder Verschiebungen in bedrohte Seegebiete umdislozieren. In diese Schwächen bei den Einsatzverbänden einzurechnen waren außerdem eine erst in den Anfängen steckende Frühwarnung durch einen noch nicht flächendeckenden und ungenügend bemannten Gürtel von Radarstationen, eine auf nur drei Tage veranschlagte Vorwarnzeit für das Bündnis mit seinen Gefahren im Falle eines sowjetischen Überraschungsangriffs und eine in nationale Verantwortung fallende Logistik mit ihrer mangelhaften Kriegsbevorratung bei allen Partnerstaaten. Daraus wird verständlich, warum SHAPE zwar schon jetzt Gesamtverteidigungspläne für Europa (emergency defense plans, EDP) aufstellte, wohl wissend, dass damit aber noch nicht wirklich verteidigt, sondern lediglich die Richtung für das militärisch erst noch zu Schaffende angegeben werden konnte.

Wer unter solchen Vorbedingungen das gesamte NATO-Territorium gleichmäßig absichern wollte, der musste sich – so die Überzeugung bei den Stäben in Washington und London wie bei SHAPE – letztlich hoffnungslos verzetteln. Wo aber sollte bei den eklantanten konventionellen Ungleichgewichten verteidigt werden, wenn Vorwärtsverteidigung aus Mangel an Präsenztruppen vorerst nicht realisierbar war, eine weite Zurücknahme der eigenen Kräfte dagegen den Bündniszusammenhalt überstrapazieren musste? Bei SHAPE legte man dazu zunächst einmal drei Prioritätengruppen militärischer Ziele für die eigene Operationsplanung fest, die je nach verfügbaren Kräften *unbedingt, zeitlich begrenzt* oder *nur wenn möglich* gegenüber einem Angreifer erreicht werden sollten. Nicht eine durchgehende Frontlinie vom Nordkap bis in die Osttürkei, sondern sechs zentrale strategische Räume galt es dafür vorzubereiten: In Mitteleuropa als der Hauptfront (1) war Westdeutschland so weit ostwärts wie möglich zu verteidigen; zwischen den NATO-Bereichen Mitte

(AFCENT) und Nord (AFNORTH) mussten die Ostseezugänge (2) gesichert werden, um den Zusammenhang der eigenen Verteidigung zu wahren und ein Ausbrechen des Gegners aus der Ostsee zu verhindern; in vergleichbarer Weise war Nordnorwegen (3) zu behaupten, um der sowjetischen Flotte den Weg ins Nordmeer und in den nördlichen Atlantik zu verlegen; nach Süden hin sollten die Alpenübergänge nach Oberitalien (4) verteidigt werden, um das westliche Mittelmeer zu decken; die Sicherung Nordgriechenlands und Thrakiens (5) hatte eine ähnliche Absicherung des östlichen Mittelmeers zu garantieren; schließlich war die Osttürkei (6) zu halten, um einem direkten sowjetischen Stoß in die Ölgebiete des Nahen und Mittleren Ostens begegnen zu können.

Auf der Planungsebene war somit ein tragfähiger Kompromiss zwischen Territoriumsverteidigung auf dem westeuropäischen Kontinent und einer Absicherung der für die angelsächsischen Seemächte wesentlichen maritimen Nord- und Südflanken gefunden. Vergleicht man damit die deutschen Vorstellungen über die operativen Grundlagen einer Verteidigung Europas, wie sie Adolf Heusinger noch als Chef Auswertung bei der Organisation Gehlen 1948/49 erarbeitet hatte und wie sie im Sommer 1950 Eingang in die ›Himmeroder Denkschrift‹ gefunden hatten, dann lagen auch deutsche räumliche Planungsvorgaben sehr nahe an den Überlegungen der künftigen Verbündeten¹⁹. Schärfer traten dagegen kontinentales und see- wie nuklearstrategisches Denken auseinander, sobald sich die im Sommer 1953 vom neuen SACEUR, General Alfred M. Gruenther, eingesetzte New Approach Group bei SHAPE an die Umsetzung von militärisch zu behauptenden Zielen und dafür erforderlichen Operationen machte. Der eigene Verteidigungsplan (EDP 1-53) auf der Grundlage der MC 14/1 vom Dezember 1952 lehnte sich indes noch eng an konventionelle Verteidigungsvorstellungen aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Koreakrieg an. Daran kritisierten die neuen Planer jetzt, dass man damit ausgerechnet die eklatanteste eigene Schwäche gegen die größte Stärke des Gegners setze: den Mangel an eigenen Landstreitkräften gegen dessen dominantes konventionelles Übergewicht²⁰. Das war indes keine neue Erkenntnis. Schon Ende 1952 hatten Standing Group und SACEUR unisono die Notwendigkeit zu einem »radikalen Wandel im strategischen Konzept von SHAPE« angemahnt²¹. Unter den Vorgaben des ›New Look‹ in Washington war dafür seit Anfang 1953 nur der politische Rückenwind verstärkt worden.

¹⁹ Zu den Planungen bei SHAPE 1953: Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 589–653; zu den Heusinger-Studien: Meyer, *Adolf Heusinger*, S. 356–374; zur Himmeroder Denkschrift: Rautenberg/Wiggershaus, *Die »Himmeroder Denkschrift«*, S. 39 f.

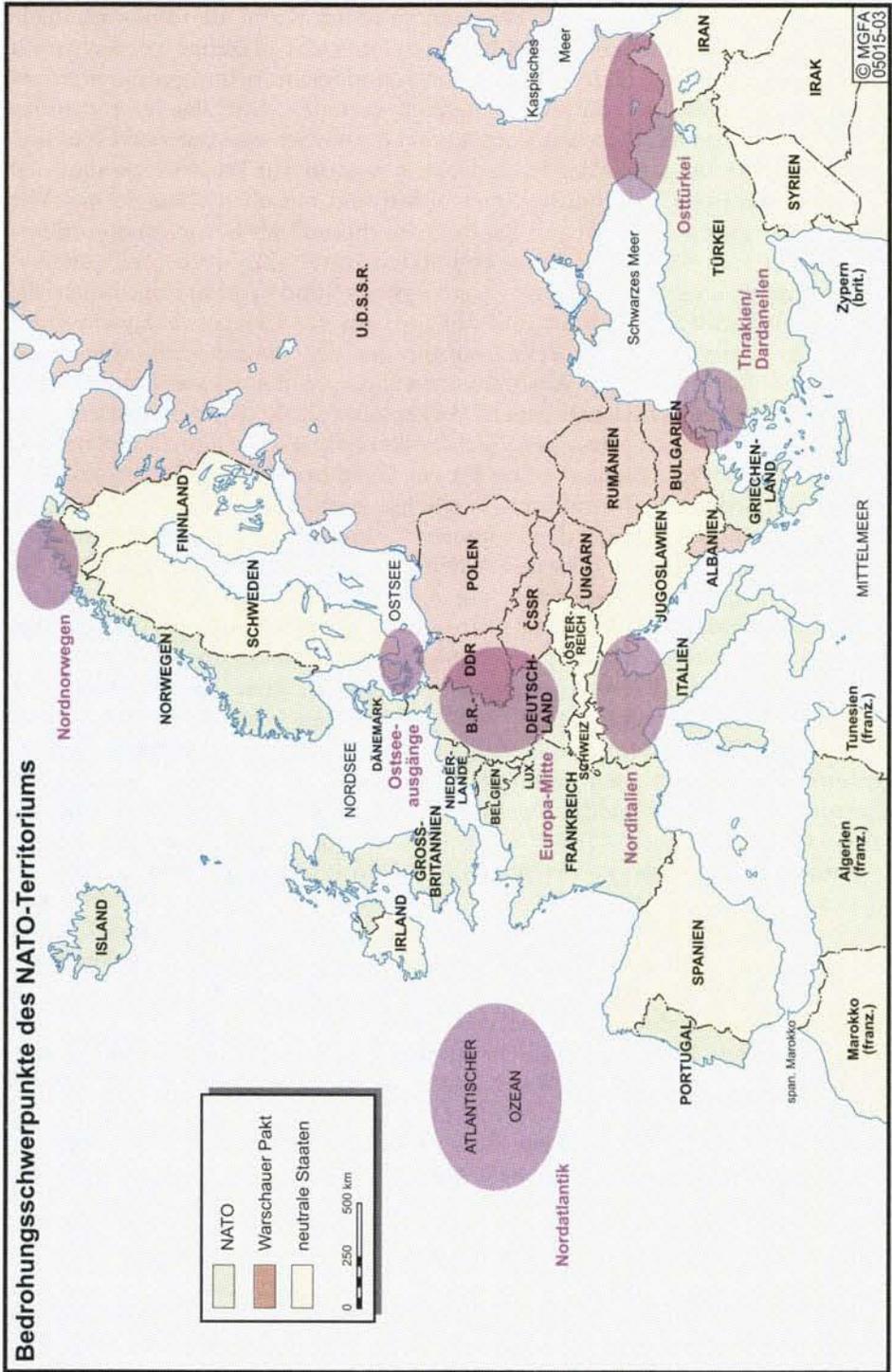
²⁰ *SHAPE History*, vol. 3, S. 25. Die New Approach Group wurde im August 1953 direkt unter dem SACEUR aus amerikanischen, britischen und französischen Obristen eingerichtet, die dem DCPO, dem britischen Air Marshall Dawson, unterstanden. Mit Pierre Gallois war auch der spätere Vordenker der Force de Frappe in die Gruppe integriert; französische Vorwürfe, man sei aus einem rein anglo-amerikanischen Diskussionsgang ausgeschaltet gewesen, können mithin in dieser Eindeutigkeit nicht zutreffen. Vgl. dazu Steinhoff/Pommerin, *Strategiewechsel*, S. 25.

²¹ *SHAPE History*, vol. 3, S. 27.

Enger als dies bisher geschehen war, mussten dafür allerdings nunmehr konventionelle und atomare Verteidigung miteinander verzahnt werden, wollte man die vorgeplanten neun militärischen Kampagnen in Europa ohne ausreichende herkömmliche Truppen erfolgreich gestalten. Mit absoluter Priorität war im Falle eines militärischen Konflikts (1) die sowjetische Luft- und Nuklearmacht auszuschalten, und das hieß, dass ein Angriff auf Westeuropa und dessen transatlantische Verbindungslinien sofort und mit allen strategischen Mitteln nuklear gegen die atomaren Basen im Kernraum der Sowjetunion offensiv erwidert werden sollte. Eng damit verbunden waren (2) die ebenfalls offensiv zu führenden Operationen gegen Versorgungs- und Verbindungslinien des Gegners zu Lande, in der Luft und auf See, um das Gefechtsfeld weiträumig gegen das Heranführen von Verstärkungen aus der Tiefe des russischen Raumes abzuriegeln. In direkter Abstimmung mit dieser nuklear wie konventionell zu führenden Luftoffensive gegen vorgeplante Ziele in den Ostsee- und Schwarzmeerbahnen sowie an den Verkehrsknotenpunkten und Flugplätzen in Osteuropa und Westrussland sollte (3) ein Durchbruch sowjetischer und Ostblockdivisionen nach Westeuropa möglichst noch vor der Rhein-Ijssel-Linie abgefangen werden. Parallel dazu mussten die eigenen See- und Luftstreitkräfte (4) die Verbindungslinien über den Atlantik gegen sowjetische Angriffe zur See absichern und dabei insbesondere ein Ausbrechen von Minenlegern und U-Booten aus deren Basen durch die Ostseeausgänge, das Nordmeer und die Dardanellen unterbinden, da sonst die Flanken einer Verteidigung in Zentraleuropa umgangen und die lebenswichtige Versorgung Westeuropas über See unterbrochen werden konnte. Dazu waren auch an den besonders neuralgischen Punkten in Dänemark (5) und Norditalien (6) Land-, Luft- und Seeschlacht zu gemeinsamen Operationen verbunden. Gleiches galt natürlich für die tiefen Flanken der NATO-Verteidigung in Norwegen (7), Griechenland (8) und der Türkei (9)²².

Anders als bei ihren kontinentalen Kritikern gelegentlich besorgt, hing angelsächsische Strategieplanung also keineswegs einem gern als ›Maginot-Syndrom‹ apostrophierten statischen Denken in den Kategorien einer linearen Abwehrplanung an. Defensive und offensive Elemente waren vielmehr unter klarer Schwerpunktbildung operativ weiträumig miteinander vernetzt, auf den einzelnen Schlachtfeldern in Form von *combined operations* eng aufeinander abgestimmt und sollten jetzt vor allem auf allen Ebenen atomar unterfüttert werden. Die Westeuropäer mussten sich allerdings darauf einlassen, dass in solcher Perspektive nicht mehr die eine große Land-Luft-Schlacht um Europa im Vordergrund stand, sondern – da ein Krieg gegen die Sowjetunion nicht eurozentrisch einzugrenzen war – die globale Auseinandersetzung zwischen zwei welt-

²² Die neun Schlachten sind bereits im Strategiepapier MC 14/1 vom 9.12.1952 festgelegt, abgedr. in: NATO Strategy Documents, S. 193-229, dann aber durch die New Approach Group auf den SHAPE-Bereich umgesetzt und auf allen Ebenen nuklear unterfüttert worden: SHAPE History, vol. 3, S. 35-38.



weit operierenden Militärblöcken. Damit konnte strategische Planung aber auch nicht vorrangig darauf abstellen, die militärische Entscheidung in einer noch so wichtigen regionalen Teilschlacht zu suchen. Die potenzielle Schlacht um Zentraleuropa hatte immer auch die Totalität einer Auseinandersetzung mitzudenken, die nicht nur in ihrer künftigen Großräumigkeit, sondern vor allem auch als Systemkonflikt regional wie global entgrenzt war. Das erforderte auf der Ebene des Ost-West-Konflikts jenen politisch-ökonomisch langen Atem zum Durchhalten des Kalten Krieges, der auf der Ebene von Bündnisverteidigung die Grenzen für rein militärische Konfliktvorkehrungen absteckte.

Die U.S.-Stabschefs hatten dazu Anfang Dezember 1953 die sicherheitspolitischen Vorgaben der Eisenhower-Administration aus der im Oktober festgelegten strategischen Richtlinie NSC 162/2 in militärische Prioritäten umgesetzt. Danach sollte amerikanische Sicherheitspolitik militärisch künftig auf drei Säulen ruhen: der Fähigkeit zu überlegener nuklearer Vergeltung, der taktisch nuklearen Verstärkung der eigenen und der NATO-Verbände sowie der Sicherung des nordamerikanischen Kontinents gegen einen sowjetischen atomaren Überraschungsschlag²³. Vor diesem Hintergrund legte SHAPE Ende 1953 seine strategischen Prioritäten als Vorgaben für die weiteren Planungen der New Approach Group fest. Allen anderen Zielen vorgeschaltet waren dazu zwei bereits im Frieden zu schaffende Voraussetzungen, die erfolgversprechendes militärisches Handeln im Konfliktfalle überhaupt erst ermöglichen würden: Im Kommandobereich Europa (Allied Command Europe, ACE) mussten die Bündnisstreitkräfte, ihre Führungsorganisation und ihre Verbindungslinien innerhalb Europas wie über den Atlantik durch Ausbildung, Ausrüstung, Dislozierung, Frühwarnung und Härtung der Infrastruktur in den Stand versetzt werden, einen frühzeitigen Vernichtungsschlag des Gegners zu überleben. Und der militärische Widerstand für die ersten Tage und Wochen danach war so zu organisieren und zu führen, dass der Gegner wenigstens so lange von einem Durchbruch zum Atlantik abgehalten wurde, bis die NATO ihre eigenen Kräfte in Europa voll mobilisiert und durch Truppen und Materialzuführungen aus den USA und Kanada verstärkt hatte²⁴.

Mit diesen Grundüberlegungen hatten sich die strategischen Planer bei SHAPE bis Ende 1953 allerdings noch nicht sehr weit von den bereits im Medium Term Defense Plan von 1950 festgelegten Vorstellungen entfernt. Seither hatte sich hingegen eine zentrale Komponente in den ursprünglichen Verteidigungsplanungen der NATO als nicht realisierbar erwiesen, denn alle Erfahrungen mit den Lissaboner Streitkräftezielen hatten eines ganz deutlich gemacht: das dazu erforderliche Äquivalent zum militärischen Potenzial des Ostblocks an präsenten und mobilisierbaren NATO-Divisionen war politisch und ökonomisch in den Partnerstaaten schlicht nicht durchsetzbar. Die Planung bei

²³ Festgelegt in der JCS-Richtlinie 2101/113, 10.12.1953, ausgewertet bei Fröhlich, Zwischen selektiver Verteidigung, S. 289 f.

²⁴ So in der Studie NAG-13 »Major objectives of operational concern to SACEUR«, 25.11.1953, SHAPE History, vol. 3, S. 34.

SHAPE hatte sich deshalb von den relativ leicht und einvernehmlich zu bestimmenden Verteidigungszielen wegzubewegen und den verfügbar zu machenden Verteidigungsmitteln zuzuwenden. Der militärische Ausweg aus dem Dilemma einer konventionell nicht zu schließenden Lücke zwischen Zielen und Mitteln lag seit 1952 auf der Hand: mangelnde herkömmliche ›manpower‹ musste durch gesteigerte atomare ›firepower‹ ausgeglichen werden. Dabei gingen jedoch die Auffassungen in Washington, London und Fontainebleau zwischen Anhängern eines neu zu denkenden, vorrangig strategisch-nuklearen Luftkrieges und eines nur taktisch-nuklear zu erweiternden herkömmlichen Krieges zunächst noch erheblich auseinander.

In den angelsächsischen Luftwaffenstäben forderte man dringend eine radikale Umkehr im strategischen Denken und Planen. Aus Sicht der U.S. Airforce hatten schon die Resultate des – allerdings bewusst positiv überbewerteten²⁵ – Bombenkrieges im Zweiten Weltkrieg den Nachweis erbracht, dass künftige Kriege wesentlich in der Luft entschieden würden. Stellte man den eigenen Bomberflotten daher jetzt mit dem quantitativ wie qualitativ auszubauenden Nuklearpotenzial die für einen strategischen Luftkrieg benötigten Waffen zur Verfügung, dann ließen sich Abschreckung im Frieden und Verteidigung im Kriege wesentlich effizienter und kostengünstiger durchführen, als dies mit einer noch so breiten herkömmlichen Rüstung möglich war. Einer der nuklearstrategischen Vordenker in den USA, Bernard Brodie, brachte es auf den Punkt: »Large masses of men must count for less on the battlefield except to provide more lucrative atomic targets²⁶. In den Augen der Luftwaffenplaner war daher alles auf die kurze atomare Anfangsphase eines Krieges abzustellen, weil es ihnen unwahrscheinlich erschien, dass man danach überhaupt noch großräumige militärische Operationen analog zum Zweiten Weltkrieg führen konnte.

Navy und Army zeigten sich dagegen skeptisch, ob es allein mit den Mitteln einer – wie weitgehend auch immer – gesteigerten Luftkriegführung gelingen würde, den Widerstandswillen der sowjetischen Bevölkerung so zu brechen, dass Partei- und Militärspitze an der Weiterführung eines Krieges gehindert würden. Die notwendigen Invasionen in Westeuropa und auf den japanischen Inseln hatten jedenfalls 1944/45 anderes gelehrt, und auch der Koreakrieg stand nicht eben für den Nachweis eines allein aus der Luft zu entscheidenden Krieges. Nicht übersehen wissen wollten die Kritiker eines totalen Luftkrieges im Übrigen nach den Reaktionen der Weltöffentlichkeit auf die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki auch die für demokratische Gesellschaften und ihre Allianzsysteme nicht unwesentliche Frage nach der ethischen Vertretbarkeit derartiger Kriegführung mit Massenvernichtungsmitteln. Der gleiche Bernard Brodie, der auf der einen Seite nüchtern die militärischen Wirkungsmöglichkeiten von Atomwaffen analysierte, stellte sich deshalb ebenso unbedingt hinter das Diktum von Präsident Truman: »Such a war is not a possible

²⁵ Zur Auswertung des United States Strategic Bombing Survey: Gentile, A-Bombs, S. 21–27.

²⁶ Brodie, Nuclear Weapons, S. 226.

policy for rational men²⁷.« Mehrseitig »ausbalancierte Streitkräfte« anstelle eines einseitigen Rekurses auf die »Philosophie eines einzigen Schusses« forderte daher im Gegensatz zur Air Force die Führung der U.S. Navy – und die Army folgte dem mit ihrer Warnung vor einem in der Militärgeschichte immer schon als falsch nachgewiesenen Setzen auf eine einzige militärische Karte. Army, Navy und Marine Corps beharrten deshalb darauf, neben den Präsenzstreitkräften eine angemessene Mobilisierungsbasis für die zweite, zeitlich unberechenbare Phase eines Krieges vorzuhalten²⁸.

Der innermilitärische Disput über die ausschlaggebende Waffe im künftigen Kriege sollte in dieser Reinkultur letztlich nie entschieden werden. Seine langen Schlagschatten würden auch weiterhin auf den Etatdebatten in den USA wie bei ihren europäischen Partnern lasten, wenn es darum ging, knapp bemessene finanzielle Ressourcen auf die Bedürfnisse konkurrierender Teilstreitkräfte zu verteilen. Für die operative Planungsebene bei SHAPE war dagegen von vornherein klar, dass es mit Blick auf die westeuropäischen Forderungen nach einer Vorwärtsverteidigung keine ausschließlich atomare Gefechtsführung, sondern nur einen Mix aus nuklearen und konventionellen Elementen geben konnte. Bei dem vorerst nicht zu behebenden Mangel an Präsenztruppen musste allerdings – so das Credo des immer stärker in den Vordergrund rückenden amerikanischen Air Deputy bei SHAPE, General Lauris Norstad – von jetzt an ein Weg eingeschlagen werden, bei dem nicht mehr lediglich eine nukleare Verstärkung konventioneller Streitkräfte, sondern die volle Nuklearisierung der Bündnisstrategie gefordert war: »Ich bin der festen Überzeugung, dass es unser Auftrag [...] ist, einen wirklich neuen Zugang zum Problem der europäischen Verteidigung zu nehmen.« Dabei würden sich nur dann optimale Ergebnisse erzielen lassen, »wenn wir die umgekehrte Ansicht vertreten und jede Aufgabe von dem Standpunkt her betrachten, ob sie allein mit Nuklearwaffen zu lösen ist«²⁹.

Nach vorbereitenden atomaren Planspielen und der Überlassung hinreichender nuklearer Informationen an SHAPE konnte ab Januar 1954 an die konkrete Einplanung von Atomwaffen in das Verteidigungskonzept für Europa gegangen werden. Der SACEUR hatte sich dazu Ende 1953 direkt bei den JCS in Washington stark machen müssen für die Möglichkeit zur Weitergabe atomarer Daten, da dies nach dem McMahon-Act von 1946 nach wie vor äußerst restriktiv gehandhabt wurde. Darunter fielen auch weiterhin alle Informationen über die Entwicklung und Herstellung von Atomwaffen. Immerhin war es aber mit der NSC 151/2 vom Dezember 1953 gelungen, einen Weg zu finden, um wenigstens die für die NATO-Planung unverzichtbaren Daten über die Wirkungsweise eigener und die Einschätzung sowjetischer Atomwaffen weitergeben zu kön-

²⁷ Ebd., S. 227.

²⁸ Zur Haltung der Navy: The History of the Joint Chiefs of Staff, vol. 1, S. 28 f.; Zitat auf S. 29; zum Disput innerhalb der U.S. Stabschefs insgesamt ebd., S. 25 f.

²⁹ Stellungnahme Norstads zu NAG-13 (F), 28.12.1953, SHAPE History, vol. 3, S. 43; zu Norstad insgesamt: Jordan, Norstad.

nen³⁰. Bei einem Vergleich der nuklearen Arsenale ging man davon aus, dass die USA bis 1960 auf eine sichere atomare Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion bauen konnten, die erst danach von einer Phase der Parität abgelöst würde. Für 1953 schätzte man das eigene Potenzial für einen Einsatz in Europa auf 700, das gegnerische auf 200 bis 300 Atombomben; nach den beiderseitigen erfolgreichen Tests von Wasserstoffbomben 1952/53 sah man bis Mitte der fünfziger Jahre einen wechselseitigen Aufwuchs auf 200 bis 250 H-Bomben und 1000 bis 1500 A-Bomben (West) gegenüber fünf H-Bomben und 600 A-Bomben (Ost) voraus³¹. Damit ließ sich für das unmittelbare Vorfeld des ACE-Bereichs bis nach Ostpolen hin eine Zielplanung vornehmen, mit der in einen sowjetischen Angriff hinein die wesentlichen Teile der gegnerischen Infrastruktur von Flugplätzen und Häfen über Kommandozentralen, Fernmeldeeinrichtungen und Nachschubdepots bis zu neuralgischen Verkehrsknotenpunkten mit taktischen Atomwaffen ausgeschaltet werden sollte. Neben diesen festen Zielen, die im Rahmen einer vorgeplanten Luftoffensive unmittelbar nach Eintreten des V-Falles angegriffen werden sollten, waren für den ACE-Bereich zusätzliche taktische Atomwaffen einzuplanen, die man je nach Lageentwicklung gegen Truppenkonzentrationen und Seestreitkräfte des Gegners als bewegliche Ziele richten konnte.

Damit veränderte sich in den Augen der SHAPE-Planer aber auch die Aufgabenstellung für die Bodentruppen des Bündnisses. Nicht mehr eine durchgehende Frontlinie galt es unter allen Umständen zu behaupten, da diese in jedem Falle zu dünn besetzt sein würde, um den panzerstarken sowjetischen Stoßarmeen standzuhalten. Den NATO-Divisionen, die dazu vor der angenommenen gegnerischen Hauptangriffsrichtung in Zentraleuropa verdichtet wurden, oblag vielmehr in der ersten Phase eines Krieges eine dreifach defensive Aufgabe: Da sich alle Verteidigungsplanung nunmehr atomar auszurichten hatte, musste es vorrangiger Auftrag der eigenen Bodentruppen und Luftabwehr sein, (1) die nuklearen Arsenale von ACE (Führungszentralen, Einsatzbasen, Trägermittel, Waffenlager) zu schützen. Überlebte dieses ›Schwert‹ der Allianz einen gegnerischen Überraschungsangriff nämlich nicht, dann war jede weitere Verteidigung Westeuropas mit einem Schlag enthauptet. Damit sich die eigenen Atomwaffen zudem in ihrer Wirkung voll entfalten konnten, sollten (2) die Angriffskeile des Gegners immer wieder zur Konzentration ihrer Kräfte gezwungen werden, um dadurch größtmögliche atomare Flächenziele zu bilden. Einem ›Stolperdraht‹ gleich hatten sich dazu hinreichende Kampfverbände der NATO in geländegünstigen Räumen dem Angreifer so vorzulegen, dass er nur durch Verdichtung seiner Angriffsverbände in die Tiefe durchstoßen konnte. Dabei durften sich die NATO-Verbände jedoch (3) nicht örtlich binden lassen, weil sie sonst in der Verklammerung mit dem Gegner selbst Atomziele bildeten

³⁰ Melissen, *The Struggle*, S. 24; vgl. jetzt auch Maier, *Die politische Kontrolle*, S. 304, der aufzeigen kann, dass eine erste interne Lockerung der Bestimmungen über die Weitergabe von »restricted data« bei SHAPE bereits im Sommer 1952 erreicht worden war.

³¹ Zahlen für 1953 aus Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 499 f., für 1957 aus *SHAPE History*, vol. 3, S. 48 f.

und sich außerdem der Zerschlagung durch dessen überlegene Kräfte auslieferten. Solange man mithin kein ausreichendes konventionelles Potenzial für eine erfolversprechende Verteidigung am vorderen Rand der NATO verfügbar machen konnte, durften die eigenen Truppen nicht schon in der Anfangsschlacht verbraucht werden. Verteidigung war dazu von Ost nach West so zu staffeln, dass hinter einem dünnen Schleier vorgeschobener leichter Deckungstruppen noch ostwärts des Rheins Widerstandszonen einzurichten waren, die so nachhaltig verteidigt werden sollten, dass sie vom Gegner nur unter voller Bündelung seiner Angriffsverbände durchstoßen werden konnten. Damit wollte man seinen Angriffsschwung ostwärts des Rheins verzögern und spätestens an der Rhein-Ijssel-Linie ganz zum Stehen bringen³².

Dieses Zusammenspiel von konventionellem Schild und atomarem Schwert konnte freilich nur funktionieren, wenn dafür einige unverzichtbare nuklearstrategische Voraussetzungen geschaffen wurden. Um taktisch-atomare Kernwaffen auf dem europäischen Kriegsschauplatz zeitgerecht zum Einsatz bringen zu können, mussten sie nahe genug an den Einsatzbasen bereitgestellt werden. Politisch und militärisch unproblematisch war es noch, wenn dafür seit Juni 1952 über die bereits in Ostengland stationierten Teile des SAC hinaus nichtnukleare Komponenten, also Trägermittel und Abschussvorrichtungen außerhalb der USA installiert wurden. Damit wurden vorerst weder die Stationierungsländer politisch-psychologisch überfordert, noch der U.S.-Präsident in seiner Alleinverantwortung für den Einsatz von Atomwaffen tangiert, da die erforderlichen Sprengköpfe weiterhin in den USA und unter Aufsicht der zivilen Atomic Energy Commission verblieben. Sie sollten erst im Spannungsfalle nach ausdrücklicher Weisung des Präsidenten auf dem Luftwege nach Übersee zu den Einsatzbasen transportiert werden. Schon jetzt warnten die JCS allerdings davor, dass die Zusammenführung von Trägermitteln und Sprengköpfen im Konfliktfalle zu zeitraubend sein würde. Sie forderten deshalb im Einvernehmen mit SHAPE die Stationierung kompletter Systeme unter amerikanischer Aufsicht nahe an den potenziellen Einsatzräumen. Deren Absicherung durch U.S.-Truppen war ohne überhöhtes Risiko sicherzustellen, die Abschreckungswirkung auf den Gegner und das Vertrauen der eigenen Verbündeten in den Nuklearschutz der USA würden sich erhöhen. Die grundsätzliche Zustimmung zur Verlagerung derjenigen atomaren Munition, die zur Bestückung der bereits installierten Abschusseinrichtungen benötigt wurde, erteilte jedoch erst der neue Präsident Eisenhower im Sommer 1953³³. Es sollte dann allerdings immer noch bis Ende 1957 dauern, bevor im NATO-Rat der endgültige Beschluss zur Stationierung kompletter atomarer Systeme auf dem Territorium von NATO-Staaten gefasst und in der Folgezeit auf breiter Ebene umgesetzt wurde³⁴.

³² Vgl. dazu Greiner, Die Entwicklung der Bündnisstrategie, S. 121.

³³ History of the Custody, S. 27-29 (eine zu wesentlichen Teilen herabgestufte Kopie des Dokuments befindet sich beim MGFA). Zum Stand amerikanischer Atomwaffenlager in der Bundesrepublik im Frühjahr 1954: Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 22 sowie Norris/Arkin/Burr, Where They Were, S. 26-35.

³⁴ Greiner, Die Entwicklung der Bündnisstrategie, S. 169-174.

In dieses Programm waren auch bereits U.S.-Basen in Westdeutschland involviert, und es lag in der Konsequenz Adenauerscher Sicherheitsforderungen an die USA, wenn er im Juni 1953 eine entsprechende Anfrage von General Ridgway über die Stationierung amerikanischer nuklearfähiger 280 mm-Geschütze auf deutschem Boden akzeptierte³⁵. Im April 1954 wurden die JCS schließlich durch den Präsidenten autorisiert, nunmehr auch komplette atomare Waffensysteme einschließlich der Sprengköpfe in der Bundesrepublik zu stationieren³⁶. Bis Mitte 1955 war vorgesehen, dass jedes schwere amerikanische Bombergeschwader in seinem Stationierungsgebiet über ein eigenes Atomwaffenlager unter strikter U.S.-Kontrolle verfügen sollte³⁷. Dazu gingen Atomwaffen nunmehr auch schrittweise aus der Verfügungsgewalt der Atomic Energy Commission in den Gewahrsam des Verteidigungsministeriums und seiner nachgeordneten Kommandobehörden, darunter natürlich an vorderster Stelle an SACEUR über. Parallel dazu wurde im revidierten Atomic Energy Act von 1954 auch die Weitergabe atomarer Daten gelockert. Ohne dass dies jetzt schon als allianzpolitisches Problem virulent wurde, bereitete sich damit der Weg für eine später angedachte Weitergabe von Atomwaffen an NATO-Partner der USA vor³⁸. In der Konsequenz dieser Entwicklung lag es denn auch, dass Präsident Eisenhower Ende 1954 zusätzlich die Dislozierung von H-Bomben in Übersee akzeptierte³⁹.

Damit waren zwar die Türen weit geöffnet für einen künftigen Transfer von Nuklearwaffen aller Kaliber nach Europa, nicht geklärt war aber das nun immer drängendere Problem ihrer Einsatzfreigabe. Der scheidende SACEUR Ridgway hatte deshalb in einem letzten Warnruf noch einmal bei allem Verständnis für die politischen Vorbehalte in Washington die Delegation von Verantwortung für den regionalen Einsatz von Atomwaffen (predelegation) als militärisch unverzichtbar angemahnt. Da ein nächster Krieg wegen des Zusammenspiels von konventionellen und atomaren Waffen ein kurzer Krieg sein werde, wobei die größte Versuchung für einen Angreifer in einem vorentscheidenden Überraschungsschlag liege, müsse unter allen Umständen die Reaktionsfähigkeit der NATO-Kommandeure vor Ort erhöht werden. Gelingen dies nicht und verbrauche die politische Führung im Ernstfall zu viel Zeit für ihre Einsatzentscheidung, dann »könnte daraus eine entscheidende alliierte Niederlage resultieren.«⁴⁰. Mit der Einplanung taktischer Atomwaffen auf breiter Front in die

³⁵ AWS, Bd 2, S. 137 f. (Beitrag Maier).

³⁶ History of the Custody, S. 30.

³⁷ Ebd., S. 31.

³⁸ Die wegweisenden Veränderungen von 1953/54 in der Handhabung der Freigabefrage durch die Eisenhower-Administration sind jetzt eingehend analysiert bei Maier, Die politische Kontrolle, S. 308-317.

³⁹ Aufzeichnung Colonel Andrew J. Goodpasters über eine Besprechung beim Präsidenten am 1.12.1954, FRUS, 1952-1954, vol. 2, part 2, S. 1576 f.

⁴⁰ Schreiben SACEUR an Standing Group (SHAPE/704/53), 10.7.1953, SHAPE History, vol. 3, S. 26. Der U.S. Military Representative, Gen. J. Lawton Collins, verstärkte dies im Military Committee am 16.12.1953 mit der Warnung, dass selbst geringfügige Verzögerungen

Operationspläne von SHAPE durch die New Approach Group wurde deshalb eine Lösung des Freigabeproblems ab Dezember 1953 unumgänglich. Da man hier im Übrigen damit rechnete, dass auch die Sowjetunion ihre Angriffsverbände binnen kurzem taktisch-atomar ausrüsten werde, rankten sich bei SHAPE von nun an alle Planspiele um den schlimmsten denkbaren Fall, einen nuklearen Überraschungsangriff der Sowjetunion auf das in Westeuropa stationierte Nuklearpotenzial in der NATO als Anfangsschlag eines künftigen Krieges⁴¹. Wollte man deshalb die atomaren Einsatzmittel von SACEUR nicht schon in den ersten Minuten eines europäischen Krieges verlieren, dann mussten sie noch vor Kriegsbeginn durch den Präsidenten für den eigenen Einsatz freigegeben sein⁴². Aber auch von der operativ erweiterten Rolle für Nuklearwaffen, die nach den Vorgaben des ›New Look‹ eben nicht mehr nur als politisch kontrollierte Abschreckungsinstrumente, sondern als unmittelbar in die Operationsführung integrierte Einsatzwaffen wirken sollten, ging aus militärischer Sicht eine zwingende Notwendigkeit für ihre Vorabfreigabe aus. Der neue Chairman JCS, Admiral Arthur Radford, hatte frühzeitig klargemacht, dass taktische Atomwaffen im neuen strategischen Denken »faktisch den Status herkömmlicher Waffen erlangt« hätten⁴³, da nur so die ihnen zugeordnete Funktion als Kompensation für unzureichende konventionelle Abwehrkraft erfüllbar war. Im strategischen Grundlagendokument der Eisenhower-Administration, der NSC 162/2 vom 30. Oktober 1953, hatte dies seinen Niederschlag in der Formulierung gefunden, dass »nuclear weapons to be as available for use as other munitions«⁴⁴.

In seiner Studie über die bis 1957 zu schaffende Fähigkeit zur Abwehr eines umfassenden sowjetischen Angriffs auf den ACE-Bereich stellte SACEUR daher heraus, dass dazu drei unabdingbare Voraussetzungen nötig waren: taktische Atomwaffen mussten bis dahin ausreichend nach Zahl, Waffentyp und Dislozierung in die Präsenzstreitkräfte der NATO integriert sein; ein den Notwendigkeiten schneller und unmittelbarer Reaktion angepasstes militärisches Alarmsystem war so auszugestalten, dass mögliche Verzögerungen aus dem

rungen zu einer ernstlichen Desintegration der NATO-Verteidigung führen würden, Maier, Die politische Kontrolle, S. 332.

⁴¹ Wie sehr sich das strategische Denken in den USA um diese Zeit bereits um die Gefahr eines sowjetischen atomaren Überraschungsangriffs drehte, lässt sich am Auftrag Eisenhowers vom 26.7.1954 für eine Studie ablesen, in der ein Untersuchungsteam aus 41 Wissenschaftlern, Ingenieuren und militärischen Kommunikationsspezialisten unter Führung von James Killian alle Schwachpunkte in den Waffen- und Aufklärungssystemen der USA zu überprüfen hatten; vgl. Hall, The Eisenhower Administration, S. 62. Im Joint Strategic Plans Committee (JSPC) der U.S.-Stabschefs ging man Ende 1954 davon aus, dass die sowjetische Seite ihre einzige Hoffnung, einen künftigen Krieg gewinnen zu können, darin setzen musste, schon in der ersten Phase das atomare U.S.-Gegenschlagpotenzial in den USA und Europa »immediately and decisively« zu zerstören; Memorandum JSPC an JSSC, 8.11.1954, Declassified Documents Reference System (DDRS) 1979, Dok. 405 B.

⁴² Vgl. Wampler, Ambiguous Legacy, S. 602 bzw. 615.

⁴³ The History of the Joint Chiefs of Staff, vol. 5, S. 35.

⁴⁴ FRUS, 1952-1954, vol. 2, part 1, S. 593.

zeitlich aufwendigeren politischen Alarmierungssystem nicht zulasten der militärischen Einsatzfähigkeit gingen; verfügbare Atomwaffen und effiziente Alarmierung konnten aber nur wirksam werden, wenn SACEUR verzögerungslos ab der höchsten NATO-Alarmstufe General Alert zusammen mit der Durchführung seines Operationsplans (Emergency Defense Plan, EDP) auch seinen vorgeplanten atomaren Einsatzplan (Atomic Strike Plan, ASP) selbst freigeben konnte⁴⁵. Dazu sah SHAPE die Notwendigkeit zur weiteren Delegation über SACEUR hinaus auf dessen Major Military Commanders – für die Verteidigung Mittel- und Westeuropas die Oberbefehlshaber Europa Nord (CINCNORTH), Mitte (CINCENT) und Süd (CINCOSOUTH) – sowie in besonderen Fällen bis auf die Ebene von Armeeeoberbefehlshabern herunter. Dies wiederum bedeutete, dass schon im Frieden bei den entsprechenden Kommandobehörden U.S.-Spezialisten für atomare Einsatzfragen bereitstehen mussten, die auf die Freigabe von SACEUR hin die Waffen unmittelbar einsetzen konnten⁴⁶.

Aus der extrem risikobehafteten Situation schnell anwachsender amerikanischer Atompotenziale in Europa, die zwar psychologisch wie faktisch den Nuklearschutz der Führungsmacht für das Bündnis erweiterten, gerade wegen ihrer einsatznahen Dislozierung aber auch sehr verwundbar waren und damit die ersten Ziele eines sowjetischen Überraschungsangriffs sein mussten, entwickelte sich sofort ein weiteres Problem: die Entscheidung über einen Ersteinsatz von Atomwaffen durch die USA und damit eng verbunden die Frage einer vorausgehenden Konsultation der Verbündeten. Eine Operationsplanung, die nach Minuten und Stunden, nicht mehr nach Tagen oder Wochen zu disponieren hatte, war auf militärisch automatisierte Abläufe angewiesen, die jeden politisch verzögernden Eingriff von außen zum kaum noch vertretbaren militärischen Risiko machte. In solcher Perspektive musste auch das Denken in den Kategorien von vorausgegangener Aggressionshandlung des Angreifers und erst davon ausgelöster, reaktiver Antwort des Verteidigers zunehmend obsolet werden. Dem Angreifer die volle Initiative des ersten Schlages zu überlassen, hieß dann nämlich, so unannehmbare Anfangsverluste auf sich zu nehmen, dass diese bereits einer vorweggenommenen Niederlage gleichkamen. Nach den Erfahrungen in Korea mit den schweren Rückschlägen und Verlusten für die dort eingesetzten UN-Kontingente unter amerikanischer Führung war die Eisenhower-Administration aber nicht mehr bereit, analoge regionale Einsätze von U.S.-Truppen ohne sofortige Unterstützung durch ihre integrierte atomare Komponente zuzulassen. Eine Kriegführung à la Korea mit auf dem Rücken gebundenem nuklearem Arm der USA sollte es nicht mehr geben. Taktische Atomwaffen in ihrer Funktion als lediglich in ihrer Wirkung gesteigerte ›kon-

⁴⁵ Vgl. Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 621 f.; zur Alarmierungsproblematik jetzt auch Maier, *Die politische Kontrolle*, S. 319 f. und 332.

⁴⁶ Stellungnahme SACEUR betr. Atomic Policy, 2.7.1954, SHAPE History, vol. 3, S. 88 f. Unterstützung hatte er dafür bereits Anfang 1954 bei der U.S. Army gefunden, Memorandum Chief of Staff, U.S. Army, 6.2.1954, National Archives (NA) Washington, D.C., RG 218, Geographical File, box 46, CCS 092 Western Europe (3-12-48), sect. 283.

ventionelle Waffen waren deshalb unabhängig davon, ob der Gegner bereits zu ihrem Einsatz gegriffen hatte, nach eigenem Ermessen immer dann einzusetzen, wenn es die Entwicklung der militärischen Lage erforderte⁴⁷.

Das warf allerdings enorme bündnispolitische Probleme auf – und Außenminister John Foster Dulles bekam dies auch sofort zu spüren, als er in der Allianz mit seinem »Erziehungsfeldzug«⁴⁸ zugunsten des ›New Look‹ und einer Nuklearisierung der Bündnisverteidigung ansetzte. Auf der Dezembertagung des NATO-Rats von 1953 suchte er seine westeuropäischen Ministerkollegen nicht nur mit der neuen konventionellen Rolle taktischer Atomwaffen vertraut zu machen, er verwies auch darauf, dass derjenige, der zuerst zu ihnen griff, daraus enorme militärische Vorteile ziehen konnte⁴⁹. Hatte er hier die Frage eines Ersteinsatzes noch sehr kryptisch behandelt, so wurde er bei der nächsten Tagung im Frühjahr 1954 schon sehr viel konkreter. Die USA könnten nicht ausschließen, dass sie als Erste zu Atomwaffen greifen müssten, ohne damit auf einen sowjetischen Nukleareinsatz zu reagieren, da eine solche amerikanische Selbstbeschränkung der sowjetischen Führung sonst die Risikokalkulation erleichtern und damit den Wert der westlichen Abschreckung reduzieren würde⁵⁰. Die Westeuropäer hatten sich zwar schon Ende 1953 grundsätzlich darauf eingelassen, dass man mit Blick auf den von ihnen gebilligten Zulauf taktischer Atomwaffen nunmehr auf eine Strategie des ›langen Atems‹ im Kalten Krieg setzen konnte. Beim Treffen der Regierungschefs und Außenminister der drei Westmächte auf den Bermudas Anfang Dezember 1953 hatte Dulles mit seiner Rhetorik über den Gebrauch von Atomwaffen als »normale Waffen« jedoch noch heftige Gegenreaktionen seiner Partner ausgelöst⁵¹. Der französische Außenminister Georges Bidault forderte daher jetzt im Frühjahr 1954 eine ständige Konsultationspflicht in der Standing Group, da Frankreich für die auf seinem Territorium – insbesondere in Französisch-Marokko – zu stationierenden amerikanischen Trägersysteme und Atomwaffen vor deren Einsatz ähnliche Mitsprache reklamierte, wie London dies für die in Ostengland dislozierten Teile des SAC geltend machte. Und tatsächlich erreichte Frankreich in einem Notenwechsel zwischen Außenminister Bidault und dem amerikanischen Botschafter in Paris, C. Douglas Dillon, schon Anfang April 1954 wortgleiche Zusagen, wie

⁴⁷ In der MC 48 vom 18.11.1954 hieß es dazu: »Our studies have indicated that without their immediate use we could not successfully defend Europe within the resources available. Any delay in their use – even measured in hours – could be fatal. Therefore, in the event of a war involving NATO it is militarily essential that NATO forces should be able to use atomic and thermonuclear weapons in their defense from the outset.« NATO Strategy Documents, S. 242.

⁴⁸ Maier, *The Federal Republic*, S. 399; ähnlich Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 601.

⁴⁹ Aufzeichnung des Leiters der Europa-Abteilung im State Department, Merchant, über die geheime Sitzung des NAC, 16.12.1953, FRUS, 1952–1954, vol. 5, S. 476–479; zur Bermuda-Konferenz: Dockrill, *Eisenhower's New Look*, S. 86 f.

⁵⁰ Rede des U.S.-Außenministers vor dem NATO-Rat in Paris, 24.4.1954, FRUS, 1952–1954, vol. 5, S. 509–514; erste öffentliche Hinweise darauf hatte Dulles bereits in seine Grundsatzzrede vor dem Council on Foreign Relations am 12.1.1954 verpackt, *The Development*, vol. 1, S. 281–284.

⁵¹ Maier, *Die politische Kontrolle*, S. 331.

sie in der amerikanisch-britischen Vereinbarung vom Januar 1952 festgelegt waren⁵². Derartige Absprachen jetzt und in der Zukunft standen freilich immer unter dem amerikanischen Vorbehalt, dass die militärische Lage solche Konsultation im Ernstfall zeitlich überhaupt noch erlauben würde.

In die an die Adresse der Westeuropäer gerichtete Überzeugungsarbeit schaltete sich Anfang 1954 auch zunehmend die militärische Führungsspitze der NATO ein. General Alfred M. Gruenther nutzte ein eingehendes Gespräch mit den bei SHAPE akkreditierten Korrespondenten der wesentlichsten amerikanischen, britischen und französischen Zeitungen dazu, um erstmals konkreter auf die Grundzüge einer taktisch-atomar verstärkten Verteidigung Europas einzugehen. Zwar seien die Präsenzstreitkräfte des Bündnisses immer noch nicht hinreichend, um eine effiziente Vorwärtsverteidigung entlang der Demarkationslinie zum Ostblock aufzunehmen. Die atomare Verstärkung im ACE-Bereich habe aber die Einsatzstärke der NATO-Luftstreitkräfte nach Einsatzradius, Einsatzspektrern und Wirkungskraft so erheblich erhöht, dass die Rote Armee die Schildstreitkräfte der Allianz nicht mehr einfach überrennen könne. Sie müsse dazu vielmehr zusätzliche Kräfte aus der Tiefe des osteuropäischen Raumes heranzuführen, und dies werde im Westen nicht unbemerkt bleiben, die Vorwarnzeit der NATO mithin wesentlich erhöhen. Im Übrigen lägen die militärischen Vorteile taktischer Atomwaffen eindeutig beim Verteidiger, da sie durch ihre Flächenwirkung jede Kräftekonzentration auf dem Gefechtsfeld bestrafe und gleichzeitig die Mobilität eines Angreifers einschränke. Selbst unter so verbesserten Bedingungen sei die NATO jedoch nach wie vor gezwungen, in einer ersten Phase Raum preiszugeben, denn wirkliche Vorwärtsverteidigung bleibe »ohne deutsche Streitkräfte unmöglich«⁵³. Die Botschaft an die Öffentlichkeit in den NATO-Staaten war eindeutig: das Bündnis benötigte für seine Verteidigung beides gemeinsam, taktisch-atomare Waffen plus konventionelle deutsche Streitkräfte.

Intern war man sich freilich bei SHAPE im Klaren darüber, dass die Nuklearisierung der Bündnisstrategie neben ihren Chancen auch unübersehbare Risiken in sich barg. Der Air Deputy General Lauris Norstad fasste dazu im Frühjahr 1954 das neue Bild des Krieges unter atomaren Bedingungen in fünf zentralen Faktoren zusammen: Die Schnelligkeit, mit der die neuen Waffen zum Einsatz gebracht werden konnten, komprimierte (1) den Faktor Zeit für die politische und militärische Führung in einem nie dagewesenen Maße. Man konnte nunmehr nämlich mit vergleichsweise klein gehaltenen Kräften in kürzester Zeit eine unverhältnismäßig größere Zerstörungskraft gegen den Gegner, und dieser wiederum gegen die eigene Seite richten als je zuvor. Dies verschob andererseits (2) die Gewichte nachhaltig zugunsten sofort präserter und gegen erst zu mobilisierende Streitkräfte, da die militärische Vorentscheidung schon

⁵² Ebd., S. 333 f. und Schmitt, Frankreich und die Nukleardebatte, S. 46.

⁵³ Rede des SACEUR bei einem Abendessen, 11.1.1954, PRO, CAB 129/66, C. (54) 86; zur Bewertung von Atomwaffen in den NAG-Studien 1953/54 vgl. auch Wampler, Ambiguous Legacy, S. 616-618.

in der ersten Phase eines mit voller Intensität zu führenden nuklearen Schlagabtausches fallen würde. Für die eigenen Streitkräfte kam es daher in dieser Anfangsphase wesentlich darauf an, wie man (3) die atomaren Schläge des Gegners »absorbieren und überleben« konnte und dabei immer noch hinreichendes Potenzial übrig behielt, um die verbliebenen Feindkräfte in der Folgezeit zu bekämpfen. Dazu musste sich (4) die NATO von dem Bild eines auf Europa begrenzbaren Krieges lösen, der vielmehr sofort global eskalieren würde. Deshalb waren strategisch-nukleare Operationen vom SAC und taktisch-nukleare Einsätze im ACE-Bereich aufeinander abgestimmt zu planen und zu führen. All dies zusammengenommen lief (5) auf eine zentrale Grundentscheidung hinaus: die NATO musste ihre kollektive Verteidigungsplanung aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen auf ihrer »Stärke« und nicht auf ihren »Schwächen« aufbauen. Das aber hieß, sich von allen nichtnuklearen Optionen zu verabschieden und »to build our plans around the employment of nuclear weapons in the event that war is forced upon us«⁵⁴.

Darin waren sich inzwischen alle militärischen Planungsstäbe von den Vereinigten Stabschefs über die britischen Stabschefs und die Standing Group bis zur New Approach Group bei SHAPE einig. Bedenken meldeten dagegen die Briten über die davon abgeleiteten, sehr weitgehenden atomaren Befugnisse von SACEUR an. In London bezweifelte man, dass auf der Bündnisebene das Maß an politischer Vorabfreigabe für Atomwaffen zu erreichen war, das SHAPE für erforderlich hielt, um rechtzeitig reagieren, ja im Extremfalle sogar »preemptive«⁵⁵ losschlagen zu können, wenn er einen Feindangriff als unmittelbar bevorstehend annahm. Der NATO-Rat würde sich schwerlich derart weitgehend seiner politischen Mitsprache begeben und Entscheidungen von solcher Tragweite für das Überleben der eigenen Völker von rein militärischen Automatismen abhängig machen wollen. Dies musste umso mehr gelten, wenn die Gegenseite zunächst keine Atomwaffen einsetzte, die militärische Führung der NATO aber dennoch den eigenen Einsatz für unabdingbar hielt, um einer irreversiblen Niederlage zuvorzukommen. Um die Grundentscheidung der NATO für eine Nuklearisierung der Bündnisstrategie nicht zu gefährden, einigten sich Eisenhower und Dulles jedenfalls darauf, aus psychologischen Gründen keinen Druck auf den NATO-Rat für eine vorzeitige Freigabe von Atomwaffen auszuüben. Dabei blieb in Washington jedoch klar, dass solche politischen Vorbehalte im Einsatzfalle die Realisierung der atomaren Einsatzpläne von SACEUR nicht blockieren würden, da man in letzter Konsequenz über dessen Funktion als Oberbefehlshaber der U.S. Streitkräfte in Europa (USCINCEUR) auch unilateral handeln konnte⁵⁶. Als Kompromisslösung einigten sich Amerikaner, Briten und Kanadier schließlich im Vorfeld der entscheidenden NATO-Ratssitzung vom Dezember 1954 darauf, dass die Erarbei-

⁵⁴ Denkschrift Norstads, 23.4.1954 (SHAPE AD/5/54), in: SHAPE History, vol. 3, S. 62–64.

⁵⁵ Vgl. dazu Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 645 f. und Maier, *Die politische Kontrolle*, S. 344.

⁵⁶ Zur Frage der SACEUR-Befugnisse: Wampler, *Ambiguous Legacy*, S. 631–636 und 646–649.

tung der Einsatzpläne einschließlich ihrer nuklearen Komponenten in militärischen Händen liegen, ihre Auslösung im V-Falle jedoch erst nach Zustimmung durch die politischen Autoritäten erfolgen sollte⁵⁷.

Damit war der Weg frei für die Anpassung der NATO-Strategie an die Vorgaben des amerikanischen ›New Look‹, wie sie nach den Vorarbeiten von SHAPE und den Abstimmungen mit der Standing Group am 22. November 1954 durch das Military Committee der NATO endredigiert und schließlich am 17. Dezember 1954 durch den NATO-Rat verbindlich gemacht wurde. Als neues Grundsatzdokument richtete die nunmehr beschlossene MC 48 ›The Most Effective Pattern of NATO Military Strength for the Next Few Years‹ die Verteidigungsplanung der NATO damit auf das Prinzip massiver nuklearer Vergeltung (massive retaliation) aus. Dass die Nuklearisierung der Bündnisstrategie unter solchen Vorgaben indes nicht nur eine militärische Notwendigkeit zu sein schien, sondern den NATO-Partnern darüber hinaus zumindest die Hoffnung suggerierte, als könne man damit zugleich den gordischen Knoten überbordender Verteidigungsausgaben durchschlagen, machte schon der erste Satz der MC 48 deutlich. Zur Aufgabe war den Strategieplanern nämlich gestellt, für die nächsten Jahre bis 1957 das effektivste Modell dafür zu erarbeiten, wie sich hinlängliche militärische Stärke mit den dazu verfügbaren Ressourcen verwirklichen⁵⁸ oder – um die öffentlich geäußerte Hoffnung von Außenminister Dulles zu zitieren – wie sich »maximum protection at minimum cost« erreichen ließ⁵⁹.

Am Jahresende 1954 hatte die NATO damit eine mehrjährige Diskussion zum vorläufigen Ergebnis führen können, die das Bündnis seit seiner Gründung politisch-ökonomisch belastet und seine Militärorganisation vor erhebliche Glaubwürdigkeitsprobleme in der Verteidigungsplanung gestellt hatte: die Diskrepanz zwischen angenommener militärischer Bedrohung und verfügbar zu machenden finanziellen Mitteln. Mit der Nuklearisierung der Bündnisstrategie glaubte man sich in zweifacher Hinsicht auf zukunftssträftigem Wege. Die extrem gesteigerte Feuerkraft auf dem Gefechtsfeld versprach binnen kurzem das gegnerische Übergewicht an sofort einsetzbaren Streitkräften in Europa zugunsten der nuklear stärkeren NATO auszubalancieren. Gleichzeitig nährte die geplante Integration taktischer Atomwaffen auf allen Ebenen in die NATO-Großverbände die Hoffnung auf bald spürbar werdende Entlastungen der Verteidigungshaushalte, da sich die neuen Waffen als vermeintlich billigere Variante als die personalstarken und materialintensiven herkömmlichen Streitkräfte auszuweisen schienen. Im Herbst 1954 war mit dem Abschluss der Pariser Verträge im Übrigen auch die ausstehende Frage einer Verstärkung der Bündnisstreitkräfte durch einen westdeutschen Beitrag einer Lösung näher gebracht, wengleich sich die Ratifizierungsprozesse in den nationalen Parlamenten noch

⁵⁷ Vgl. Dockrill, Eisenhower's New Look, S. 99-101; in der entscheidenden Sitzung betonte Dulles am 17.12.1954 dazu ausdrücklich, dass der NATO-Rat mit seiner Zustimmung zur MC 48 »did not imply any delegation of governmental responsibility for taking vital decisions«, NISCA, C-R (54) 50.

⁵⁸ NATO Strategy Documents, S. 231.

⁵⁹ Dulles, Policy for Security, S. 357.

bis in das Frühjahr 1955 hinziehen sollten. Erst der Mitte 1955 eingeleitete Prozess des Streitkräfteaufbaus in der Bundesrepublik konnte freilich erweisen, wie tragfähig eine Verteidigung Europas – abgestützt auf eine ausgewogene Kombination aus hinreichender konventioneller Stärke unter Zuhilfenahme taktischer Atomwaffen – tatsächlich war. Für den neuen deutschen Bündnispartner sollte daraus die Beantwortung der Kernfrage seiner eigenen Sicherheitsdoktrin resultieren: Ließ sich durch den Aufbau der Bundeswehr die kollektive Abwehrkraft der NATO so nachhaltig verstärken, dass man zu einer effizienten Umsetzung der seit 1950 immer wieder betonten Zielvorgabe einer Verteidigung des Bündnisterritoriums an seinen vorderen Grenzen übergehen konnte? Oder war die nukleare Schwerpunktverlagerung in der Bündnisstrategie so endgültig, dass das Aufwachsen der deutschen Streitkräfte lediglich die Voraussetzung für das Abschmelzen der übrigen, auf deutschem Boden stationierten Bündniskontingente abzudecken hatte? Oder anders gewendet: Ersparte die Aufrüstung der Bundesrepublik ihrem Territorium und ihrer Bevölkerung das Schicksal eines potenziellen atomaren Schlachtfelds in Mitteleuropa oder zog sie ebendiese Gefahr mit der Nuklearisierung der Bündnisstrategie nicht geradezu magisch an?

III. Die Implementierung der Vergeltungsstrategie im Bündnis und die Aufbaukrise der Bundeswehr 1955-1957

Wie skeptisch die Ergebnisse aus der NATO-Ratstagung vom Dezember 1954 trotz allen Einvernehmens auf der politischen Ebene in einer innermilitärisch weiterhin kontroversen Strategiediskussion aufgenommen wurden, ließen die Auseinandersetzungen ausgerechnet dort erkennen, wo die Nuklearisierung der Bündnisstrategie bislang am nachdrücklichsten vorangetrieben worden war. Im National Security Council der USA prallten bei der alljährlichen Grundsatzdebatte über die Zielsetzungen der amerikanischen Sicherheitspolitik einmal mehr Befürworter und Gegner einer so einseitigen Priorisierung der Atomwaffen unvermindert heftig aufeinander. Einigkeit bestand zwar über den Vorrang der globalen Abschreckung; Zweifel meldeten sich aber sofort, wenn es um die insbesondere für Westeuropa zentrale Frage ging, wie man im Falle einer »local aggression« verhindern wollte, dass sie sich übergangslos zu einem »total nuclear war« ausweitete¹. Finanzminister George M. Humphrey, unterstützt von der Air Force und dem Chairman JCS, qualifizierte jede Forderung nach ausgewogenen Streitkräften als »rückwärtsgewandtes Denken« ab, das der vorgesehenen Haushaltssanierung zuwiderlaufe. Demgegenüber beharrten Army, Navy und Marine Corps darauf, dass es militärisch ungesund sei, »if we tailored all our military forces to a single concept of warfare«. Den Ausschlag gab schließlich Präsident Eisenhower, der zwar das notwendige Minimum einer ausgewogenen Verteidigungsstruktur nicht unterschreiten, die Nation aber andererseits nicht durch eine Doppelrüstung für den konventionellen wie den atomaren Einsatz ökonomisch überlasten wollte².

Die Grundidee für die Überlegung, dass Atomwaffen die billigere Variante für die Lösung der amerikanischen und damit auch der gesamtwestlichen Sicherheitsprobleme abgeben könnten, hatte bei Eisenhower bereits 1952 ein Bericht der Atomic Energy Commission ausgelöst. Danach waren diese Waffen schon jetzt relativ billig herzustellen und würden in Zukunft sogar noch billiger werden³. Dem hatte freilich General Gruenther als SACEUR frühzeitig öffentlich widersprochen, wenn er mit Blick auf die technologische Seite darauf ver-

¹ Dazu und zum Folgenden: NSC-Sitzung, 5.1.1955, FRUS, 1955-1957, vol. 19, S. 14-16.

² Schreiben Eisenhower an Verteidigungsminister Wilson, 5.1.1955, Dockrill, Eisenhower's New Look, S. 195.

³ Vgl. Hewlett/Holl, *Atoms for Peace and War*, S. 3-5.

wiesen hatte, dass die Integration von Atomwaffen zwar möglicherweise den Umfang konventioneller Streitkräfte reduzieren mochte, ohne damit aber notwendigerweise die Kosten zu senken, »weil einige dieser Waffen sehr teuer sind«⁴. Und um Illusionen über eine schnell wirksam werdende Kostensenkung entgegenzutreten, hatte er Ende 1953 vor dem Military Committee der NATO nochmals nachdrücklich erklärt, dass es keine Hinweise auf entsprechende Einspareffekte durch die neuen Waffen gäbe⁵. Die Gründe für solche Vorsicht lagen auf der Hand: SACEUR benötigte zu seiner Auftragserfüllung – wie er nicht müde wurde zu betonen – beides: taktische Atomwaffen plus hinreichende konventionelle Streitkräfte. Interne amerikanische Einschätzungen hatten nämlich schon im Frühjahr 1953 ergeben, dass die Sowjetunion selbst nach einem vernichtenden atomaren Schlag gegen ihre Industrie- und Kommunikationszentren »could support immense armed forces for at least two years of intensive warfare«⁶. Aber auch die technologische Weiterentwicklung der Atomwaffen selbst wie die für eine nuklearkriegsfähige Infrastruktur anfallenden Kosten – das sollte die U.S.-Vertretung bei der NATO den amerikanischen Stabschefs schon im ersten Jahr der Umsetzung der neuen Strategie im Bündnis unmissverständlich zu erkennen geben – »will require larger national expenditures than currently planned or anticipated«⁷.

Gegen alle Einwände aus den Reihen von Army, Navy und Marine Corps legte sich die amerikanische Regierung dennoch darauf fest, dass auch bei lokalen Konflikten der Einsatz von Atomwaffen »will best advance U.S. security interests«, da allein schon seine Androhung am ehesten geeignet sei, einen Aggressor von der Gewaltanwendung überhaupt abzuhalten. Wohl hatte eine Kommission unter Leitung von James R. Killian, dem wissenschaftlichen Berater Eisenhowers, bereits Anfang 1955 einen sowjetischen atomaren Überraschungsangriff auf die USA als die größte Gefahr für die amerikanische Sicherheit in den kommenden Jahren ausgemacht⁸. Deshalb rechnete man auch im NSC damit, dass die »Soviet air-atomic capabilities are rapidly increasing«, so dass die Sowjetunion spätestens in fünf Jahren die Möglichkeiten zu einem »crippling blow at the United States« besitzen würde⁹. Bis 1960 versicherten seine Wissenschaftler dem Präsidenten aber, dass die derzeitige atomare Stärke

⁴ Interview in: U.S. News and World Report, 11.9.1953.

⁵ Stellungnahme auf der Sitzung des MC, 15.12.1953, SHAPE History, vol. 3, S. 142.

⁶ Bericht der Weapons Systems Evaluation Group WESG-10, zit. nach Rosenberg, *The Origins*, S. 148. Ähnlich argumentierte auch der französische CINCENT, Marschall Alphonse Juin, in seiner Stellungnahme vom 22.5.1954 zu den Vorstellungen der New Approach Group, SHAPE History, vol. 3, S. 68.

⁷ Memorandum General Collins, U.S. Representative im MC und in der Standing Group, 21.11.1955, NA, RG 218, Geographical File, box 57, CCS 092 Western Europe (3-12-48), sect. 41.

⁸ Der Killian-Report des Technological Capabilities Panel »Meeting the Threat of Surprise Attack« vom 14.2.1955 ist abgedr. in: *The Development*, vol. 1, S. 321-510; zu seiner Bedeutung für die Eisenhower-Administration: *History of the Joint Chiefs of Staff*, vol. 6, S. 11 und Rosenberg, *The Origins*, S. 150.

⁹ Festlegungen aus dem Grundsatzpapier NSC 5501 »Basic National Security Policy«, 6.1.1955, abgedr. in: *The Development*, vol. 1, S. 91-115.

der USA »at its maximum« sei und den amerikanischen Luftstreitkräften jederzeit einen »decisive air strike« gegen die Sowjetunion möglich mache. Erst danach werde die amerikanische nukleare Überlegenheit durch die beiderseitige Fähigkeit zur »mutual destruction« abgelöst¹⁰. Um dem zu begegnen, müsse man deshalb schon jetzt zweierlei in Angriff nehmen: in der Phase der eigenen Überlegenheit alle Möglichkeiten für eine dauerhafte Entspannung mit der Sowjetunion ausloten, die eigene Rüstung aber gleichzeitig mit allen Konsequenzen auf die herannahende Situation eines nuklearen Patts einstellen. Das aber hieß, auch die finanziellen Mittel auf die entsprechenden technologischen Herausforderungen hin umzusteuern: Härtung der eigenen atomaren Führungszentralen und Einsatzbasen gegen Waffenwirkung; Verstärkung der Raketenrüstung als Grundlage einer verbesserten Kontinentalverteidigung Nordamerikas; Ausbau des um die Peripherie des nordamerikanischen Kontinents angelegten Frühwarnsystems und dessen Vernetzung mit dem aufwachsenden NATO-Radarsystem; Auflockerung der gesamten militärischen Infrastrukturen in den USA wie bei der NATO. Immerhin werde nämlich die Sowjetunion den amerikanischen atomaren Vorsprung bereits 1958 so weit verringert haben, dass für die Vorbereitung auf eine Situation nuklearer Parität keine Zeit zu verlieren sei¹¹. Vor diesem Hintergrund versicherte General Gruenther daher dem U.S.-Senat zwar, dass die NATO zur Verteidigung Europas fähig sein werde, sobald »we have two conditions, an effective German contribution and the ability to use atomic weapons«¹². Intern musste er sich jedoch eingestehen, dass er bei den offen zu Tage liegenden Mängeln seiner augenblicklich verfügbaren Streitkräfte nicht in der Lage war, seinen Auftrag im Kriegsfall erfolgreich zu erfüllen¹³. Bevor die genannten beiden Vorbedingungen einer wirksamen Vorwärtsverteidigung zu erfüllen waren, mussten deshalb nicht nur die dazu erforderlichen taktischen Atomwaffen an die NATO zugeführt, sondern auch die dringend benötigten deutschen Streitkräfte einsatzbereit sein. Dazu musste aber auch beim zukünftigen deutschen Partner erst einmal die neue NATO-Strategie mit ihren rüstungsmäßigen, operativen und psychologischen Folgen verarbeitet und in dessen militärischen Aufbaumaßnahmen umgesetzt sein.

¹⁰ Als Planungsgrößen für die Einschätzung der sowjetischen nuklearen Entwicklung sahen die JCS einen aktuellen Waffenbestand von 300 sowjetischen A-Bomben Mitte 1955 an, der sich bis 1959 jährlich um 150-200 A-Bomben steigern werde, Information JCS »Atomic Warfare Capabilities of the USSR to Mid-1959, 7.3.1955, NA, RG 218, Geographical File, box 53, CCS 092 Western Europe (3-12-48), sect. 8.

¹¹ Zitate aus dem Killian-Report: The Development, vol. 1, S. 343-348.

¹² Stellungnahme des SACEUR vor dem Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten, 26.3.1955, zit. nach Jordan, Norstad, S. 91.

¹³ Combat Effectiveness Report ACE, Ende Februar 1955, zit. nach Wampler, Ambiguous Legacy, S. 674.

1. Diskrepanzen zwischen NATO-Vorgaben, deutscher operativer Planung und ihren Kritikern

Mit dem einvernehmlich herbeigeführten Strategiewechsel im Dezember 1954 lag es nunmehr an den Westeuropäern allgemein und den Deutschen im Besonderen, durch Erfüllung ihres konventionellen Anteils an einer allianzinternen Lastenteilung hinreichende Streitkräfte bereitzustellen, um auf der Basis nuklear erweiterter Verteidigungsplanung auch denkbare regionale Konflikte militärisch beherrschbar zu halten. Dazu waren als kollektive Verteidigungsziele in der MC 48 festgehalten, dass es weiterhin vorrangig darauf ankomme, Krieg durch Abschreckung zu verhindern, im Falle eines dennoch ausbrechenden Konflikts das Bündnisterritorium vorne zu verteidigen und den Gegner davon zu überzeugen, dass er keine Aussicht auf ein schnelles Überrennen Westeuropas hatte. Dies konnte indes nur gelingen, wenn die eigenen Kräfte möglichst rasch in hinreichender Zahl aufgestellt und im Einsatzfalle zudem sofort präsent waren. Da die künftige Ausstattung der NATO-Verbände mit taktischen Atomwaffen aber einen zum Angriff entschlossenen Gegner ebenfalls zu Atomwaffen greifen lassen würde, waren die eigenen Truppen vor allem anderen auf ein effektives Frühwarn- und Alarmsystem angewiesen. Nur so würde sich ein erwarteter feindlicher Überraschungsschlag mit Atomwaffen so rechtzeitig erkennen lassen, dass sie die erste nukleare Phase eines Krieges wenigstens einigermaßen überleben konnten.

Jenseits aller Überlebensfähigkeit ihres eigenen Militärpotenzials musste die NATO außerdem selbst in der Lage sein, bei Kriegsausbruch sofort zu einer »devastating counter-attack employing atomic weapons« überzugehen und dazu als Atomziele »the Soviets' industry, communications, and centers of control« ausschalten zu können. Gleichgültig, welcher Waffen sich der Gegner bediente, die Verteidigungsplanung der NATO war von nun an darauf abgestellt, dass die eigenen Atomwaffen als das »Schwert« der Allianz unbedingt »from the outset« eingesetzt wurden, da »any delay in their use – even measured in hours – could be fatal«. Den Hintergrund dafür gab die Einschätzung der sowjetischen militärischen Absichten ab, die nach Ansicht der NATO eindeutig auf dem Prinzip der Überraschung basierten. Entschied sich die sowjetische Seite nämlich für einen Krieg, dann konnte sie nur erfolgreich bleiben, wenn es ihr im ersten Anlauf gelang, die lebenswichtigen Zentren, die Kriegführungsfähigkeit, die Überseebasen und das Atomwaffenpotenzial der USA zu zerstören, die Verbindungslinien zwischen Westeuropa und Nordamerika zu unterbrechen und »vital strategic areas in Europe and the Middle East« zu erobern, ohne vorher selbst durch die amerikanischen Kernwaffen vernichtend getroffen zu werden. Deshalb würde sie nicht auf den entscheidenden Vorteil eines geschlossenen Systems – die Fähigkeit zur überraschenden Initiative – verzichten. Als Fazit resultierte für die NATO daraus, dass ein sowjetischer »surprise onslaught

with atomic weapons constitutes the most dangerous threat the West has to face«¹⁴.

Trotz aller britischen Skepsis gegen die Forderung, neben den sofort einsetzbaren Präsenzstreitkräfte zusätzlich eine umfangreiche Mobilisierungsbasis aufrecht zu erhalten, schrieb die MC 48 indes auch erneut das Bild eines künftigen Zwei-Phasen-Krieges fest. In einer Anfangsschlacht von etwa dreißig Tagen würden dabei beide Seiten unter maximalem Einsatz von Atomwaffen versuchen, die militärische Überlegenheit zu erringen. Für die NATO stand außer Zweifel, dass sich beim derzeitigen atomaren Kräfteverhältnis die Waagschale zu ihren Gunsten senken würde, ohne dass dies die Sowjetunion jedoch bereits zur Kapitulation zwingen musste. Deshalb hatte sich der Westen auf eine nachfolgende Phase von unbestimmter Dauer einzustellen, in der bis zur Rückeroberung verlorenen eigenen Territoriums und der endgültigen Niederlage des Gegners weitergekämpft werden musste¹⁵. Dazu durfte man aber in der Anfangsphase weder zu viel Raum verlieren, noch zu große Verluste bei den eigenen Präsenzstreitkräften riskieren. Andererseits ließ sich selbst die bis auf weiteres allein zu verteidigende Rhein-Ijssel-Linie nur unter Einbeziehung deutscher Truppen halten. Wollte man also mittelfristig die eigene Verteidigung weiter nach Osten verschieben und zu einer »real forward strategy« ausbauen, dann war schon jetzt klar, dass man im ACE-Bereich ohne eine in doppelter Hinsicht erweiterte Streitmacht nicht umhin kam, die um deutsche Verbände und taktische Atomwaffen gleichermaßen zu verstärken war¹⁶. Was immer also der starke Mann im Kabinett Eisenhower, Finanzminister Humphrey, an guten fiskalischen Gründen für die Konzentration auf einen einzigen, nur nuklear zu führenden Krieg vorbringen mochte, die von Außenminister John F. Dulles dagegen gehaltenen politisch-psychologischen Bedenken bei den Verbündeten in Europa und die militärischen Lageeinschätzungen der JCS in Washington wie der operativen Planer bei SHAPE ließen eine derartige Beschränkung auf eine einzige strategische Option nicht zu¹⁷.

Wie eine künftige kombinierte Land-Luft-Schlacht an der zentraleuropäischen Hauptfront geführt werden sollte, das dachte im Verlaufe des Jahres 1954 der Stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber (DSACEUR) Montgomery gemeinsam mit Marschall Alphonse Juin, dem französischen Oberbefehlshaber Europa Mitte (CINCENT), an. In voller Übereinstimmung mit den nuklearstrategischen Grundsätzen der New Approach Group um Norstad bezeichnete Montgomery in der ihm eigenen Deutlichkeit jeden Versuch, eine Verteidigung von NATO-Territorium ohne den Einschluss von Atomwaffen zu denken, als »sheer nonsense«. Alles komme vielmehr darauf an, diese Waffen so rasch und so umfassend wie möglich in die NATO-Verbände zu integrieren und die Kommandeure dazu zu erziehen, das Gefecht auch mit diesen Waffen planen

¹⁴ Die MC 48 ist jetzt vollständig abgedr. in: NATO Strategy Documents, S. 229-250.

¹⁵ Beschrieben in dem Kapitel »Probable Nature and Duration of Future War Involving NATO« der MC 48, ebd., S. 231-235.

¹⁶ Ebd., S. 242.

¹⁷ NSC-Sitzung, 5.1.1955, FRUS, 1955-1957, vol. 19, S. 14-16.